

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Die Herausgeben von Heft 2/2004
wurde ermöglicht durch
die Ministerpräsidentin des Landes
Schleswig-Holstein, Frau Heide Simonis

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: [grenzfriedens-
bund@foni.net](mailto:grenzfriedensbund@foni.net) Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder
30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020 Sparkasse NF
Flusum (BLZ 217 500 00) 13 862 Postbank: Plamburg (BLZ 200 100 20)
114 07-206

INHALT Seite

Uwe Banker

Kurt Hamer: Der Weg des Minderheitenpolitikers51

Jergen Kühl

Grenzland- und Minderheitenbeauftragte 1988-2003.
Schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik
im europäischen Kontext.....70

Andrea Teebken

Die Grenze liegt fest - und verändert sich doch.
Neuere Tendenzen in Grenzforschung und Grenzpolitik.....77

Gerret Liebing Schlaber / Carsten Porskrog Rasmussen

Namen sind mehr als Schall und Rauch.
Überlegungen zum Gebrauch dänischer und deutscher
Ortsnamen auf der jeweils anderen Seite der Grenze.....87

Peter Dragsbo / Matthias Scharl

Industriemuseum Schleswig.
Ein neues grenzüberschreitendes Projekt
.....100

Umschau ab Seite 107

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 ■ 25813 Husum

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 ■ 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharfl, Friedrichstal 55 ■ 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Haderslev

Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22 ■ 24941 Flensburg

Telefon 04 61 / 9 33 04 ■ Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: mittelstaedt@cicero-mc.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 • 24941 Flensburg

Kurt Hamer: Der Weg des Minderheitenpolitikers

von UWE BANKER

Den zentralen Vortrag bei der Jahresmitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 8. Mai 2004 hielt Prof. Dr. Uwe Danker vom Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte an der Universität Flensburg (IZRG). Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die mit Belegen versehene Langfassung des Vortrages, die in ähnlicher Form auch in dem von Uwe Danker gemeinsam mit Eva Nowotny herausgegebenen Buch: Kurt Hamer-Landespolitiker und Grenzlandbeauftragter, Malente 2003 enthalten ist. Eine Rezension des Buches findet sich im Besprechungsteil dieses Grenzfriedensheftes.

Die Redaktion

I. Ausgangspunkt

Retrospektiv betrachtet erscheint vieles so klar, so eindeutig - und auch so statisch: Kurt Hamer wird allgemein erinnert als der ‚Mann der (drei) Minderheiten‘¹, als Anwalt sowohl der beiden nationalen Minderheiten nördlich wie südlich der Grenze als auch der (Nord-)Friesen. Diese Interpretation trifft fraglos für die letzten Stationen seines minderheitenpolitischen Wirkens, etwa als „Grenzlandbeauftragter“ des Ministerpräsidenten Björn Engholm von 1988 bis zum Tod Anfang 1991 zu. Bei genauem Hinsehen gilt sie jedoch so nicht für frühere Phasen. Wir haben es also mit einem Prozess, mit biografischer Entwicklung zu tun. Im Folgenden soll deshalb erstens auf der Basis zentraler Reden Kurt Hamers die Entfaltung seiner minderheitenpolitischen Ansichten, Er- und Bekenntnisse, Forderungen und Ziele, Begriffe und Themenfelder nachgezeichnet werden. Viele Politiker begreifen sich als Sprachrohre von gesellschaftlichen Gruppen oder Interessen. Sie transportieren deren Anliegen in den Gesetzgebungsprozess oder auch als Regierungsfraktion in die oft wichtigere Exekutive. Das ist ehrenwert und sinnvoll, aber insofern von begrenzter Kreativität, als diese Akteure nicht über die reine Interessenvertretung hinauswachsen. Politiker vom Format eines Kurt Hamer verstehen sich anders. Sie mögen sich mit (Teil-)Anliegen identifizieren, aber sie denken eigenständiger: Sie gestalten. Damit werden sie zu vergleichsweise einflussreichen Anwälten ihrer Anliegen, denn man hört ihnen in Parlament und Ausschuss, in Partei und Fraktion mit besonderer Achtung und stärkerem Interesse zu; sie können sogar meinungsbildend

über politische Lagergrenzen hinaus wirken. Auf der anderen Seite entsteht bei dieser Verweigerung eines unkritischen Transports von Gruppeninteressen ein stärkeres Gewicht auch bei jenen, deren Themen sie besetzen. - Es wird im Folgenden also zweitens der Nachweis anzutreten sein, dass Kurt Hamer dieses - recht seltene - Format als Minderheitenpolitiker der Landespolitik repräsentierte und den Minderheiten mit besonderer Eigenständigkeit begegnete und jedenfalls teilweise den einschlägigen Diskurs nachhaltig beeinflusste.

Machen wir drittens das, wozu der Protagonist - ein wenig schulmeisterlich und mit rhetorischem Understatement zugleich - uns aufgefordert hätte, nämlich „sachbezogen“ und ganz „nüchtern“ den Ausgangspunkt der Darstellung zu definieren. Nun denn: Als er in der Landespolitik begann, seinen Standort zu finden und zu entwickeln, da stellte Hamer, woraus er retrospektiv im privaten, von Freundschaft geprägten Gespräch keinen Hehl machte, nämlich fest, dass die Landes-SPD seit geraumer Zeit, genauer: seit Abschluss der aufregenden Nachkriegsphase in der Grenzland- und Minderheitenpolitik in den 1950er Jahren, das Thema weder personell noch inhaltlich ernsthaft besetzte. Kurt Hamer hatte eine Nische entdeckt, eine sozialdemokratische Brache: seine politische Nische. Was aber von heute betrachtet so folgerichtig und klug erscheint, wird umso erstaunlicher, wenn man die damalige politische Rahmenhandlung beachtet: Reformorientierte Debatten innerhalb der Sozialdemokratie kreisten am Beginn der 1970er Jahre um die Ostverträge, die Anerkennung der DDR und der polnischen Westgrenze, um radikale institutionelle Bildungsreform mit der Gesamtschule, bald darauf, ausgehend vom Konfliktherd Brokdorf, um die Frage der Kernkraft. Das waren dann auch die Profilierungsfelder jener, die eine politische Karriere anstrebten. Die deutsche Minderheit da oben in Nordschleswig hingegen, die galt vielen in der ‚linken‘ schleswig-holsteinischen SPD als rückständig und rechtslastig, der Begriff der ‚Nation‘ wie auch der Begriff der ‚Heimat‘ klangen reaktionär, und überhaupt: Wo lag der Sprengstoff, das Thema, die - auch eigene - politische Zukunft? - Hamer hatte gleichwohl seine Nische gefunden, baute sie aus, machte und gestaltete sein Thema. Engagiert und ernsthaft, nämlich ausgehend von seinem modernisierten, grenzüberschreitenden Heimatbegriff, der am Ende die - durchaus provokative - Brückenfunktion der Minderheiten, ihr über die Grenze-Blicken-Helfen in den Mittelpunkt ihrer Aufgaben rückt.

Bringen wir schließlich und viertens Äußeres ein, das schon beachtet werden sollte, wenn der minderheitenpolitische Standort Kurt Hamers bestimmt werden soll: Er war kein Betroffener! Er stammte nicht aus und lebte nicht im (ehemaligen) Herzogtum Schleswig, weder nördlich noch südlich der heutigen Grenze, noch an Schlesiens Westküste. Er war Holsteiner, lebte in Nortorf, und er konn-

te von außen, entsprechend emotionslos, wohl wirklich nüchtern seinen Standpunkt finden. Dies gilt übrigens auch für den aus dem Lauenburgischen stammenden christdemokratischen Reformler der Minderheitenpolitik des Landes, Ministerpräsident Dr. Uwe Barschei. Hamer konnte dabei immer die Perspektive des interessiert Fragenden und Lernenden einnehmen, und genau deshalb würde er schließlich am Ende seines (Politiker) Lebens die drei Minderheiten (fast) mit Äquidistanz und zugleich Äquinähe sehen und als ihr (eigenständiger) Anwalt vertreten.

II. Deutsche Volksgruppe in Nordschleswig

Am 27. April 1974 hält Kurt Hamer als stellvertretender SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender und als Vorsitzender des Patenschaftsausschusses für die Deutsche Schule Gravenstein/Broacker anlässlich der Einweihung eben dieser Schule die Festansprache.¹ Hamer ist auch auf dem Parkett der Minderheitenpolitik kein no-name mehr: Mit auf sein Engagement geht zum Beispiel die zu diesem Zeitpunkt gegenwärtige Debatte um das ‚Kontaktgremium‘ der deutschen Minderheit im schleswig-holsteinischen Landtag zurück, das Anfang 1975 installiert sein wird. Und die Volksgruppe hat es nötig: Die 2-Prozent-Hürde bei Folketingswahlen kann sie nicht mehr überwinden, seit 1973 ist sie auf die dänischen Zentrums-Demokraten angewiesen, die bis zum Zerwürfnis 1979 einen deutschen Kandidaten im Huckepack-Verfahren mitnehmen werden.

Hamer sagt in Gravenstein, er sei der ehrenvollen Einladung gern gefolgt, müsse jedoch feststellen: „Ich aber habe kein Thema.“ Er gibt sich eines, und nach einigen Bemerkungen zur aktuellen Debatte um die Schulreform in Deutschland wie Dänemark kommt er zur selbst gestellten Frage, „ob es noch modern ist, deutsch zu sein.“ Zunächst holt er seine Zuhörer ab, wo sie stehen. Sie hören Gefälliges: „Lassen Sie mich bitte einmal an die Adresse der deutschen Nordschleswiger gerichtet ganz banal folgendes sagen: Ich halte nicht viel von einer tiefschürfenden Untersuchung der Frage, warum man wohl deutsch sei. So wenig ich Karl Otto Meyer frage, warum er dänisch ist, so wenig interessiert mich, warum jemand hier deutsch ist. Ich will nur das Recht gesichert wissen, als dänischer Staatsbürger Deutscher sein zu können und als deutscher Staatsbürger Däne.“ Und er könne sie deshalb nur auffordern: „Sein (!) Sie es doch!“ Diese Selbstverständlichkeit des Bekenntnisses müsse ihre Entsprechung finden, „in der ebenso selbstverständlichen geistigen und materiellen Unterstützung durch uns aus der Bundesrepublik.“ Ja, man müsse dafür eintreten, „daß wir in der Bundesrepublik und vor allem auch in Schleswig-Holstein alles nur mögliche tun, damit dieses deutsche Bekenntnis auch gelebt werden kann.“ -

Das sind klare, bekenntnisartige Worte eines bereits nicht unwichtigen Oppositionspolitikers! Und so werden sie auch verstanden, von Leuten, die zu dieser Zeit nicht sehr oft mit Sozialdemokraten konferieren.

Dann aber folgt die kritische, mahnende Note: Seine Zuhörer würden sicher verstehen, dass der Stellenwert der deutsch-dänischen Grenze für die bundesrepublikanische Politik ein sehr geringer sei, ja sogar, „daß nur die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin einerseits und der DDR uns politisch bewegt.“ Wenn, wie auf dem Deutschen Tag 1973 in Tingleff geschehen, der Hauptredner Prof. Hauser beklagt habe, dass auf der gegenwärtigen „Skala der Werte“ das „Deutschsein“ und die „nationale Identität“ so niedrig rangierten oder gar nicht mehr vorkämen, so müsse er, Hamer, entgegnen: „Nordschleswig ist aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland sicher nicht das Feld zur Erprobung und zum Beweis nationaler Gesinnung - was immer das auch sein mag und wie immer jeder für sich selbst das definieren mag.“ Es sei der „Blick für Proportionen zu schärfen“: Themen der deutschen Minderheit in Nordschleswig hätten beispielsweise in Relation zur deutschen Spaltung „einen anderen“, also einen bedeutend geringeren Stellenwert. - Man möge sich also nicht zu wichtig nehmen, sollte offenbar seine freundlich formulierte Botschaft lauten.

Fast unauffällig eingebaut in den Festvortrag finden sich aber auch Anmerkungen zur „Grundfrage für das Selbstverständnis der deutschen Minderheit“ sowie der „Gestaltung ihrer Zukunft“. Ausgehend von der im Jahr 1973 intensiv innerhalb der deutschen Minderheit geführten Debatte um ihre Zielsetzung und Stellung im dänischen Staat stellt der Redner die rhetorisch klingende Frage, „ob ein Mehr an staatlicher Integration bei gleichzeitiger Wahrnehmung eines gesellschaftspolitischen Mandats zu einem Verlust an volklich-kultureller Identität führt.“ Für Hamers modernes Minderheitenverständnis nämlich äußert sich die Dialektik der gegenwärtigen Situation nationaler Minderheiten in der Bejahung ihrer Integration in den ‚Herbergsstaat‘ und zugleich der immer wieder neu zu begründenden kulturellen Integrationsleistung innerhalb der Volksgruppe selbst. Diese Andeutungen Hamers lauten mit anderen Worten ausgedrückt: Moderne Minderheitenarbeit dürfe nicht von den integrativen Wirkungen äußerer Bedrängnis in unfreundlicher Umgebung träumen oder sich in bloßer Abgrenzung definieren, sondern müsse - und könne - aus sich selbst heraus wirken.

Wir finden 1974 hier in Gravenstein bereits alle Stilelemente, die die Auftritte Kurt Hamers kennzeichnen werden: Ein höflich-freundliches Understatement, präzise formulierte, ja genau gesetzte Bekenntnisse zur Unterstützung der Minderheit, zugleich aber auch mahnende, sozusagen die ‚Maßstäbe zurecht rückende‘ Worte. Im Jahr darauf, im Oktober 1975, referiert Hamer in der Grenz-

akademie Sankelmark vor jungen Nordschleswigern „Zur Situation der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig aus schleswig-holsteinischer Sicht.“² Wieder geht er aus von der in einigen Kreisen der Minderheit vertretenen Ansicht, die früher erlebte Bedrängnis habe den Zusammenhalt der Volksgruppe gestärkt, in der friedlich-freundlichen Gegenwart im Herbergsstaat Dänemark dagegen sei das abweichende ethnische Bekenntnis keineswegs mehr selbstverständlich. Er, so Hamer, begegne innerhalb der Minderheit deshalb nur wenig Zuversicht und viel Pessimismus. Und dabei vermisse er, eine typische Äußerung aus seinem Mund: „eine nüchterne Zustandbeschreibung“, die nach der historischen, wirtschaftlichen, soziologischen und politischen Entwicklung fragen müsse und die „ohne Nostalgie, ohne Emotion, ohne Pathos“ eine „ziemlich logische historische Entwicklung“ aufzeige.

Diese entfaltet er im Folgenden: „An 1945“ könne sich „niemand vorbeimogeln“, in der Bundesrepublik, in der DDR und damit „natürlich auch (in) der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig“. Es sei unmittelbar einleuchtend, dass in diesem Jahr der Zäsur die Ziele der deutschen Minderheit neu orientiert werden mussten. Und: „Alles, was danach geschah, ist, wenn ich es einmal so generalisierend sagen darf, im Grunde nur Fortentwicklung, Anpassung, Modernisierung eines richtigen Kurses gewesen.“ Es handele sich um einen Weg, den man kennzeichnen könne mit den folgenden Begriffen: „Aussöhnung, Toleranz, Liberalität, Zusammenarbeit, Verständigung, Kontakt.“ Eine Folge dieser Entwicklung sei, dass es „in jeder Beziehung äußerlich leichter geworden ist, als Deutscher in Nordschleswig zu leben.“ Aber, so Plamer im Rekurs auf seinen Ausgangspunkt, damit sei „zugleich vieles schwieriger geworden für die Gruppe und den Einzelnen. Es ist leichter, seine eigene ethnische Identifikation im Gegensatz zu anderen, in Konfrontation mit ihnen zu erfahren. Die neue Freiheit, ohne Schwierigkeiten Deutscher sein zu können, (...) kann zu der Frage führen - so paradox das klingen mag - warum man sich unter diesen Bedingungen eigentlich noch als Deutscher bekennen soll.“

Hier in Sankelmark kann der Referent seine Dialektik der Minderheitenlage entfalten: In einer Gegenwart, in der Dänen ihre Kinder in deutsche Schulen schickten, mit dem Argument, dass die andere Sprache dort besser gelernt werde und das von Nutzen sei, und deutsche Nordschleswiger wiederum ihre Kinder in dänische Schulen schickten, müsse man diesen kulturellen Wettbewerb ertragen können. Und vor allem wolle er „diese Vorgänge aller Dramatik entkleiden. Es geht nicht um Verlust oder Gewinn von Seelen.“ In Wahrheit habe die Volksgruppe nämlich längst neue Aufgaben gefunden: Sie wirke verantwortlich mit in Nordschleswig und sie übernehme die „Funktion des Mittlers“, Sorge durch ihr deutsches kulturelles Angebot sowohl für Wettbewerb als auch

für Wechselwirkungen und Befruchtung. Das alles seien Folgerungen aus der Befreiung von der Konfrontation mit der Mehrheitsbevölkerung. Und deshalb gelte für ihn auch die feste Überzeugung, „daß Integration in den dänischen Staat nicht automatisch und langfristig zum Verlust der volklichen Identität führen muß.“

Um allerdings, und hier beginnt der mahnend-kritische Teil des Referats, diese Rolle überzeugend zu leben, bedürfe es des Abbaus einer „hier und dort“ noch spürbaren „Färhus-Mentalität“, also der an die nach dem II. Weltkrieg vorgenommenen Internierung vieler männlicher Minderheitenangehöriger erinnernden Opferdefinition der Nordschleswiger. Und außerdem müsse sich der Bund der Nordschleswiger schleunigst demokratisieren: „Die Basis muß, wenn ich es richtig sehe, bei den Wahlen und den Entscheidungsprozessen unmittelbarer beteiligt werden. Das könnte zu einer Aktivierung allgemein und der Jugend im besonderen führen.“ - Beide Aussagen kann nur treffen, wer entweder nicht mehr eingeladen werden will oder wer bereits so viel Achtung und Gewicht besitzt, dass er diese harsche Kritik ungeschminkt vortragen darf.

Im Finale deutet Hamer schließlich einen Gedanken an, der ihn „schon oft beschäftigt“ habe: Die Aufforderung, sich auf die historischen Wurzeln zurück zu besinnen, die in die Zeit vor der Entfaltung des Nationalbewusstseins gehören. Vor der Epoche des Nationalstaats seien im geografischen Raum des Herzogtums Schleswig „Mehrsprachigkeit und kulturelles Nebeneinander als natürlich und selbstverständlich hingenommen worden“. Er frage sich, so deutet er seine Vision an, ob eine Rückkehr unvorstellbar sei?

III. „Geschützte Privilegierung“

Am 6. Mai 1978 referiert Kurt Hamer in Husum auf der Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes.³ Das Thema lautet: „Deutsch-Dänisches Grenzland - Modell oder Sonderfall?“ Er nutzt die Chance für einige grundsätzliche Überlegungen, kommentiert unter anderem die aktuelle Wiederentdeckung des Themas nationale Minderheiten innerhalb der europäischen Linken, die allerdings, was er mokant unterstreicht, zunächst die Bretonen, Korsen und Basken im Blick hätten. Und stellt, sozusagen im dramatischen Kontrast zur europaweiten intellektuellen Debatte, fest, dass in der schleswig-holsteinischen Landespolitik, seinem Ort des politischen Agierens, die Minderheiten in den Programmen der (deutschen) Parteien nicht Vorkommen: „kein Wort“ in den SPD-Landtagswahlprogrammen 1971 und 1975, im CDU-Wahlprogramm begegne man 1971 „zwar Pommern, Mecklenburgern, Ost- und Mitteldeutschen, nicht

aber den Minderheiten“ und „der Vollständigkeit halber erwähne“ er auch, dass die FDP das Thema völlig missachte. Der erste dramaturgische Höhepunkt ist erreicht: Dass die Minderheiten also „nicht relevant sind, ist ein ernstzunehmender Tatbestand“. - Abgesehen von dieser geschickten Selbstverortung mit der kontrastiven Rhetorik sorgt Hamer tatsächlich mit dafür, dass sich dieser Zustand in der Folgezeit erheblich ändert.

Kritisch geht's weiter: Jenseits der richtigen und wichtigen juristischen Setzungen der einschlägigen Erklärungen aus den Jahren 1949 und 1955 bilde die Grenzregion in der gelebten Praxis in Teilen jedenfalls noch kein (positives) Modell, wenn man genau hinsehe. Etwa die Förderung der - zu diesem Zeitpunkt noch beiderseits der Grenze problematischen - Wirtschaftsstruktur habe die Kennzeichnung als „Modell“ noch nicht verdient. Und faktisch zehre die Wirtschaftsschwäche der Grenzregion an der Substanz der Minderheiten, deren Abwanderungsverluste immer relativ stärker wögen als in der Mehrheitsbevölkerung. Er, Hamer, folgere aus diesem Beispiel, dass man in Dänemark wie Deutschland kritisch und mit strengen Maßstäben untersuchen solle, was die Bonn-Kopenhagener Erklärungen real bewirkt hätten und wo deutliche Defizite, die ihrem „Inhalt und Geist“ widersprächen, zu verzeichnen seien: „Auch hier gilt: Laßt uns offen reden über alles, was nicht in Ordnung ist, und laßt uns das in Ordnung bringen!“ Ausgehend von einem Zitat Karl Otto Meyers, des Vertreters der dänischen Minderheit im schleswig-holsteinischen Landtag, und diesmal an die beiden nationalen Minderheiten gerichtet, fragt sich der Redner, ob gefühlte Fremdheit im Herbergsstaat ausschließlich auf das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung zurückzuführen sei oder ob sie „nicht auch von dem eigenen Empfinden genährt“ werde. Warum zum Beispiel lehne Meyer die Integration der dänischen Minderheit in die deutsche Gesellschaft ab, wie sie umgekehrt der Bund deutscher Nordschleswiger inzwischen propagiere? Und: „Warum eigentlich gibt es so wenig Kontakte zwischen den Vertretern der deutschen und der dänischen Minderheit?“ - Dieser demonstrative und neue Blick auf die Minderheiten weist bereits ebenso in Hamers konzeptionelle Zukunft wie die Schlusssätze: „Volksgruppen sind keine Vereinigungen, wie andere auch. Sie sind im positiven Sinne eine ständige Herausforderung und ein Prüfstein für die Bewährung demokratischer Tugenden und Überzeugungen.“

Es ist - minderheitenpolitisch gesehen - ohnehin eine spannende Zeit: Während sich 1979 die deutsche Volksgruppe wegen einer Kandidatenfrage mit ihrem Huckepack-Partner Zentrums-Demokraten überwirft und fortan nicht mehr im dänischen Folketing vertreten sein wird, gerät der SSW-Abgeordnete Karl-Otto Meyer in Kiel in der Wahlnacht desselben Jahres als (vermeintliches) Zünglein an der Waage in erhebliche Bedrängnis. Beides wird die aktuelle minderheiten-

politische Debatte der Folgezeit bestimmen: die Frage der Repräsentanz der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen, die erst 1983 mit dem deutschen Sekretariat gelöst wird, und die Frage, ob denn das Kieler SSW-Mandat trotz der Befreiung von der 5-Prozent-Hürde ein vollgültiges darstelle und ob Stoltenbergs nach der Wahl eingeleitete Wahlrechtsreform eine Retourkutsche darstelle.

Kurt Hamer feilt in diesen Jahren tatsächlich auch grundsätzlich an seinem Modell der Minderheitenpolitik. Seine Überlegungen gehen als Vorarbeiten in die von ihm schließlich auf dem Landesparteitag 1981 in Harrislee eingebrachte „Flensburger Erklärung“ der Landes-SPD ein, die das Fundament für die zukünftige Minderheitenpolitik der Sozialdemokratie legen wird.⁴ Beim Auftakt des Deutschen Tages in Bov/Bau nutzt Hamer 1979 zum ersten Mal mit Bedacht den Begriff der „geschützten Privilegierung“ als Ziel einer geläuterten Minderheitenpolitik.⁵ 1981 gibt er dem „Nordschleswiger“, der Zeitung der deutschen Volksgruppe, ein großes Interview.⁶ Chefredakteur ist Siegfried Matlock, später, ab 1983, auch Repräsentant des .deutschen Sekretariats¹ in Kopenhagen, ein wichtiger Funktionär der deutschen Minderheit, so dass derartigen Interviews immer ein besonderes Gewicht zukommt. Und die Redakteure, in diesem Fall Ulrich Küsel, fragen auch nicht nur aus journalistischen Interessen. Hamer pariert Versuche, die Überlassung eines (damals noch:) sozialdemokratischen Sitzes im NDR-Rundfunkrat an die dänische Minderheit als übertrieben zu werten, bleibt auch vorsichtig zurückhaltend, als der Interviewer diplomatische Unterstützung bei der sozialliberalen Bonner Regierung in Hinblick auf die Kopenhagener Regierung einfordert. Wie wir ihn bereits kennen, agiert der Interviewte selbstbewusst, auch mal mit mahnenden Tönen und genau gesetzten Worten. Im Gespräch erläutert Hamer auch seine Interpretation der ‚geschützten Privilegierung‘ von Minderheiten genauer: Er jedenfalls lese die Bonn-Kopenhagener Erklärungen so, dass nach ihrem „Geist und Inhalt“ Minderheiten „nicht nur volle Rechte in ihrem Lande haben, sondern darüber hinaus auch in bestimmter Weise privilegiert sein sollen“. - Das wird *die* Richtschnur und schließlich auch immer die Begründung dafür, dass Minderheiten im Zweifelsfall anteilig mehr öffentliche Mittel zuzuweisen wären als der Mehrheit.

Auf dem Deutschen Tag 1983 in Tingleff hört sich das laut Zeitungsbericht so an: „Eine Unterstützung der Volksgruppe sei schon deswegen notwendig, weil die Minderheit immer mit der kleineren Zahl antritt und daher prozentual mehr erhalten müsse.“⁷ Als Erster Landtagsvizepräsident hat Hamer in seinem Grußwort die Existenz der Minderheiten im Grenzraum einen „kulturellen und politischen Glücksfall“ genannt, sie als „Anreger, Vermittler und im positiven Sinne Provokateure“ bezeichnet.⁸ - Ausdrücklich meint er dem Anlass zum Trotz beide

nationale Minderheiten. Aus dem kritisch-solidarischen Anwalt der deutschen Volksgruppe ist der Minderheitenpolitiker Hamer gewachsen.

IV. Dänische Minderheit

Man sollte das Beharrungsvermögen und die Langsamkeit der Entwicklungen im Grenzraum in Rechnung stellen: Hamers eigentliches Forum ist zunächst die Deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. Erst 1984-es ist das Jahr, an dessen Ende ihm aufgrund seiner Verdienste in der Minderheitenpolitik von der dänischen Königin das Ritterkreuz 1. Klasse des Danebrogordens verliehen wird - spricht er zum ersten Mal vor dänisch gesinnten Südschleswigern! Und es handelt sich wohl um keinen Zufall, dass diese Rede vor den Mitgliedern der Distrikte Wallsbüll und Nordhackstedt des Südschleswigschen Vereins (SSV) stattfindet: Vorsitzende ist zu diesem Zeitpunkt nämlich Marie Meyer, die Gattin des SSW-Abgeordneten und persönlichen Hamer-Freundes Karl-Otto Meyer. Und selbst sie muss aufpassen, der Umarmungsstrategie des Referenten ausweichen: „Man könne zwar seinem Freund nahe sein, dürfe ihm aber nicht zu nahe rücken“, erwidert sie sofort presseöffentlich auf Flamers Vorschlag, auch einmal Deutsche als Gäste zu Jahresfest-Veranstaltungen der dänischen Minderheit einzuladen.⁹ Diese Rede am 17. Januar 1984 in Schafflund trägt den Titel „Fierbergsstaat und Minderheit“.¹⁰ Auch wenn es sich ‚nur‘ um etwa 50 Zuhörer handelt, rekrutiert aus Ortsgruppen der organisierten Minderheit: In üblichen Stilformen nutzt Flamer das neue Forum für eine Grundsatzbestimmung zur Frage des Verhältnisses zwischen beiden nationalen Minderheiten und ihren jeweiligen Fierbergsstaaten in der deutsch-dänischen Grenzregion. Unbestreitbar gebe es „historische Belastungen im Verhältnis Deutschland/Schleswig-Holstein/Dänemark. Um nicht zu weit zurückzugreifen, nenne ich nur wenige Daten und wenige Stichworte: 1848, 1864, 1920, 1940; nationalstaatliche Auseinandersetzung, Grenzkampf, NS-Diktatur.“ Diese Belastungen wirkten bis in die Gegenwart. Aber man solle nicht nur das „historische Gespräch“ im Auge haben, sondern von einfachen Fakten ausgehen, wenn man sich frage „wo wir heute stehen“: Seit Jahrhunderten existierten „in diesem Grenzland eine deutsche Kultur und eine dänische Kultur“. Das möge zum Teil als eine gemeinsame Geschichte im Grenzland verstanden werden, aber: „Eine gemeinsame Kultur hat es nie gegeben.“ Daraus folge „ein natürliches geschichtliches und kulturelles Erbe“, nämlich die Existenz beider Minderheiten. - Flamer produziert weder einen künstlichen Gegensatz, noch ebnet er Gegensätze schönrednerisch ein: So trivial diese Ausführung klingen mag, fraglos trifft sie auf der Basis reiflicher

Überlegung durch ihren Autor eine sehr präzise Kennzeichnung des Gemeinsamen und des Unterschiedlichen in der Grenzregion. Und daraus resultiert tatsächlich eine „Selbstverständlichkeit der Existenz von Minderheiten“, die von engstirnigen Fragen nach der Echtheit eines nationalen Bekenntnisses wegführt, wie auch von manch sonstiger Frage.

Einen kleinen Unterschied der beiden nationalen Minderheiten betont der Redner: Die deutsche Minderheit habe sich nach dem Ende der deutschen Besatzungszeit zwischen 1940 und 1945 „genötigt“ gesehen, gegenüber dem dänischen Staat die Loyalitätserklärung abzugeben. Wer mit Süffisanz im Tonfall nach einer vergleichbaren Erklärung der dänischen Südschleswigerfrage, blende aus, „daß für diese dafür weder Anlaß noch Notwendigkeit bestand. Allerdings muß hinzugefügt werden: Sie befand sich auch nicht in der Lage, zur Illoyalität gedrängt zu werden oder dazu selbst zu drängen.“ Gleichwohl nutzt Flamer ein längeres Zitat aus der deutschen Loyalitätserklärung rhetorisch für die Frage: „Sind die deutschen Nordschleswiger Dänen? Und die Frage ist natürlich auch: Sind die Angehörigen der dänischen Minderheit Schleswig-Holsteiner?“ Eine Antwort entwickelt er vor diesem Publikum nur für die zweite Frage, die er zuspitzt auf die zu diesem Zeitpunkt noch sehr heikle These, ob es denn nicht „selbstverständlich“ sein solle, dass die dänische Minderheit „als schleswig-holsteinischer Bevölkerungsteil auch am Schleswig-Holstein-Tag“ teilnehme? Sie könne es jedenfalls „heute eher als in den vergangenen Jahren“. Denn inzwischen habe die schleswig-holsteinische Landesregierung unter Ministerpräsident Barschei eine radikale Kursänderung der Minderheitenpolitik vollzogen und den „Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichstellung“ anerkannt, „der hinauslaufen muß auf eine geschützte Privilegierung.“

Deshalb gelte: „Ob die dänische Minderheit es wahrhaben will oder nicht: Faktisch wäre aus einer im Lande bisher lediglich tolerierten eine in das Bundesland Schleswig-Holstein integrierte Gruppe geworden.“ Dieser Satz muss für einige seiner Zuhörer sehr befremdlich klingen. Er betont deshalb gleich noch einmal als „eine nüchterne und realistische Kennzeichnung eines Zustandes“, dass „man heute durchaus von deutschen und dänischen Schleswig-Holsteinern sprechen“ könne. Eine bloße Herleitung aus dem nationalen Gegensatz des 19. Jahrhunderts greife schon deshalb zu kurz, weil ein erheblicher Teil der „heutigen Schleswig-Holsteiner erst nach 1945 in dieses Land gekommen ist“, Flüchtlinge und Vertriebene also, die sich ebenfalls als Schleswig-Holsteiner begriffen. Im Übrigen gälten Doppeleiche, Schleswig-Holstein-Lied, Blau-Weiß-Rot und andere Symbole auch vielen jungen Menschen als anachronistisch. Erkennbar fließt hier der modernisierte, flexible Heimatbegriff des Redners ein. Er habe zwar durchaus Verständnis für Vorbehalte auf dänischer Seite, insbesondere

wenn er an die Organisatoren des Schleswig-Holstein-Tages, nämlich die administrative Spitze des Heimatbundes denke. - Tatsächlich war in den 1950er Jahren während der nationalen Auseinandersetzungen im Landesteil Schleswig der Schleswig-Holstein-Tag als deutscher Tag geschaffen worden, den Hamer jetzt - nach der bereits gelungenen Integration der Vertriebenen - gerade um jene Teilnehmer erweitern will, deren Eindämmung er ursprünglich diente. Die historische Entwicklung ging offenkundig darüber hinweg: „Die dänische Minderheit hat ihre Rolle als Teil der Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein längst angenommen. Sie ist als Volksgruppe so gefestigt, daß sie sich, ohne Schaden zu nehmen, dazu auch bekennen könnte.“

Schließlich wiederholt Hamer einen anderen bekannten Gegensatz: Die deutsch-dänische Grenze liege zwar unstrittig fest - er zitiert damit den berühmten Satz von Dänemarks Staatsminister Vilhelm Buhl 1945 - aber bezogen auf die - ausdrücklich demografisch verstandene - „Kulturgrenze“ gelte das eben nicht: Die kulturelle Konkurrenz, die Chance zur Expansion oder zur Schrumpfung von Minderheiten bilde „gerade ein konstitutives Element des Nebeneinanders beider Kulturen im Grenzraum“. Daraus leitet er die „Aufgabe“ von Minderheiten, die indes nach außen hin keine Rechenschaft ablegen müssten, ab: ihren „Willen zur Selbstbehauptung“. „Die Rechtfertigung ihrer Existenz liegt in ihrem freiheitlichen Anspruch auf Selbstbestimmung, Selbstbehauptung und Wahrung volklicher Identität.“ Umgekehrt besäßen Minderheiten „natürlich“ auch eine Bedeutung für ihre Herbergsstaaten, nämlich als „Anreger und Vermittler“, auch mal als Provokateure. Deshalb dürfe man ihnen auch aus der Perspektive des Herbergsstaates eine Aufgabe zuordnen, gar eine „Verpflichtung zumuten“: „Lebendigkeit und Fruchtbarkeit historisch bedingten Existenz von zwei Sprachen und zwei Kulturen in einem durch eine Staatsgrenze geteilten Raum auch für die Zukunft zu erhalten.“ Fast beschwörend endet Hamers Vortrag: „Wer die Minderheiten nur als Kostenfaktor, als Störfaktor oder als nationalstaatliches Relikt mißversteht, der wird natürlich ihren Wert nie begreifen.“

Damit ist Hamers konzeptioneller Rahmen der Minderheitenpolitik voll entfaltet. Bei der Verfassungsreform 1990 und in der Rolle des Grenzlandbeauftragten wird er sich daran orientieren - und wenig Neues hinzufügen (müssen). Einzige gewichtige Ausnahme: die Entdeckung der Friesen als nicht-nationale, sondern als (in der damaligen Bundesrepublik)¹¹ noch einzige autochthone Volksgruppe. Im überlieferten Redemanuskript findet sich an der Passage des kulturellen Wettbewerbs in Klammern der lapidare Satz: „Hier wäre ein Hinweis auf das Friesische angebracht.“ Es ist nicht mehr zu klären, ob dieser Satz von Hamer selbst oder einem Mitarbeiter stammt. Auch ist noch nicht von den Friesen, sondern dem Friesischen die Rede. - Fünf Jahre später wird sich das anders

lesen, fast als publizistische Offensive.

V. Neue Deutsche Identitätsstiftung

Zuvor, am 1. November 1987 ist Kurt Hamer - endlich einmal, so darf man werten der offizielle Festredner auf dem Deutschen Tag der Nordschleswiger. Er ist zu diesem Zeitpunkt kurz nach der Landtagswahl, bei der er nicht mehr antrat, ohne Amt und Mandat. Aber er wird im *Nordschleswiger*¹ von Chefredakteur Matlock als „Mann beider Minderheiten“, als „(Vor-)Denker grenzlandpolitischer Perspektiven“ angekündigt.¹² Der Titel des Tage später in der Zeitung komplett abgedruckten Vortrags lautet: „In Verantwortung vor unserer Geschichte die Zukunft mitgestalten.“¹³

Hamer nutzt das besondere Forum zu einer großen Rede für eine explizite Zusammenführung seiner deutschen Geschichtsinterpretation und seines Minderheitenkonzeptes: „Beginnen will ich mit einer schlichten Wahrheit: Aus der eigenen Geschichte kann man nicht aussteigen. Die Vergangenheit kann man nicht abschütteln, sie ist immer gegenwärtig. Die Gegenwart ist das Ergebnis unserer Geschichte.“ Die „Last unserer Geschichte“ sei „unteilbar“, sie müsse von allen, damit auch von den Nordschleswigern, getragen werden. Weil der Nationalsozialismus - mit der mitzudenkenden bedeutungsvollen deutschen Besetzung Dänemarks 1940 - keinen „Betriebsunfall der deutschen Geschichte“ und auch „keine historische Entgleisung“ darstelle, habe der „Patriotismus, den wir für uns reklamieren, (...) sein vaterländisches Pathos verloren.“ Deshalb gelte: „Wenn wir ihn mit neuem Inhalt füllen, ihm eine zeitgemäße Würde geben wollen, dann erfordert das einen nüchtern beschreibenden und analysierenden Verstand.“

Hamers Versuch der Entwicklung eines zeitgemäßen Patriotismus für deutsche Nordschleswiger zielt darauf, verschüttete andere Identifikationsangebote freizulegen. Dabei erinnert er an die „Hadersiebener Erklärung“, die einige oppositionelle Nordschleswiger 1943 weitsichtig formulierten.¹⁴ Den „Geist dieser Einsicht“ atme, so Hamer, die Loyalitätserklärung des Bundes der Nordschleswiger 1945. Das ist Traditionsbildung jenseits des Zusammengehens mit der Besatzungsmacht von der viele deutsche Nordschleswiger noch weit mehr erwartet hatten - und auch jenseits der Opfermentalität nach der „Rechtsabrechnung“ des dänischen Staates mit der deutschen Minderheit ab 1945.¹⁵ Beides erwähnt Hamer mit keinem Wort, weiß aber, dass alle Zuhörer diesen Kontrast zu seinen Ausführungen mitdenken. Seine Identifikationsangebote tragen auch Namen, etwa den des Professors für Nationalökonomie Jens Peter Jessen, geboren in der Gegend von Tingleff, der nach dem 20. Juli 1944 als Mitverschwörer hingerichtet wurde. Oder den Namen von Ernst Reuter aus Apenrade, dem sozialde-

mokratischen KZ-Häftling und späteren legendären Regierenden Bürgermeister von Westberlin. Und Hamer erinnert an freiheitlich-demokratische Traditionen, meint dabei ausdrücklich auch wesentliche Anteile der ‚schleswig-holsteinischen Erhebung‘ 1848, ja, er zitiert vor diesem Publikum ausführlich den Historiker Walter Grab, dessen Arbeiten vorwiegend den radikaldemokratischen Jakobinern galten. Ihn, Hamer, fasziniere an dem ins israelische Exil getriebenen deutschen Juden Grab gerade, dass er „eine andere deutsche Geschichte“, nämlich die der deutschen Freiheitsbewegungen und deren Utopien schreibe.

Nach diesem etwas anderen historischen Exkurs stellt Hamer die überraschende Frage: „Was muten wir den Deutschen in Nordschleswig zu, vor allem auch den jungen Menschen, wenn wir von ihnen deutsche Identität und Bekenntnis zu deutscher Geschichte und Kultur erwarten?“ Seine Antwort: Die Deutschen in Nordschleswig könnten durchaus „die ideellen Grundlagen ihrer Existenz als Minderheit und ihrer Freiheit, sich als deutsche Volksgruppe zu bekennen, in einer guten historischen Tradition“ sehen. Denn es gebe eine deutsche Geschichte, „die nicht das andere bagatellisiert, nicht relativiert oder gar aus der Welt schafft, die uns aber legitimiert, aus ihr heraus verantwortlich zu handeln.“ Und zum Finale seiner Ausführungen zitiert er zweimal ganz ausgiebig Bert Brecht: das 1942 im Exil entstandene Gedicht „Deutschland“ und die aus dem Jahr 1950 und der jungen DDR stammende „Kinderhymne“ - Vaterlandsliebe ganz anders. Kurt Hamer ist auf dem Höhepunkt seines Ansehens. Er kann dem Publikum, das ihn in vielem auf seiner Seite weiß, Gedanken und Öffnungen zumuten wie fast kein anderer. Auch wenn seine Rede dann ein geteiltes, im ‚Nordschleswiger‘ ausgebreitetes Echo findet.

Und auch das bringt er noch unter: Kleinlicher Streit und historische Rechthaberei hätten ihn nie interessiert. Auch nicht die „Frage deutsch oder dänisch“, erst recht nicht die Grenze. Nein, als er begonnen habe, „die Sache der beiden Minderheiten nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze mit meinen bescheidenen Kräften zu meiner Sache zu machen“, hätte ihn allein berührt, „daß man sich in einem Grenzraum zu einer nationalen Minderheit bekennen und für sie eintreten kann, ohne sich dafür rechtfertigen und ohne deshalb persönliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.“ Damit ist die gleiche Distanz bzw. die gleiche Nähe zu beiden nationalen Minderheiten hergestellt. Der liebevolle Blick von außen auf das Phänomen der Minderheiten selbst.

VI. Die Friesen

Es fehlt noch die in der Region angestammte mit eigener langer Geschichte als autochthone Volksgruppe lebende Minderheit der Friesen. Ohne deren interne

Probleme der unterschiedlichen Eigendefinitionen und nationalen Orientierungen zum Thema zu erheben, erwähnt Hamer die Friesen seit Mitte der 1980er Jahre und widmet sich als Grenzland- und Minderheitenbeauftragter mit besonderem Nachdruck gerade auch ihren Anliegen. Neben dem sehr beachtlichen Anstieg ihrer finanziellen Förderung im Landeshaushalt mit dem Regierungswechsel 1988 drücken sich Hamers Bemühungen auch in einigen veröffentlichten Äußerungen 1989 und 1990 aus.

Unter dem Titel „Die Friesen haben eine große Chance“ referiert Hamer am 29. April 1989 auf der Mitgliederversammlung des Nordfriesischen Instituts:¹⁶ Er wolle das Friesische nicht definieren, aber feststellen, wie inzwischen auch Landesregierung und Landtag erkannt hätten, dass für die Friesen „mit der Gefährdung ihrer Sprache und Kultur die Signifikanz ihrer Heimat verloren zu gehen“ drohe. Sie verdienten deshalb Unterstützung. Und er lasse sich nicht auf Debatten ein, ob dem Friesischen überhaupt eine „volksstiftende Kraft“¹ innewohne - immerhin seien „manche Friesen für sich zum dem Ergebnis gelangt, nicht Deutsche, nicht Dänen, sondern eben nur Friesen zu sein“. Für ihn zähle allein das nachweisbare Gruppenbewusstsein dieser Minderheit.

Er wisse, wie stark sich die „eigene friesische Identität“ aus der Sprache ableite. Deshalb rangiere Sprachförderung für ihn ganz oben: „Die sprachliche und kulturelle Einzigartigkeit des Friesischen in unserem Lande können wir nur um den Preis verloren geben, einer Kulturbarbarei geziehen zu werden.“ Schließlich müsse für die friesische Minderheit ein Rechtsstatus gefunden werden, der „vergleichbar mit den Rechten“ sei, die in Deutschland „der dänischen Minderheit gewährt werden“. - Damit adaptiert Hamer spät, aber mit besonderem politischen Gewicht die zentrale Gleichstellungsforderung der Friesen.

In einer Rede über „Die Situation der friesischen Kulturpflege heute“ fasst Hamer 1990 in seiner charakteristischen Art apodiktisch zusammen:¹⁷ „Ein erster Grundtatbestand für mich ist: Es gibt eine friesische Identität, das Bewußtsein also, als eigenständige Gruppe zusammenzugehören.“ Es gebe weiterhin unbestreitbar „friesische Sprachen“. Schließlich sei für ihn ein „ganz einfacher Tatbestand“, und zwar unabhängig von der jeweiligen nationalen Selbstzuordnung: „Das Bekenntnis als Friese ist frei. Friese ist, wer Friese sein will.“

Die am 30. Mai 1990 vom Landtag verabschiedete neue Landesverfassung, an deren Vorbereitung Kurt Hamer in der einschlägigen Enquete-Kommission deziert und nachhaltig mitwirkte, setzt diese Zielvorgaben in einklagbares Recht um: „Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.“¹⁸

VII. Grenzland- und Minderheitenbeauftragter

Kurt Hamer, zunehmend von seiner tödlichen Krankheit beeinträchtigt, hat einerseits sehr vieles erreicht: Sein Modell der ‚geschützten Privilegierung‘ der drei von ihm berücksichtigten Minderheiten besitzt seit 1990 Verfassungsrang. In gewisser Weise ist seine Politik damit vollendet. Und sie stellt ein beachtliches, nachhaltiges, also bleibendes Stück Weg dar: von ersten Solidarisierungen mit deutschen Nordschleswigern über die Flensburger Erklärung der Landes-SPD bis zur Verfassungsreform und der in allen Lagern völlig unstrittigen, ja hoch geachteten Rolle als Grenzland- und Minderheitenbeauftragter. Hamer hat mehr erreicht, als üblicherweise auf einem Politikfeld in der Landespolitik verwirklicht wird.

1990, er ist als Todkranker nur noch sehr begrenzt handlungsfähig, widmet sich Hamer der Absicherung des Erreichten. Seine letzten Reden, wie etwa jene am 20. März 1990 vor dem Rendsburger Ortsverein des Heimatbundes¹⁹ oder jene vor der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig am 21. Mai 1990 in Flensburg, bündeln noch einmal sein ganzes Konzept: Alle Elemente seiner Minderheitenpolitik tauchen auf und zudem, wohl der neuen Rolle des regierungsamtlichen Vertreters geschuldet, die intensiv betonte Erweiterung einer regionalen Kooperation im Grenzraum um wirtschaftliche Aspekte und Momente der beruflichen und wissenschaftlichen Qualifikation der Grenzlandbewohner. Er wünscht sich „die Entwicklung eines grenzüberschreitenden regionalen Bewußtseins“.²⁰ - Es sind runde, konzeptionell abgeschlossene Reden, die in alter Stilsicherheit vorgetragen werden. Wir dürfen auch mal lächeln, etwa wenn wir auf einem Konzept die handschriftliche Ergänzung der ‚vergessenen‘ Friesen wahrnehmen.

Seine drängendsten Fragen und Aussagen schreibt Flamer nun mit großer Handschrift auf die immer wieder neu sortierten und nummerierten Karteikarten mit Redebausteinen: „Worin liegt Modellhaftes der deutsch-dänischen Lösung?“²¹ Oder: „Minderheitenpolitik ist in einer demokratischen Gesellschaft die Pflicht, das Existenz- und Wirkungsrecht von Volksgruppen zu schützen und deren Arbeit ohne jegliche politische Bedingung nach Kräften zu fördern. Das hat auch in S(chleswig-)H(olstein) zu gelten!“ Immer wieder taucht auch sein ganz frühes Argument gegen eine Nostalgie der Bedrängung auf: „Frage dann: Wo bleibt unser ‚Feindbild‘? Die Deutschen (die Dänen) ‚verwöhnen‘ uns ‚kaputt‘. - Kampf als Lebenselixier der Minderheiten, Überleben nur *bei* Diskriminierung? Kann nicht richtig sein!“ Schließlich Flammers Beschwörung einer „richtig verstandenen europäischen Integration“, die „regionale Vielfalt“ und auch die „Vielfalt von Minderheiten und ihrer Kulturen“ zu gewährleisten habe. Dabei seien allerdings auch die Minderheiten selbst gefordert, nämlich „zu begreifen,

daß es zwischen Deutschen, Dänen und Friesen, zwischen den Minderheiten und Volksgruppen, zwischen den Politikern und der Politik nördlich und südlich der Grenze, gleiche, ja identische Interessen und Aufgaben gibt, scheint mir in einem Europa der Vielfalt nötiger den je zu sein.“²² Um dann am Ende der Flensburger Rede apodiktisch zu fordern: „S(chleswig-)H(olsteins) L(andes)R(egierung) muß sich auch in die europäische Diskussion einschalten.“ - Da ist zu spüren, dass er nicht ganz zufrieden scheint mit der Entwicklung, gern selbst auch kräftiger und aktiver dabei wäre.

Hamer erlebt noch die Wende, den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik, auch erste Anzeichen des großen Wandels in Süd-Osteuropa. Aber die in den folgenden Jahren so dramatische und gewalttätige Wiedergeburt von Minderheitenkonflikten, die Aktualität der Suche nach Modellen ihrer Lösung erlebt er nicht mehr. Und seine beiden letzten Texte, die „Denkschrift zur Errichtung eines ‚Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen‘ (EZM)“²³ sowie der Begleitbrief an die politischen Entscheidungsträger werden zwar noch abgeschlossen, doch absenden kann Hamer sie nicht mehr. In dem Brief heißt es: „Ich bin der Überzeugung, dass die Lösung der Minderheitenfragen in Europa eine der wichtigsten Aufgaben zur Befriedung unseres Kontinents ist.“ Es seien jedoch Kenntnisse über Probleme, Situation und Problemlösungen vonnöten, die die Wissenschaft beibringen könne. Nun gebe es keine zentrale europäische Institution, die sich der „Erforschung, Darstellung und Vermittlung von Minderheitenproblemen und gesamteuropäischen Aspekten“ widme. Eine derartige Einrichtung in der deutsch-dänischen Grenzregion zu schaffen, schlage er nunmehr vor. Im Mittelpunkt des Zentrums „stünde eine innereuropäische Konfliktforschung, deren Ziel es wäre, Ursachen für Minderheitenprobleme zu erforschen und wissenschaftliche Grundlagen für ihre Überwindung zu liefern.“ Mit dem ECMI, dem am 4. Dezember 1996 feierlich in Flensburg eröffneten ‚European Center for Minority Issues‘, folgte schließlich die Realisierung. Der letzte große Erfolg Kurt Hamers!

IX. Was bleibt?

Die Bilanz - sie ist fraglos sehr positiv. Es blieb und bleibt einiges vom Wirken Hamers. Wir wissen nicht, wie er selbst bilanzierte. Alles deutet darauf hin, dass er in seiner letzten Zeit vor allem versuchte, das Erreichte zu stabilisieren, den Schmerz über sein Scheitern in der Frage des Museums für Industrie- und Alltagskultur zu bekämpfen und zugleich anderes, noch realisierbar Scheinendes wie die wissenschaftliche Institutionalisierung der regionalen Zeitgeschichtsforschung oder aber der Minderheitenforschung zu verfolgen.

Ansonsten klingt fast wie ein Selbstgespräch, was Kurt Hamer 1990 eigentlich an den Nordfriesischen Verein für Heimatkunde und Heimatliebe adressierte: „Nötig ist aber auch immer wieder, daß man sich selbstkritische Fragen stellt. Hat man genug gearbeitet? Hat man überzeugend genug gewirkt? Hat man beharrlich seine Ziele verfolgt? Hat man die Probleme rechtzeitig und richtig erkannt, und hat man die richtigen Folgerungen gezogen? Ist man immer wieder selbstbewußt genug aufgetreten?“²⁴

In Hamers allerletztem Interview, das wenige Tage vor seinem Tod im ‚Nord-schleswiger‘ erschien, findet sich auch die folgende Passage: „Ich will es wieder an dem Beispiel der Türken klarmachen: Jeder deutsche Urlauber, der in die Türkei fährt, der ist begeistert von der Gastfreundschaft der Türken. Der ist begeistert von der Lebensart der Türken. Der ist begeistert von der Kultur, die er dort findet. Und merkwürdigerweise, wenn die Türken hierher kommen, dann behandeln wir sie, als ob sie aus dem wilden Westen oder aus einer Gegend kommen, die noch nie von Kultur beleckt worden ist. Statt daß wir nutzen, was sie an kultureller, an geistiger Potenz mitbringen, behandeln wir sie wie Aussätzige, wie Leute, die nicht dazugehören.“

Hätte Hamer die anachronistische Gewalt der ethnischen Bereinigungen und Nationalstaatsbildungen der 1990er Jahre in Europa erleben müssen, die brennenden Häuser in Lübeck und Mölln gesehen, ganz sicher würde Hamer sich ruhelos drängend, nach erklärenden Begriffen und zukunftsweisenden Lösungen suchend, auch ungeduldig ein Profil ‚seiner‘ Einrichtung einfordernd geäußert haben! Und mutmaßlich hätte ersieh auch sonst nicht mit dem Erreichten zufrieden gegeben. Wem, wenn nicht ihm, hätte man beispielsweise Zutrauen können, das Minderheitenthema weiter zu modernisieren, etwa auf die Gruppen der Sinti und Roma, insbesondere aber auf die neuen Minderheiten wie die ‚Deutsch-Türken‘ mutig, weil gegen die massiv vorgetragenen Interessen der etablierten Minderheiten, zu erweitern?

Anmerkungen

- 1 NH, 27.04.1974, Gravenstein: Deutsch sein als deutscher Staatsbürger. Festansprache anlässlich der Einweihung der Deutschen Schule in Gravenstein. Die Rede ist im Band Danker / Nowotny, Kurt Hamer, S. 170-174 dokumentiert.
- 2 Archiv der SPD-Landtagsfraktion (SPD-LtA) 424.443, der Untertitel lautet. „Historische und aktuelle Betrachtungen.“
- 3 Kurt Hamer: Deutsch-dänisches Grenzland, Modell oder Sonderfall, in: Grenzfriedensbund (Hrsg.): Grenzfriedenshefte 2/1978, S. 65-74.
- 4 SPD-LtA, Flensburger Erklärung, in: SPD Schleswig-Holstein (Hrsg.): Beschlüsse des Landesparteitages 26.-27.09.1981, Harrislee, S. 3-5, Kiel 1981. Die Erklärung im

- Band Danker / Nowotny, Kurt Hamer, S. 175-178 dokumentiert.
- 5 SPD-LtA 424.442, „Jede Partei könnte froh sein ...“, in: „Der Nordschleswiger“, 6.11.1979.
 - 6 SPD-LtA 424.442, „Der Nordschleswiger“, 14.2.1981. Das Interview ist im Band Danker / Nowotny, Kurt Hamer, S. 179-187 dokumentiert.
 - 7 SPD-LtA 424.442, Kurt Hamer: Auch die Kommunen sollen Schritte zur Klimaverbesserung vollziehen, in: „Der Nordschleswiger“, 7.11.1983.
 - 8 SPD-LtA 424.442, Hamer bezeichnet die Existenz der Minderheiten als kulturellen und politischen Glücksfall, in: „Kieler Nachrichten“, 7.11.1983.
 - 9 „Der Nordschleswiger“ am 20.1.1984.
 - 10 Hamer, Kurt: Herbergsstaat und Minderheit, in: Grenzfriedensbund (Hrsg.): Grenzfriedenshefte 1/1984, S. 3-12. Die Rede ist auch im Band Danker/Nowotny, Kurt Hamer, S. 217-227 dokumentiert. Zum Auftritt Kurt Hamers in Schafflund auch Lars Henningsen, Die dänische Minderheit 1951-2001, dargestellt am Beispiel Schafflund: Grenzfriedenshefte 2/2002, S. 91-106.
 - 11 Mit der Vereinigung kamen die Sorben hinzu.
 - 12 „Der Nordschleswiger“, 31.10.1987.
 - 13 Kurt Hamer: In Verantwortung vor der Vergangenheit die Zukunft mitgestalten, in: „Der Nordschleswiger“ am 7.11.1987. Der Vortrag ist im Band Danker / Nowotny, Kurt Hamer, S. 197-206 dokumentiert.
 - 14 Vgl. Johannsen, Peter Iver: Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet, Gegenwartsfragen 69, Kiel 1993, S. 41-72, hier S. 48.
 - 15 Vgl. Lorek, Sabine: Die Rechtsabrechnung mit der deutschen Minderheit in Dänemark nach 1945, in: Bohn, Robert / Danker, Uwe / Kühl, Jorgen: Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit, Bielefeld 2001, S. 163-173.
 - 16 „Nordfriesland“ 86, Juni 1989 S. 9-14.
 - 17 Hamer, Kurt: Die Situation der friesischen Kulturpflege heute, in: Nordfriesischer Verein für Heimatkunde und Heimatliebe (Hrsg.): „Zwischen Eider und Wiedau“, Husum 1990, S. 33-39.
 - 18 Artikel 5 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vom 13. Dezember 1949 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung der Landessatzung für Schleswig-Holstein vom 13. Juni 1990.
 - 19 Nachlass Hamer, Kurt Hamer: Referat beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, 20.03.1990, Ortsverein Rendsburg.
 - 20 Nachlass Hamer, Kurt Hamer: Ansprache anlässlich des dänischen Jahrestreffens, 10.06.1990, Flensburg.
 - 21 Auch die folgenden Zitate: ebd.
 - 22 Nachlass Hamer, Redemanuskript „Historische Reminiszenz“, o.A.
 - 23 Denkschrift zur Errichtung eines „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen“ (EZM), Kurt Hamer, Minderheiten- und Grenzlandbeauftragter des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, in: Pressestelle der Landesregierung Schleswig-

Holstein (Hrsg.): Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen. Denkschrift, Kiel 1991.

24 Die Situation der friesischen Kulturpflege heute (wie Anm. 17), hier S. 39.

Grenzland- und Minderheitenbeauftragte 1988-2003

Schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik im europäischen Kontext

von JØRGEN KÜHL

Am 8. Dezember 2003 beging der Kieler Landtag eine Feierstunde mit dem Thema „Kulturelle Vielfalt in Schleswig-Holstein: 15 Jahre Beauftragte für nationale Minderheiten, Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch“. Den Festvortrag hielt Dr. Jørgen Kühl, der Direktor des Apenrader Instituts für Grenzregionsforschung, das inzwischen der Süddänischen Universität angegliedert ist. Im Folgenden geben wir eine leicht überarbeitete Fassung des Vortrags wieder.

Die Redaktion

15 Jahre Grenzland- und Minderheitenbeauftragte - 15 Jahre Schleswig-Holsteinische Minderheitenpolitik im europäischen Kontext. Das „halbrunde“ Jubiläum gibt Anlass zur Bestandsaufnahme und auch Grund zu einer zusammenfassenden Würdigung. Als 1988 die Funktion des Grenzlandbeauftragten geschaffen wurde, war noch nicht absehbar, in welchem Maße die Thematik nationaler Minderheiten im folgenden Jahrzehnt sich zu einem Schwerpunkt der nationalen sowie einem Brennpunkt der internationalen Politik entwickeln würde.

Was somit in der Rückschau als konsequente Entwicklung einer Erfolgsgeschichte erscheinen könnte - die Arrondierung und Erweiterung der Landesminderheitenpolitik auf Bundes- und europäischer Ebene - war bei der Erschaffung der Funktion keineswegs als Zukunftsperspektive mitgedacht. Dass bereits im Jahre 1990 die nationalen Minderheiten in aller Munde sein würden und sich die Minderheitenproblematik beinahe lawinenartig auf die Ebene der Politik vordrängen sollte, konnte das Land zwei Jahre zuvor weder erahnen noch erwarten. Die europäische Zeitenwende um 1989 und die Ernennung eines Grenzlandbeauftragten standen also in keinem direkten Zusammenhang. Dennoch kann man feststellen, dass die gesamteuropäische Entwicklung der letzten 15 Jahre einen erheblichen Einfluss sowohl auf die Bedeutung und das Betätigungsfeld der Grenzland- und Minderheitenbeauftragten als auch auf die kontinuierliche Erweiterung und Umsetzung der Minderheitenpolitik des Landes Schleswig-Holstein gehabt hat. Dabei spielte die Vorstellung von einem besonders gelungenen deutsch-dänischen Minderheitenmodell eine zentrale Rolle. Die Betrachtung desselben als Modell war ungeachtet des konkreten Inhaltes

sehr wohl prägend für das Selbstverständnis und die konkrete Formulierung und Umsetzung der Minderheitenpolitik im Lande.

Eine neue Phase der Minderheitenpolitik

Das Land Schleswig-Holstein war mit der Ernennung eines Grenzlandbeauftragten - ab 2000 Minderheitenbeauftragte genannt - gewissermaßen Vorreiter einer neuen, auf kontinuierlichem Dialog und gegenseitigem Vertrauen aufbauenden zukunftsgerichteten Minderheitenpolitik. Bereits Mitte der 1980er Jahre wurden die Weichen der Landespolitik gegenüber den Minderheiten neu gestellt. Dies führte einerseits über die Gleichstellung in der Bezuschussung der Schulen der dänischen Minderheit mit den öffentlichen Schülerkostensätzen zu den mittlerweile zur Institution gewordenen Minderheitenberichten, deren erster im Jahre 1986 im Landtag vorgelegt und debattiert wurde. Dies waren deutliche Signale für eine neue Minderheitenpolitik. Diese Politik der Einbeziehung der Minderheiten und Volksgruppen im Lande setzte sich in den Folgejahren fort. Dies führte unter anderem dazu, dass in die Landesverfassung von 1990 ein erweiterter Artikel zum Schutz der Minderheiten aufgenommen wurde.

Bestrebungen einer Verankerung des Minderheitenschutzes auf Bundesebene im Grundgesetz des vereinten Deutschlands blieben bislang erfolglos. Sie führten aber zu einer Vertiefung und Verfestigung des Dialoges sowohl der Minderheiten untereinander als auch mit der Landesregierung. Der seit Jahrzehnten bestehende enge Kontakt zwischen der Landespolitik und der deutschen Minderheit in Nordschleswig wurde ebenfalls durch diese Gesamtentwicklung gestärkt.

In diesem Prozess spielten die Grenzland- und Minderheitenbeauftragten eine wichtige Rolle, indem sie entscheidend dazu beitrugen, dass der Dialog weitergeführt und das gegenseitige Vertrauen zwischen Minderheiten und Landespolitik vertieft und erweitert wurde. Dabei wurde das Betätigungsfeld nicht auf die dänische und deutsche Minderheit im Grenzland eingeeengt, sondern bewusst auch auf die friesische Volksgruppe und schließlich auch auf die Sinti und Roma im Lande ausgeweitet. Die Einbeziehung der Tätigkeit der Grenzlandverbände und die Förderung der niederdeutschen Sprache kamen als weitere Aufgabengebiete hinzu.

Die europäische Dimension

Aufgrund der gesamteuropäischen Entwicklung mussten die Beauftragten sich bereits Mitte der 1990er Jahre mit neuen internationalen Instrumenten des Min-

derheitenschutzes beschäftigen, die auch für die Minderheiten im Lande relevant sind. Das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten betrifft neben der dänischen Minderheit auch die beiden anderen autochthonen Minderheiten im Lande, nämlich die Sinti und Roma und die Friesen. Die Sprachencharta des Europarats umfasst neben den Minderheitensprachen auch das Niederdeutsche. Nördlich der Grenze gelten die europäischen Minderheitenstandards analog für die deutsche Minderheit. Damit wurde das Betätigungsfeld der Grenzland- bzw. Minderheitenbeauftragten erheblich erweitert. Hinzu kommt noch die Kooperation mit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), deren Beirat zur Zeit die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack vorsteht. Diese aktive Betätigung der Minderheitenbeauftragten im Beirat führt die langjährigen Kontakte zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der FUEV fort und baut sie weiter aus.

Die europäische Dimension ist somit heute integrierter Bestandteil der Arbeit der Minderheitenbeauftragten. Dies ist Ergebnis einer Entwicklung, die dazu geführt hat, dass das Amt an sich an internationaler Bedeutung und Vernetzung gewonnen hat. Dabei haben die Beauftragten durch ihre Arbeit stets auch weitreichende internationale Impulse geben können.

Das deutsch-dänische Forschungszentrum European Centre for Minority Issues (ECMI) in Flensburg, das 1996 gegründet wurde, hängt von der Vision und der Konzeption her eng mit dem Wirken des ersten Grenzlandbeauftragten Kurt Hamer zusammen. Die Verwirklichung der Vision Hamers wurde durch seinen Nachfolger Kurt Schulz vorangetrieben und schließlich auch verwirklicht. Die Aktivitäten und die Entwicklung des Minderheitenzentrums werden weiterhin von der derzeitigen Minderheitenbeauftragten Renate Schnack mit Interesse und Zuspruch sowie mit konkreten Initiativen begleitet. Das ECMI ist somit zum Teil auch Ergebnis der Arbeit der Grenzland- und Minderheitenbeauftragten.

Anerkennung durch die Minderheiten

Alle drei Grenzland- und Minderheitenbeauftragten haben das Amt mit hoher Kompetenz, umfangreichem Wissen, Engagement und Dialogbereitschaft wahrgenommen. Dass die Funktion dabei ursprünglich nicht als ein Amt für Minderheiten, sondern als aktives Element der Landesminderheitenpolitik gedacht war, hat im Bewusstsein der Minderheiten und Volksgruppen im Lande keine Rolle gespielt. Die Minderheiten sprachen und sprechen anerkennend und freundschaftlich verbunden von „ihrem Kurt“ und „unserer Renate“. Dadurch wird in einfacher, aber vielsagender Form ausgedrückt, dass die Beauftragten ihr Amt so hervorragend wahrgenommen haben, dass ein hohes Maß an Vertrauen zwischen denjenigen Gruppen, für dessen Anliegen das Amt eingerichtet wurde,

und dem jeweiligen Amtsinhaber bzw. der Amtsinhaberin sich entwickelt hat. Dabei waren sich alle drei Beauftragten sehr wohl dessen bewusst, dass sie Beauftragte der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und nicht der Minderheiten waren und sind. Dass es von Seiten der Minderheiten vielleicht ab und zu das umgekehrte Verständnis gab, spricht für den Erfolg der Arbeit.

Minderheitenbeauftragte in Deutschland und Europa

Als vor 15 Jahren das Amt ins Leben gerufen wurde, gab es nur wenige Grenzland- oder Beauftragte für nationale Minderheiten und Volksgruppen in Europa. Dies hat sich mittlerweile grundlegend geändert. Minderheitenbeauftragte oder auch formale Ombudsleute bzw. Regierungs- oder Parlamentsbeauftragte für Anliegen nationaler oder ethnischer Minderheiten gibt es heute in mehreren europäischen Staaten. In der Bundesrepublik wurde Ende 2002 das Amt des Bundesbeauftragten für nationale Minderheiten eingerichtet, das sich auch der Minderheiten in Schleswig-Holstein und der deutschen Minderheit in Nord-schleswig annimmt.

Auf überstaatlicher Ebene gibt es einen Hochkommissar für Minderheitenfragen der OSZE, dessen Amt vier Jahre nach der schleswig-holsteinischen Initiative ins Leben gerufen wurde. Wiederum zwei Jahre später wurde der erste Kommissar des Ostseerates ernannt, dessen Aufgaben sich zum Teil auch auf Anliegen von Angehörigen nationaler Minderheiten beziehen. Dieses Amt entfiel allerdings Ende 2003, und somit gibt es seit dem 1. Januar 2004 nicht länger die Funktion des Ostseeratskommissars. Dies berührt insofern auch die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet, als dieses Amt auch für diese Gruppen bedeutsam war.

Aber es hat im Bewusstsein der Minderheiten wohl keine erhebliche Rolle gespielt, da für sie stets die Grenzland- und Minderheitenbeauftragten der Ministerpräsidenten des Landes die wichtigsten Bezugspersonen waren, an denen sich die Minderheiten vertrauensvoll mit ihren Anliegen, Interessen, Themen, aber auch Herausforderungen und Problemen wenden konnten.

Belastungsproben wegen finanzieller Fragen

Das Amt des Minderheitenbeauftragten hat dabei allerdings auch Belastungen auszuhalten. Insbesondere die Haushaltsengpässe in Bund und Land haben den Beauftragten in den letzten Jahren immer wieder neue Belastungsproben beschert. Doch die Grenzland- und Minderheitenbeauftragten verstanden es, mit sicherer Hand durch - plakativ und in Anführungszeichen ausgedrückt - „Minen-

felder“ der Interessenkonflikte zu navigieren. Bei allen Gegensätzen, die sich aus unterschiedlichen, jeweils legitimen und nachvollziehbaren Interessenlagen seitens der Landesregierung und der Minderheiten insbesondere in finanzieller Hinsicht ergeben haben, hat das Amt des Minderheitenbeauftragten allen Belastungen standgehalten und durch den offenen Dialog auch abfedern können. Dies ist ein Umstand, der nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Der vertrauensvolle Dialog zwischen Minderheiten und der Landesregierung wurde so auch in Zeiten beispielsweise der Demonstration seitens der dänischen Minderheit vor dem Landtag vor ziemlich genau sechs Jahren oder nach der aus Haushaltsgründen erfolgten mehrjährigen Festschreibung der Förderung der dänischen Schulen im Lande bei aller Kritik in der Sache nicht beschädigt, sondern durch die Tätigkeit der Grenzland- und Minderheitenbeauftragten eher gefördert.

Veränderungen in der Minderheitenpolitik aufgrund der europäischen Entwicklung

Das Amt kann jedoch nicht losgelöst von der Schleswig-Holsteinischen Minderheitenpolitik gesehen werden. Das Amt ist sozusagen eine Funktion der Minderheitenpolitik. Sie hat sich ebenfalls in den letzten 15 Jahren fortlaufend verändert. Dies ist auch im Kontext der europäischen Entwicklung zu sehen. In den letzten 15 Jahren sind mehrere internationale Instrumente im Minderheitenbereich hinzugekommen.

Die beiden Instrumente des Europarats - die Sprachencharta aus dem Jahre 1992 und die Rahmenkonvention zum Schutze nationaler Minderheiten aus dem Jahre 1995 - sind dabei von zentraler Bedeutung. Das Besondere an diesen beiden Abkommen ist, dass das Land und der Bund sich durch die Ratifizierung nicht nur dazu verpflichtet haben, die entsprechenden Regelungen umzusetzen bzw. zu gewährleisten. Die konkrete Umsetzung dieser Verpflichtungen wird zudem durch einen Überwachungsmechanismus seitens des Europarates genau beobachtet. Dies gilt analog auch für Dänemark und die anderen Staaten des Europarats, die das Abkommen unterzeichnet und ratifiziert haben. Dadurch wird die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik konkret in einen weiteren europäischen Kontext mit einbezogen. Das Monitoring, d.h. die kontinuierliche Überwachung der Umsetzung der übernommenen Verpflichtungen ist dabei durchaus kritisch und gibt in den bisherigen Zyklusberichten der Expertenkomitees neben dem verdienten Lob auch Anlass zu kritischen Anmerkungen.

Ogleich die letzten 15 Jahre durch minderheitenpolitische Evolution erhebliche Fortschritte gebracht haben, gibt es nach wie vor Bereiche, in denen es im euro-

päischen Vergleich, bei aller Wertschätzung des Erreichten, Potenzial für Erweiterungen und Nachbesserungen gibt. Dies ist auch im Monitoringprozess deutlich geworden. Dabei kann für einen objektiven Beobachter allerdings kein Zweifel daran bestehen, dass die Ambitionen und Ziele der Minderheitenpolitik des Landes sich jeweils an den haushaltspolitischen Realitäten orientieren müssen. Der tatsächliche Gestaltungsrahmen der Politik unterliegt dabei den Spielräumen, die von erwarteten oder manchmal auch erhofften Einnahmen einerseits und den vorgegebenen Ausgaben andererseits gesetzt werden. Dies hat zum Teil dazu geführt, dass die formulierten Ideale und Ziele der Minderheitenpolitik auf der einen und ihre konkret vollzogene Umsetzung auf der anderen Seite immer wieder unter das Primat fiskalischer Prioritätensetzung geraten sind. Kompromisse mussten dabei eingegangen werden, deren Auswirkungen für die Minderheiten erheblich, zum Teil auch von zentraler Bedeutung waren. Dennoch ist die Minderheitenpolitik ein besonderes Politikfeld, und die tatsächlichen Ansätze der Haushaltspolitik haben auch in Zeiten schwieriger Kompromisse diese besondere Thematik anerkannt und berücksichtigt.

Fiskalische Grenzen und Begrenzungen der Minderheitenpolitik

Vor kurzem wurde der Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Sprachencharta vorgelegt. Übrigens ist auch dies eine wichtige Neuerung und Erweiterung der Minderheitenpolitik des Landes. Sie ist insofern einzigartig, als es wohl kaum in einem anderen Landesparlament einen entsprechenden Bericht zur Umsetzung dieser internationalen Verpflichtungen gibt. Dies ist somit dem Land Schleswig-Holstein hoch anzurechnen. Im Bericht wird u.a. festgestellt: „Der Monitoringbericht des Expertenausschusses zeigt, dass vom Land, trotz des bereits hohen Schutzstandards auch in Zukunft weitere Anstrengungen zur Umsetzung der Charta erwartet werden. Dies fällt in der gegenwärtigen angespannten Haushaltssituation nicht leicht. Aus Sicht der Landesregierung ist der Erhalt des Status quo unter den gegenwärtigen Bedingungen bereits eine beachtliche Leistung.“

In dieser Feststellung spiegelt sich im Grunde genommen ziemlich präzise die Minderheitenpolitik des Landes wider: Ein auch im europäischen Vergleich hoher Standard hinsichtlich des Schutzes und der Förderung der Minderheiten ist erreicht worden. Europäische Verpflichtungen sind übernommen worden. Der Wille zur Umsetzung ist grundsätzlich gegeben. Lediglich die benötigten finanziellen Mittel zu einer weiterführenden Umsetzung stehen derzeit nicht zur Verfügung. Durch die angespannte Haushaltslage wird der tatsächliche Gestaltungsrahmen der Minderheitenpolitik also eingeengt, und die Anforderungen an die

Minderheitenbeauftragte nehmen dementsprechend zu.

Somit gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen diesen beiden Konstanten der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein: Der gute politische Wille und die Einbeziehung der Minderheiten beziehen sich stets auch auf die tatsächlichen fiskalischen Möglichkeiten des Landeshaushalts. Entscheidend ist dabei aber, dass das Amt und die Glaubwürdigkeit der Minderheitenbeauftragten dadurch keineswegs beschädigt, sondern sogar durch das persönliche Engagement und die hohe Sachkompetenz in dieser schwierigen Situation gestärkt worden sind. Auch dies ist eine positive Erfahrung, die europaweit eine Vorbildfunktion hat.

Ein nachhaltiges Modell

Insgesamt gesehen ist die Nachhaltigkeit des schleswigschen Minderheitenmodells in den letzten Jahren nicht beeinträchtigt oder beschädigt worden. Es sind sogar Neuerungen hinzugekommen, die den guten Willen hervorheben. Dies ist ein Verdienst aller Beteiligten, der Minderheiten und der Politik - und ist auch der unermüdlichen Tätigkeit der Minderheitenbeauftragten anzurechnen, die mit stiller Diplomatie und energischem Engagement das Verständnis zwischen Minderheiten und Politik voranbringt in einer Zeit, in der die unterschiedlichen Interessengruppen um Beachtung und Wahrnehmung ihrer Anliegen stärker denn je konkurrieren.

Abschließend lässt sich somit feststellen, dass vor 15 Jahren mit der ersten Berufung eines Grenzlandbeauftragten ein visionärer und innovativer Schritt in der Minderheitenpolitik des Landes gemacht wurde, dessen positive Langzeitwirkung durch die drei bisherigen Amtsinhaber mit Erfolg gewährleistet worden ist. Dem gebührt Respekt und Anerkennung, und wir können für die zukünftige Arbeit der Minderheitenbeauftragten in Schleswig-Holstein wirklich zuversichtlich sein.

Die Grenze liegt fest - und verändert sich doch

Neuere Tendenzen in Grenzforschung und Grenzpolitik

von ANDREA TEEBKEN

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 sind viele fest geglaubte Grenzen ins Wanken geraten, und zahlreiche neue Staaten sind in Europa entstanden. Auf der anderen Seite hat sich die Europäische Gemeinschaft zu einer Union entwickelt, in der sich die Funktion der Staatsgrenzen stark gewandelt hat. Deshalb ist das Phänomen „Grenze“ in einer bisher nicht bekannten Vielschichtigkeit zu einem Gegenstand internationaler Forschung geworden. Im Folgenden untersucht die in Schleswig geborene Historikerin Andrea Teebken, die zur Zeit an der Universität in Aalborg ihre Ph. D. -Arbeit über die Herausbildung nationaler Identitäten in Schleswig und Ostfriesland im 19. Jahrhundert schreibt, die Entwicklung in der Forschung über die Grenzproblematik in den vergangenen Jahren.

Die Redaktion

Einleitung

„Einige Dinge können sich nur an Grenzen ereignen“¹ - so schreibt es der irische Anthropologe Hastings Donnan in seinem 1999 publizierten Werk über Grenzen der Identität, der Staaten und der Nationen. Das Phänomen der Grenze verbindet er mit bestimmten Ereignissen. Sie ist nicht einfach eine politische und physische Gegebenheit, sondern löst bestimmte Handlungsmuster aus und verhindert andere.

Das deutsch-dänische Grenzland hat eine ereignisreiche Entwicklung durchlaufen. Der Nationalitätenkampf und die Konflikte um die Platzierung der nationalstaatlichen Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wurden teilweise blutig ausgefochten. Seit 1920 liegt die Grenze bekanntlich an ihrer heutigen Stelle, und das Grenzland wird seit mehreren Jahrzehnten gerne als Beispiel friedlichen Zusammenlebens zwischen nationalen Mehr- und Minderheiten hervorgehoben. Die Grenze ist demnach heutzutage weniger ein Stein des Anstoßes als ein Symbol für die Möglichkeit demokratischer Lösungen für nationale Konflikte.

Die Grenze hatte und hat ohne Zweifel große Bedeutung - sowohl für die Grenzlandbewohner als auch für die Beziehungen der beiden Länder zueinander. Die Frage der richtigen Platzierung der Grenze stand seit dem Aufkommen der

schleswig-holsteinischen und der eiderdänischen Bewegungen in den 1830er und 1840er Jahren auf der politischen Tagesordnung und blieb dort bis nach dem Zweiten Weltkrieg.

Was jedoch kennzeichnet eine Grenze zwischen zwei Staaten und in welcher Weise beschäftigt sich die Forschung mit den theoretischen Aspekten des Phänomens „Grenze“? Was macht die Beschäftigung mit ihr so interessant? Was sind es für Dinge, die sich nur an der Grenze ereignen - und wie hängen sie zusammen mit der politischen und administrativen Einheit bzw. der Nation, die von dieser Grenze umgeben wird und diese gegenüber anderen Nationen abgrenzt? Diesen Fragen soll in den folgenden Ausführungen nachgegangen werden. Dabei soll das Hauptaugenmerk auf den zwischenstaatlichen Grenzen liegen.² Das deutsch-dänische Grenzland mit seiner ereignisreichen Geschichte bietet hierfür einen interessanten Ausgangspunkt.

Spätestens seit der Herausgabe von Frederick J. Turners klassischer Abhandlung über die amerikanische „frontier“, der sich stetig gen Westen verschiebenden Siedlergrenze, ist das Phänomen der veränderbaren Grenze auch im historischen Kontext studiert worden.³ Die Klassifizierung und Analyse von Grenzen ist jedoch ebenso einem stetigen Wandel unterzogen. Anstelle der traditionellen Betrachtung der Grenze als einfache Begrenzung hat sich speziell seit dem Fall der Mauer und der Lösung des Ost-West-Gegensatzes in Europa ein verstärktes fächerübergreifendes Interesse an der Grenzthematik entwickelt. Beispielsweise hat sich die Anthropologie zwar seit jeher mit Fragen der Identität, der sozialen Abgrenzungen und der Symbole beschäftigt. Doch erst seit Anfang der 1990er Jahre interessieren sich Anthropologen für nationalstaatliche Grenzen.⁴ Diese Einflüsse anderer Fachbereiche auf die Geschichtswissenschaft führen notwendigerweise zu einer geänderten Sicht auf das Phänomen Grenze.

Die Grenze wandelt sich also - und die Beschäftigung mit ihr in Politik und Wissenschaft ebenso. Im Folgenden werden drei unterschiedliche Forschungsansätze vorgestellt, die jeweils die Grenze als lineare Abgrenzung zwischen zwei Einheiten, den Grenzraum als Begegnungsstätte und Kooperationsraum sowie die Grenze als eigenständiges System in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Einige Beispiele aus dem deutsch-dänischen Grenzland sollen diese drei Modelle veranschaulichen.

Die Grenze als Demarkationslinie und Verhinderung

Die Grenze als Demarkationslinie der Souveränität des modernen Staates ist die wohl traditionellste Definition. Demnach ist die wichtigste Aufgabe der Grenze die Unterstützung der Machtregulierung auf zwischenstaatlicher Ebene und

damit die Absicherung des Staates nach außen hin. Dies wird deutlich an der nationalen Symbolik der Grenzübergänge: Hier zeigt der Staat Flagge und demonstriert seine Autorität in Form von Passkontrollen und Einfuhrzöllen.

In extremen Fällen hört an der Grenze nicht nur die Infrastruktur eines Landes auf und geht mehr oder weniger nahtlos in eine andere Struktur über. Stattdessen verwehren Stacheldraht und strengste Kontrollen, wie bis 1989 an der innerdeutschen Grenze, den freien Zugang. Dafür gibt es zahlreiche weitere Beispiele, und zwar auch in der heutigen Zeit, wie es der projektierte Mauerbau zwischen Israel und palästinensischem Gebiet zeigt.

Grenzverschiebungen können Kriege entfachen. Sie können aber auch, wenn sie mit der demokratischen Einbeziehung der Bevölkerung einhergehen, zu einer Entschärfung von Konflikten führen.⁵ Die Volksabstimmungen von 1920 sind dafür ein gutes Beispiel. Seit 1864 stand die dänische Mehrheit in Nord-schleswig in einem gespannten Verhältnis zum preußisch-deutschen Staat, zu dem sie vorher nie gehört hatte. Das Ergebnis der Volksabstimmungen brachte eine Grenzlinie, die zwar zunächst neue Probleme schuf, den bisherigen Konflikt aber entschärfte; schließlich wurde sie allgemein akzeptiert.

Bestärkt durch jahrhundertealte Traditionen der Kartographie erscheint eine Grenze als „Linie im Raum“. Sie verdeutlicht die Souveränität eines Territoriums bzw. des Nationalstaats, den sie umfasst.⁶ Wie es 1997 in einem Artikel über Schleswig- Holstein ausgeführt wird: „Der Begriff ‚Territorium‘ korrespondiert mit dem Begriff ‚Grenze‘. Hiermit ist die Linie gemeint, an der die dem Territorium zustehenden Hoheitsrechte ihre Begrenzung finden. Dabei mag es sich um natürliche Grenzen handeln, wenn Flüsse, Seen oder Meere die Grenze bilden. Meistens ist die Grenze dann eine unsichtbare Linie in der Mitte des Flussbettes (...)“⁷ Die Grenze wäre somit nichts als ein unsichtbarer Strich im Raum.⁸ Doch Grenzziehung und Staatsbildung stehen in unmittelbarem Zusammenhang zueinander. Aus dieser Sichtweise auf das Phänomen Grenze ergibt sich auch, dass das Hauptaugenmerk auf die Staatsmacht gerichtet ist. Sie ist es, die die Grenze und damit die eigene Souveränität aufrecht erhält. Das Grenzland als solches wird dabei als Peripherie angesehen - nämlich im Verhältnis zum Machtzentrum. In der Bevölkerung ist meist ein Bewusstsein über die besondere Lage vorhanden. Tatsächlich weisen Grenzräume in den modernen Staaten bestimmte Ähnlichkeiten miteinander auf. Höhere Arbeitslosigkeit als im Kernland und Abwanderung der Jugend sind zum Beispiel auch im deutsch-dänischen Grenzland zu bemerken.

Die Grenze stellt eine Hürde dar - sowohl im negativen als auch im positiven Sinne. In Form von Schutzzöllen und Restriktionen von Warenaustausch verhindert sie den freien Fluss der Güter. Das Problem der unterschiedlichen Be-

steuerung, der Arbeitslosen- und Rentenversicherung verhindert den freien Fluss der Arbeitskräfte und hat auch in der Region Sønderjylland/Schleswig schon manchen Grenzpenderler zur Verzweiflung getrieben.

Andere heben die Schutzfunktion vor vermeintlich drohender „Überfremdung“, Machtverfall und Auflösung des Staates hervor. Gerade auf dänischer Seite ist diese Angst lange Zeit ein wichtiger Faktor in der Grenzlandpolitik gewesen. Auch wenn sich diese Furcht heutzutage weniger auf eine drohende „Germanisierung“ als auf eine „Europäisierung“ und die womöglich unkontrollierte Zuwanderung aus fernen Ländern bezieht, ist sie noch stets unterschwellig vorhanden.

Im deutsch-dänischen Grenzland hat man traditionell die Grenze in erster Linie als Demarkationslinie aufgefasst. Deutlich wird dies am Beispiel der Zusage der dänischen Regierung am Ende des 2. Weltkrieges, dass die Grenze festliege und es folglich keine weiteren Grenzrevisionen geben werde. Hier diene die Grenze als Garantie für Sicherheit und Stabilität. Erst auf dieser Grundlage ließ sich ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen nationalen Mehr- und Minderheiten aufbauen. Wie es Egon Bahr einmal formuliert hat, können nur anerkannte Grenzen überschritten werden.

Kooperation und Euroregionen über die Staatsgrenzen hinweg

Mit der immer enger werdenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten hat sich eine andere Art des Umgangs mit den Grenzen herausgebildet: Die Grenzregion kann auch als Ort der Begegnung zwischen zwei Ländern betrachtet werden. Von der EU-Ebene aus wird den Regionen seit den ersten Gründungen von Euroregionen in den 1950er Jahren große Bedeutung beigemessen. Heute gibt es nicht weniger als 150 dieser grenzüberschreitenden Kooperationsräume.

Ein Ziel dieser Politik ist es, ein zusammenwachsendes Europa hier in kleinem Maßstab Wirklichkeit werden zu lassen. An der Grenze entsteht der Kontakt zwischen verschiedenen Nationalstaaten - und gerade hier muss Europa zusammenwachsen und seine Tragfähigkeit unter Beweis stellen. Denn wenn eine Annäherung schon in diesen grenzüberschreitenden Räumen nicht möglich sein sollte, wie soll dann eine europäische Integration in einem größeren Rahmen Wirklichkeit werden?

Das vielbeschworene „Europa der Regionen“ ist somit eine Art Laboratorium für den supranationalen Staatszusammenschluss der Europäischen Union. Scharfe Grenzziehungen, Passkontrollen und Einreiseverweigerungen sind nunmehr weitestgehend an Europas Außengrenzen verlagert worden. Die Praxis der

Passkontrolle entstand im Übrigen erst mit dem Nationalstaat des 19. Jahrhunderts. Als der allgemeine Passzwang eingeführt wurde, kam es zu massiven Protesten von Seiten der meist bürgerlichen Reisenden.⁹

Die stärkere politische Berücksichtigung der Peripherie der Nationalstaaten hat auch im deutsch-dänischen Grenzland bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Seit 1997 besteht die grenzüberschreitende (Euro-)Region Sønderjylland/Schleswig. Innerhalb dieser Region soll grenzüberschreitende Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich verwirklicht werden, um beide Landesteile voranzubringen. Doch gab es im Vorfeld der Errichtung erhitzte Debatten, und zwar sowohl über die Kompetenzen als auch über die Benennung dieses Gebildes.¹⁰ Als Dänemark am 25. März 2001 dem Schengen-Verband beitrug, wurden ebenfalls Bedenken laut und mehr oder weniger direkt Ängste vor einer deutschen Dominanz gegenüber Dänemark geäußert. Der Widerstand richtete sich dabei also vor allem gegen die drohende Aufhebung der Schutzfunktion der Grenze.

Trotz dieser ablehnenden Haltung in Teilen der Bevölkerung, die auch in anderen Grenzräumen zu beobachten war,¹¹ wurde der politische Kurs beibehalten und auf lokaler und regionaler Ebene an einer wachsenden Kooperation weitergearbeitet. Es wurde versucht, den durch nationalstaatliche Grenzen getrennten Regionen Europas ein gemeinsames Selbstverständnis zu vermitteln. Obwohl man im deutsch-dänischen Grenzland auf die lange gemeinsame Geschichte Schleswigs verweisen kann, entsteht hier etwas völlig Neues, das mit alten Sonderentwicklungen und vernationalen Staatsgebilden nicht viel gemein hat. Man versucht hier, nationalstaatliche Prinzipien auf eine supranationale Staatsformation anzuwenden. Für die Lokalpolitiker im Grenzland ergeben sich damit ganz neue Betätigungsfelder. Plötzlich betrifft es auch sie direkt, wenn auf der anderen Seite der Grenze etwas unternommen wird, das für die Entwicklung der gemeinsamen Region von Bedeutung ist. Es wird versucht, Grenzpendlern den Alltag zu erleichtern. Auf gemeinsamen Aktionstagen wird die Zusammengehörigkeit der Grenzlandbewohner betont und auf die gemeinsame Geschichte verwiesen. Diese Entwicklungen lassen sich auch im deutsch-dänischen Grenzland beobachten. Was vor einigen Jahren noch undenkbar war - etwa die dänische Beteiligung am Marsch nach Oeversee - wird nun zunehmend als normal und für alle Seiten vorteilhaft angesehen.

Auch für die Forschung bieten sich interessante neue Fragestellungen, wenn man die Grenze nicht nur als Trennlinie, sondern als Kontaktfläche betrachtet. Diese Sichtweise führt andere Schwerpunkte mit sich. Die Kernfrage lautet dabei, wie sich die negativen Auswirkungen der Grenze zum Wohle der Bevölkerung minimieren lassen. Grenzüberschreitende Kooperation und die vermehr-

te Zusammenarbeit zwischen nationalen Mehr- und Minderheiten stehen dabei im Mittelpunkt. Andere Studien beschäftigen sich mit Fragen des Warenaustausches. Im deutsch-dänischen Grenzland ist durch das Institut for Grænseregionsforskning europaweite Pionierarbeit geleistet worden.

Sowohl die politischen Erfahrungen als auch zahlreiche wissenschaftliche Studien über die Kooperation in Grenzgebieten haben jedoch gezeigt, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht zur Auflösung der nationalstaatlichen Grenzen führt. Ganz im Gegenteil scheint es sogar so zu sein, dass die sogenannte „Grenze in den Köpfen“ ziemlich unbeeinflusst davon weiterlebt. Dies hat wiederum zu einem dritten Ansatz der Grenzforschung geführt, den man als „systemisch“ bezeichnen könnte.

Die Konstruktion der Grenze als System

Der Geograph Anssi Paasi verbindet in seiner 1996 erschienenen Studie über die finnisch-russische Grenze unter anderem die Makrostrukturen der zwischenstaatlichen Ebene mit einer Mikrostudie eines bestimmten Städtchens, dessen Geschichte von diversen Grenzverschiebungen geprägt ist. Seine Studie ist ein Beispiel für den Versuch, die Grenze als Handlungssystem zu erfassen. Seiner Auffassung nach ist „Raum“ keine neutrale, objektive Gegebenheit, sondern symbolisch aufgeladen. Territorium und Grenzen bekommen durch einen Prozess Bedeutung, den er die „Sprache des Unterschiedes und die Sprache der Integration“¹² nennt. Der „Raum“ wird erst durch die symbolische Aufladung „geschaffen“. Im deutsch-dänischen Grenzland sind Düppel oder Bau Beispiele dafür, wie geschichtsträchtige Orte mit Bedeutung „aufgeladen“ werden. Dasselbe, so Paasi, passiert mit der Grenze, da auch sie ein räumliches, aber keineswegs wertneutrales Konzept ist.

Wie funktioniert eine Grenze? Diese Frage beinhaltet sowohl statische als auch veränderbare Aspekte der Abgrenzung. Dieser dritte Ansatz der Grenzforschung vereint Vertreter verschiedener Fachbereiche. Geographen, Soziologen und Anthropologen wie der oben genannte Flastings Donnan nähern sich dem Thema auf eine neue Art - sie analysieren die Grenzziehung in ihrer Eigenschaft als symbolisch-konstruierenden Akt der Identitätsbildung.¹³ Die Grenze als „Linie im Raum“ zu sehen, wie im ersten erwähnten Ansatz, hebt ihre abgrenzende Funktion und deren positive und negative Folgen hervor. Was passiert jedoch, wenn die Grenzposten abgebaut, die Flaggen eingeholt und die Kontrollen abgeschafft werden? Die innereuropäischen Passkontrollen werden in diesen Jahren mehr und mehr in das Binnenland verschoben, sie werden „virtualisiert“. Durch den Abbau der sichtbaren Grenzmarkierungen trägt die EU dazu bei, die Grenze

immer weniger sichtbar zu machen. Das System Grenze scheint sich grundlegend zu wandeln. Grenzen werden immer weniger greifbar, doch haben sie immer noch Bedeutung und Einfluss.¹⁴

Der „systemische“ Ansatz Anssi Paasis und anderer ließe sich außerdem als Weiterentwicklung des im zweiten Abschnitt vorgestellten Ansatzes sehen. Er versucht, die Grenze als System zu erkennen, das nach ganz eigenen Regeln funktioniert. Das deutsch-dänische Grenzland beispielsweise ist auch im Alltag von der Grenze geprägt. Im Grenzraum ist es möglich, billigeres Benzin auf der anderen Seite zu tanken. Hier siedeln sich Grenzkioske, Tankstellen oder Autofirmen an und schaffen Arbeitsplätze, die einzig und alleine von der Verschiedenheit der Steuersysteme leben. Es entwickelt sich eine wirtschaftliche Struktur, die nur durch die Grenze entstehen kann und bestimmte Verhaltensweisen unterstützt, die nur hier einen Sinn ergeben.

Seit dem Schengen-Beitritt Dänemarks wird an den Grenzübergängen nicht mehr obligatorisch das Vorzeigen des Passes verlangt. Nur bei speziellen Razzien der dänischen Zollbehörde „Told og Skat“ muss der Grenzgänger sich ausweisen. Da diese Kontrollen oftmals unter großer Geheimhaltung geplant werden, ist es für einen Großteil der Grenzgänger niemals sicher, ob nicht gerade heute eine Kontrolle durchgeführt wird. Das Bewusstsein um die Grenze ist nicht zuletzt dadurch immer noch gegeben. Es hat sich lediglich ein neuer, weniger vorhersehbarer „Grenzritus“ entwickelt - die Anthropologen sprechen hier von einem „Rites de Passage“, dem Übergangsritus von einer Identität in die nächste, von einer Übergangszeit und Initiationsphase.¹⁵ Mit anthropologischer Sichtweise lässt sich hiermit die Grenze als „System“ erkennen, das eigenen Gesetzmäßigkeiten unterliegt und dessen Teilnehmer - sowohl die Grenzlandbewohner als auch die Reisenden, die die Grenze passieren - in einer Art „Daily Plebiscite“ (Ernest Renan) die Grenze täglich neu erschaffen.

Wie hängen Grenzfragen mit dem Thema der nationalen Identität zusammen? In der Spiegelung des Gegenübers, der auf der anderen Seite der Grenze sein eigenes Bild von „uns“ entwirft, finden wir unsere Identität. Gerade auf dänischer Seite ist bemerkt worden, wie das dänische Selbstverständnis in der Ablehnung des Deutschen geschaffen wurde - also auf einem „Nicht-Deutsch-Sein“ aufbaut.¹⁶ Noch heute lassen sich unterschwellige Animositäten sowohl auf deutscher als auch auf dänischer Seite ausmachen. Die Grenze in ihrer nationalpolitischen Form kann somit als eine bestimmte Form der Abgrenzung gesehen werden, die eng mit dem Aufbau von Feind- und Fremdbildern sowie der Schaffung einer nationalen Identität zusammenhängt. Gerade an der Peripherie lassen sich demnach Prozesse der Identitätsbildung erkennen, die wiederum bis in das Zentrum der Staatsmacht wirken: Die Peripherie wird zum Zentrum.¹⁷ Gera-

de am deutsch-dänischen Grenzland wird dies deutlich. Seine Bedeutung für die Herausbildung einer dänischen Nationalidentität wird in der dänischen Forschung oft hervorgehoben.

Diese Sichtweise kann ihre Inspiration durch die einflussreiche Studie Benedict Andersons nicht verleugnen.¹⁸ Die Konstruiertheit einer Nation - und somit auch einer nationalstaatlichen Abgrenzung - muss jedoch nicht beliebige Dekonstruktion bedeuten. Die Idee der Konstruiertheit der Nation könne leicht dazu verleiten, den „Prozess der Nationsbildung zu verharmlosen als etwas, das sich Menschen ausdenken, in die Welt setzen und sich ebenso leicht wieder davon lösen (...). Doch so war das nie.“¹⁹

Diese Bemerkung ließe sich auch speziell auf die Grenzproblematik übertragen. Die Betrachtung der Grenze als veränderbares System bedeutet nicht, dass man ihr jegliche Kontinuität abspricht. Im Gegenteil: Wie zählebig die von Paasi so genannte „Sprache des Unterschiedes“ sein kann, wird gerade auch im deutsch-dänischen Grenzland deutlich, wenn man die Debatten um das Schengen-Abkommen und die deutsch-dänische regionale Zusammenarbeit verfolgt. Hier wird einerseits Kooperation und die Entwicklung eines gemeinsamen regionalen Selbstverständnisses gemäß Paasis „Sprache der Integration“ gefordert. Gleichzeitig fungiert die Grenze jedoch gerade als identitätsstiftender Faktor der ganzen deutsch-dänischen Region.

Seit kurzem liegt eine anthropologische Untersuchung des Verhältnisses der Bevölkerung zur Grenze vor.²⁰ Interessanterweise zeigt sich, dass sich wenig verändert hat - außer im Arbeitsalltag der Zollbeamten. Das subjektive Erleben der Abstände und die Kommunikationsströme haben im Laufe der vergangenen drei Jahre keine wesentlichen Wandlungen durchlaufen. Hier zeigt sich, dass ein politischer Beschluss zur engeren Zusammenarbeit oder die Auflösung von Zollrestriktionen nicht notwendigerweise zu einer enger zusammenwachsenden, grenzüberschreitenden Region führen muss.

Zu einem neuen Grenzverständnis

Sowohl die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Grenze als auch die Politik bezüglich der Grenzen haben sich seit Beginn der 1990er Jahre markant verändert. Die hier ausgeführten Ansätze sollten keineswegs als scharf abgegrenzte Theorien verstanden werden, sondern sowohl als eine fachliche Entwicklung, die sich über einige Jahrzehnte erstreckt hat, als auch als verschiedene Blickwinkel auf dasselbe Thema. Ob die Grenze als „Linie im Raum“ oder als Ort der Begegnung zwischen zwei Kulturen gesehen wird, hängt vom theoretischen

Ausgangspunkt ab. Gerade in der Integration der Erkenntnisse aller drei Forschungsansätze liegt die Herausforderung für die Wissenschaft. Hierbei ist es notwendig, die verschiedenen „Ebenen“ der Grenze differenziert zu betrachten. Das betrifft vor allem ihre abgrenzende und staatsrechtliche Funktion, ihre Bedeutung für den Alltag der Grenzlandsbevölkerung sowie ihre mentalen Aspekte wie die Bedeutung für das nationale Selbstverständnis.

Auch auf der politischen Ebene wäre ein Erkennen der Vielschichtigkeit von Grenzen wünschenswert. Obwohl gerade Politiker in Grenzregionen bereits für die Notwendigkeit eines kooperativen Zusammenwirkens in der Grenzregion sensibilisiert sind, wäre eine Ausweitung durchaus möglich, beispielsweise indem sich die Lokalpolitik das bereits vorhandene Wissen um die Funktionsweisen von Grenzen zunutze macht und mit in die Planungen einbezieht.

Gegenseitige Animositäten, nationale Stereotypen und Vorurteile bereiten auch heute noch gewisse Probleme. Sie lassen sich aber nicht ignorieren und müssen in die Planungen mit einbezogen werden. Dann besteht die Chance, dass künftig mehr grenzüberschreitende Projekte zum Erfolg führen werden.

Anmerkungen

- 1 Zitat aus: Hastings Donnan und Thomas M. Wilson: *Borders: Frontiers of Identity, Nation and State*. Chicago 1999, S. 4 (Übersetzung der Verfasserin).
- 2 Interessanterweise haben sich in den letzten Jahren in den verschiedensten Fachgebieten Diskussionen um die Themen Grenze und Identität entwickelt, die aber weitgehend unabhängig voneinander sind. Eine Einführung geben: Michele Lamont und Virga Molnar: *The Study of Boundaries in the Social Sciences*, in: *Annual Review of Sociology*, vol. 28, 2002 S. 167 ff.
J Frederick J. Turner: *The Frontier in American History*. Originalausgabe 1889. Einige Forscher trennen scharf zwischen „frontier“ und „boundary“. Siehe dazu: Michael Rösler und Tobias Wendl (Hrsg.): *Frontiers and Borderlands. Anthropological Perspectives*. Frankfurt a. M. 1999.
- 4 Vgl. Donnan/Wilson (Fußnote 1).
- 5 Zum Gebrauch von Grenzverschiebungen als Instrument der Konfliktprävention, siehe Brendan O'Leary (Hrsg.): *Right-Sizing the State. The Politics of Moving Borders*. Oxford 2000.
- 6 Auf welchen Argumenten diese Abgrenzung basiert, ist jedoch unterschiedlich. Zum Konzept der „natürlichen“ Grenze siehe: Peter Sahlins: *Natural Frontiers Revisited. France's Boundaries since the 17th Century*, in: *American Historical Review*, vol 95, 1990, S. 1423-1451.
- 7 Kurt Jürgensen: *Schleswig-Holstein als Territorium. Zur Grenz- und Territorientwicklung Schleswig-Holsteins im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 127,1997, S. 467.

- 8 Henk van Houtum charakterisiert diesen Forschungszweig innerhalb der geographischen Wissenschaft als „Flow approach“. Siehe: Henk van Houtum: An Overview of European Geographical Research on Borders and Border Regions. *Journal of Borderlands Studies*, Vol XV, Spring 2000.
- 9 Siehe hierzu: Orvar Löfgren: The Nationalization of Anxiety: A History of Border Crossings, in: Ulf Hedetoft und Mette Hjort (Hrsg.): *The Postnational Self. Belonging and Identity*. Minnesota 2002, S. 250-274.
- 10 Zur Begriffsgeschichte der Namen Schleswig und Sønderjylland, siehe Hans Schulz Hansen und Lars N. Henningsen: „Sønderjylland“ og „Slesviq“, in: *Sønderjyske Ar-bøger* 1997, S. 5-26.
- 11 Anke Strüwer: Presenting Representations: On the Analysis of Narrations along the Dutch-German Border, in: Henk van Houtum und Eiki Berg (Red.): *Routing Borders Between Territories, Discourses and Practices*. Aldershot 2003, S. 161-176.
- 12 Zitat aus: Anssi Paasi: *Territories, Boundaries and Consciousness. The Changing Geographies of the Finish-Russian Border*. Oulu 1996, S. 15.
- 13 Donnan/Vilson 1999 (vgl. Note 1).
- 14 Liam O'Dowd, Thomas M. Wilson (Hrsg.): *Borders Nations and States. Frontiers of Sovereignty in the New Europe*. Avebury 1996.
- 15 Donnan/Vilson 1999 (vgl. Note 1), S. 110.
- 16 Siehe dazu Oie Feldbaek (Hrsg.): *Dansk identitetshistorie*. 4 Bde. Kopenhagen 1991-92
- 17 Pettersson, Bo, Eric Clark (Hrsg.): *Identity Dynamics and the Construction of Boundaries*. Lund 2003
- 18 Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Erweiterte Ausgabe, Frankfurt a. M. 1998
- 19 Dieter Langewiesche: Was heisst „Erfindung der Nation“? Nationalgeschichte als Artefakt - oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: *Historische Zeitschrift*, Band 277, Heft 3, 2003, S. 601.
- 20 Mette Lund Andersen: *Graensen i hverdagen - grasnsen i hovedet*. Aabenraa 2004. Dies.: *Der Alltag an der offenen Grenze*, in: *GFH* 1/2004, S. 33 ff.

Namen sind mehr als Schall und Rauch

Überlegungen zum Gebrauch dänischer und deutscher Ortsnamen auf der jeweils anderen Seite der Grenze

von GERRETLIEBING SCHLABER und CARSTEN PORSKROG RASMUSSEN

Darf oder muss man Ortsnamen auf der anderen Seite der Grenze in seiner eigenen Sprache angeben, oder ist es besser, die deutsch-dänische Sprachgrenze auch in sprachlicher Hinsicht zu respektieren? Mit dieser Frage wird man beinahe automatisch konfrontiert, wenn man sich mit den Verhältnissen auf beiden Seiten der Grenze beschäftigt. Nicht selten entwickelt sich dieses Problem dabei zu einem Politikum. Um eine Basis für eine möglichst sachliche Diskussion zu schaffen, haben die Historiker Carsten Porskrog Rasmussen und Gerret Liebing Schlaber Argumente für beide Seiten gesammelt. Der folgende Beitrag ist eine erheblich erweiterte Version des Artikels, der unter dem Titel „Mårkaer eller Mohrkirch“, in Sønderjysk Månedsskrift 12/2003 erschienen ist.

Die Redaktion

In Schleswig spricht man drei Sprachen: Deutsch, Dänisch und Friesisch. Zu dieser nüchternen Erkenntnis kam der bedeutende holsteinische Adelsvertreter Heinrich Rantzau bereits 1597. Müsste dieser in einem dänischen Text als Henrik Rantzau bezeichnet werden? Denn während man selbstverständlich alle anderen Wörter und Wendungen übersetzen kann, gibt es keine wirklich einheitlichen Regelungen bezüglich der Eigennamen. Bei manchen historischen Persönlichkeiten benutzt man traditionell verschiedene Bezeichnungen: Der Stammvater des sonderburgischen Hauses und Erbauer des Glücksburger Schlosses heißt auf deutsch gewöhnlich Johann der Jüngere, auf Dänisch jedoch Hans den Yngre, und manche frühere Herrscher sind gar unter ganz verschiedenen Titeln in die Geschichte eingegangen: Die Benennung des holsteinischen Grafen Gerhard III. als „der Große“ bzw. als „den kullede greve“ („der kahle Graf) macht schon als solche die unterschiedliche Betrachtungsweise in der deutschen bzw. dänischen Geschichtsschreibung deutlich.

Doch heute lebende Persönlichkeiten nennt man gewöhnlich so, wie diese in ihrer Muttersprache heißen. Niemand in Deutschland nennt heute den englischen Kronprinzen „Karl“ oder den dänischen „Friedrich“, so wie man es mit ihren historischen Vorgängern gleichen Namens getan hatte. Auch gibt es heute zahlreiche Abkommen über die Anerkennung von Personennamen: So muss z.

B. ein aus Polen stammender Wojciech anders als vor 1990 bei seiner Einbürgerung in Deutschland nicht länger das deutsche Pendant Adalbert als Vornamen annehmen. Nur noch wenige Personen müssen Übersetzungen über sich ergehen lassen, so etwa der Papst oder der aus Frankreich stammende dänische Prinzgemahl Henri de Laborde de Monpezat alias Prinz Henrik.

Doch mit den Ortsnamen erreicht das Problem eine ganz andere Dimension als bei den Personennamen, und das gilt für das schleswigsche Grenzland im Besonderen. Natürlich sind die schleswigschen Ortsnamen durch die verschiedenen Sprachen geprägt, die im Lande gesprochen wurden bzw. werden. Die meisten haben sich im Laufe der Jahrhunderte verändert und der jeweiligen Sprache der Zeit angepasst. Viele haben in diesem Prozess verschiedene Formen entwickelt, die oftmals über lange Zeit nebeneinander existiert haben. Nach 1864 wurden die deutschen Namen aller wesentlichen Orte in Schleswig offiziell festgeschrieben. Umgekehrt ging es nach 1920 im nördlichen Landesteil zu, als die dänische Verwaltung die dänischen Bezeichnungen festschrieb und hier mitunter ebenfalls „nachbesserte“, um einen möglichst einheitlichen Standard zu erreichen.

Viele deutsche Verfasser benutzen in der Regel die deutschen Bezeichnungen für Orte in ganz Schleswig, wenn auch in den jüngeren Generationen mit abnehmender Tendenz. Auf dänischer Seite wird es noch uneinheitlicher gehandhabt. Die meisten benutzen zwar dänische Namen für eine Reihe südschleswigscher Orte, die auch einen dänischen Zweitnamen tragen, jedoch bei weitem nicht bei allen. In zwei neuen Habilitationsschriften zur schleswigschen Geschichte - eine auf Deutsch, die andere auf Dänisch - haben die Verfasser eine Mischform gewählt: Größere Orte, Verwaltungsdistrikte wie Ämter und Harden und Bezeichnungen bedeutender anderer geografischer Objekte wie Gewässer und Landschaften stehen in der Sprache des Buches, während die kleineren Orte in Nordschleswig auf Dänisch und in Südschleswig auf Deutsch angegeben sind.¹ Doch was spricht nun eigentlich für oder gegen das eine oder das andere Verfahren? Im Folgenden sollen die Argumente für und gegen den Gebrauch der eigenen Sprache für Ortsnamen auf der jeweils anderen Seite der Grenze bzw. für und gegen die ausschließliche Benutzung der Ortsnamen in der jeweiligen Staatssprache einander gegenüber gestellt werden.

Was spricht für den Gebrauch der Ortsnamen in der eigenen Sprache?

Der Sprachfluss

Das erste Argument, das für die Benutzung von Namensformen in der eigenen Sprache spricht, ist die Aussprache derselben. Der Gebrauch der Namensfor-

men, die lautlich der eigenen Sprache angepasst sind, fällt natürlich wesentlich leichter. So ist es für Deutsche, die des Dänischen nicht mächtig sind, außerordentlich schwer, Namen wie Haderslev, Grasten, Sundeved oder Agerskov annähernd richtig auszusprechen. Wenn diese dann als „Haadersleef“, „Grastn“, „Sundeweet“ oder „Agerskoff“ ausgesprochen werden, schafft es wohl eher nur noch mehr Verwirrung.

Umgekehrt mutet es seltsam an, wenn Dänen auch deutsche Ortsnamen aus Südschleswig in dänische Sätze einzubauen versuchen. Meist fällt es ohnehin schwer, dieses Prinzip durchzuhalten.² Doch auch schriftlich wirkt dieses Verfahren in beiden Sprachen oft künstlich und aufgesetzt, und dies gilt erst recht für Konstruktionen wie z.B. „Flensburg Fjord“.³ Kurz gesagt: Der Versuch, Ortsnamen von der anderen Seite möglichst korrekt in der (fremden) Staatssprache zu benutzen, hemmt oft den Sprachfluss.

Kultureller Reichtum

Der Gebrauch der Mehrsprachigkeit verdeutlicht die Existenz der nationalen Minderheiten und zollt ihnen Respekt. Warum soll eine Sprachminderheit nicht ihre eigenen Bezeichnungen für die Orte verwenden dürfen, an denen sie wohnen? Die Benutzung verschiedener Namensformen unterstreicht den Einfluss verschiedener Kulturen in der Region. Das ist in vielen Gebieten Europas und der Welt nicht ungewöhnlich. Immerhin spricht noch jeder siebte Europäer eine andere Muttersprache als die jeweilige Staatssprache. So haben viele Orte in Europa verschiedene Namen, die die kulturelle Vielfalt vor Ort ausdrücken. Als Beispiele genannt seien hier nur die Städte Cluj (ungarisch Kolozsvár, deutsch Klausenburg), Rijeka (italienisch Fiume), Liege (flämisch Lüttich), San Sebastian (baskisch Donostia), Klagenfurt (slowenisch Celovec), Novi Sad (ungarisch Újvidék, deutsch Neusatz), Swansea (walisisch Abertawe), Lviv (russisch L'vov, polnisch Lwow, deutsch Lemberg), Grodno (polnisch Hrodna, litauisch Gardinas), Priozersk (finnisch-karelisch Käkisalmi, schwedisch Kexholm) oder Izmir (griechisch Smyrna)⁴ genannt - die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

In vielen gemischtsprachigen Regionen ist es übrigens üblich, dass nicht nur die Ortsnamen, sondern sämtliche Schilder, Hinweise uvm. in mehreren Sprachen angegeben werden, so etwa in Südtirol (z.B. Bressanone/Brixen), in der Lausitz (z.B. Hoyerswerda/Wojerecy), in Irland (z.B. Limerick/Luimneach), in Teilen Süd- und Westfinnlands (z.B. Pori/Björneborg), Kärntens, Ungarns und Rumäniens, ansatzweise inzwischen auch in Nordfriesland. Diese sichtbare Mehrsprachigkeit hat ihren eigenen Charme und gibt der Region ein besonderes Gepräge.

Somit drückt die Existenz verschiedener Ortsnamen den kulturellen Reichtum

vor Ort aus - und den (zumindest historischen) Bekanntheitsgrad einer Stadt. Besonders deutlich wird dies bei Orten von internationaler Bedeutung wie z.B. Wien (kroatisch Bec, slowakisch Vieden, slowenisch Dunaj, türkisch Viyana), Zürich (italienisch Zurigo, rätoromanisch Turitg), Aachen (französisch Aix-la-Chapelle, polnisch Akwizgran), München (englisch/französisch Munich, italienisch Monaco di Baviera, polnisch Monachium), Bratislava (deutsch Pressburg, ungarisch Pozsony), Milano (englisch Milan, deutsch Mailand), aber auch bei der 12 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion noch immer nach Stalins Staatspräsidenten „Kaliningrad“ genannten Stadt,⁵ die nun auf ganz besondere Weise Russland und die EU miteinander verbindet und früher neben Königsberg auch Krölewiec (polnisch) und Karaliaucius (litauisch) hieß.⁶ Und in der neuen dänischen National-Enzyklopädie führt Kopenhagen stolz die zahlreichen Varianten vor, in denen der Name der Stadt ausgesprochen und buchstabiert werden kann.⁷ Warum soll dieser Reichtum nur den kulturell ohnehin privilegierten Hauptstädten Vorbehalten bleiben?

Alte und neue Verbindungen

Im Übrigen kann der Gebrauch der Ortsnamen in einer anderen Sprache zum Verständnis für alte Verbindungen beitragen, die bis weit ins 20. Jahrhundert noch ganz natürlich waren und die man nun im Zeichen der überlebenswichtigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wieder entdeckt. Wenn man ausschließlich die offiziellen Formen in der jeweiligen Staatssprache gebraucht, betont man die Abgrenzung nur noch schärfer. Heute zweifelt wohl niemand mehr daran, dass die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland festliegt. Seit März 2001 ist diese Grenze frei passierbar, weil die Nachbarschaft seit Jahrzehnten gut funktioniert. Das darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Grenze sehr konkret ist und viele zuwenig über die Verhältnisse auf der jeweils anderen Seite wissen. Ein unbeschwerter Gebrauch der Ortsnamen auch in der jeweils anderen Sprache trägt somit zum Verständnis für die Verhältnisse auf der anderen Seite bei, indem er auf die lange gemeinsame Geschichte und die eigentlich ganz natürlichen Verbindungen zu den Nachbarn hinweist.

Stichwort Geschichte: Wenn man sich mit der Geschichte des alten Herzogtums befasst, ist es in der Regel unumgänglich, dass man auch Ortsnamen in der anderen Sprache kennt. In den historischen Quellen gebrauchte man selbstverständlich immer die zum jeweiligen Zeitpunkt gültige Version. Ab 1840 und noch bis in die 1870er Jahre hinein erschienen Gesetzestexte auf Deutsch und auf Dänisch, wobei man auch die Ortsnamen in der jeweiligen Sprache benutzte. In den Quellen bis 1920 finden sich nur die deutschen Versionen, und zwar meist

in schon vor 1864 bekannten Formen, denn die preußische Verwaltung unterließ die Schaffung neuer „rein deutscher“ Namen.

Dänische Bezeichnungen hatten südlich der heutigen Staatsgrenze niemals den gleichen autoritativen Status, denn bis 1864 gab es kaum wirklich einheitliche offizielle Ortsnamen. Allerdings basiert ein bedeutender Teil der südschleswischen Ortsnamen auf Grundlage des Dänischen. Sie wurden oft noch im 19. Jahrhundert in einer dänischen Form benutzt (z.B. Fjorde = Viöl). Die Projektion der Staatsgrenze auf die Zeit vor 1920 kann somit schnell Verwirrung stiften denn ohne Kenntnis über andere Namen als die heutigen kann man sich in älteren Texten buchstäblich schnell verlaufen.

Verständnis für den eigenen Ortsnamen und lokale Identität

Es gibt nicht wenige Ortsnamen in Nord- und Südschleswig, deren Bedeutung durch die Kenntnis der Bezeichnung in der jeweils anderen Sprache überhaupt erst fassbar wird. Ein anschauliches Beispiel ist Mohrkirch in Angeln, dessen Name weder etwas mit einem Moor noch mit einer Kirche zu tun hat.⁸ Vielmehr bezeichnet der Name eine sumpfige Gegend, in der Marder zu Hause sind (Märkaer). Andere interessante Beispiele dieser Art sind Quem (Kvaern = Mühle), Drei (Drej = schmale Landzunge), Felleschau (Faelledskov = Gemeinhölzung) bei Gelting, Paulsgabe (Pobolsgab = Einschnitt bei Pobüll), Löwenstedt (von Lyng = Heide) oder Tollschlag (Tolslev = Lehen des Thorolf). Doch auch für (hoch-)deutsche Ohren komische Namen wie Hollehitt (Holdhid = Halte hier! - Alter Wirtshausname), Ulegraff (Ulvegrav = Wolfsgrube), Niesgrau (Nisvrå = Winkel des Nis) u.v.a. werden leicht verständlich und schätzenswert, wenn man die dänische Entsprechung kennt, von der sie abgeleitet sind. Dies gilt übrigens auch für einige Straßennamen wie den Quickmarkt (Kvaeg = Vieh) in Husum, den Dehnhof (Degnetoft = des Küsters Grundstück) in Kappeln oder die Angelburger Straße (Angelbo = Bewohner Angelns), den Munketoft (munk = Mönch) und den Plankemai (altes Wort für „nasse Wiese“) in Flensburg.

Auch in Nordschleswig gibt es viele Beispiele dieser Art. So sind Uge und Ronshoved vergleichsweise junge Fehlübersetzungen, während die deutschen Bezeichnungen Uk und Randershof⁹ der traditionellen Aussprache auf Synnejysk wesentlich näher kommen. Die Kirchdörfer Rapstedt und Hagenberg schreiben sich sogar erst seit 1937 offiziell Ravsted und Havnbjerg (vorher Rabsted und Hagenbjerg). Somit haben die heute gültigen Versionen den betroffenen Orten eine Bedeutung zugebracht, die sie nie vorher gehabt hatten. Ein anderes Beispiel für solchen Sprachpurismus ist das weit im Norden Nordschleswigs gelegene Kirchdorf Fohl, dessen deutscher Name der ursprüngli-

chen Sprech- und Schreibweise entspricht. Der offiziellen Form „Fole“ wurde das im Seeländischen verbreitete Auslaut-E angefügt (vgl. Gentofte). Solche „Standardisierungen“ gibt es aber auch im Norden Jütlands.

Darüber hinaus gibt es Orte, bei denen der heute offizielle Name eine ältere Sprachgeschichte verdeckt. Wassersleben an der Flensburger Förde und die Schwansener Güter Karlsburg und Ludwigsburg sind nach Persönlichkeiten des 18. Jahrhunderts benannt¹⁰, wobei die ursprünglichen Namen Sosti, Gereby und Kohoved verdrängt wurden. Der Gebrauch derselben im Dänischen kann somit helfen, die ältere Ortsgeschichte wieder ans Tageslicht zu bringen.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass der Gebrauch mehrsprachiger Namensformen im Schleswiger Land gar nicht so schwierig sein dürfte. Dänisch, Deutsch und Friesisch gehören derselben Sprachfamilie an und sind einander gar nicht so fremd, wie es oft erscheinen mag. Die sprachlichen Unterschiede in den oben genannten Regionen sind wesentlich größer. Das betrifft natürlich auch die Ortsnamen, die bei uns in den meisten Fällen ohne Probleme in der jeweils anderen Sprache wiederzuerkennen sind. Oftmals liegt der größte Unterschied in den Endungen, so etwa bei witt-ved, holz/schau-skov, heck/lei-led, büll-bol u.a., die sich auch relativ leicht „standardisieren“ ließen.¹¹ Die allermeisten „anderen“ Namen sind auch keine Übersetzungen, sondern lediglich Anpassungen an die eigene Sprache. Übrigens finden sich in Nudansk Ordborg, dem dänischen „Duden“, nur die dänischen Bezeichnungen für Arnis, Bredstedt, Flensburg oder Schleswig.¹² Ortsnamen prägen eine Kulturlandschaft in gehörigem Maße mit. Und Namen, die man sowohl auf Dänisch und Deutsch (und Plattdeutsch und Synnejysk und teilweise auch Friesisch) schreiben und aussprechen kann, sind eine Besonderheit des schleswigschen Grenzlandes, die es eben nur hier gibt.

Was spricht für die sprachliche Einhaltung der Staatsgrenze?

Leichtere Orientierung

Das augenfälligste Argument für die ausschließliche Benutzung der offiziellen Ortsnamen ergibt sich schon bei einem Blick auf jede Straßenkarte. Moderne Karten und Nachschlagewerke wie auch die Straßenschilder sind einsprachig. Man kann sich am einfachsten nach den Orten in der Staatssprache orientieren. Vor allem bei Ortsunkundigen dürfte es schnell Verwirrung stiften, wenn man ihnen den Weg mit den nicht offiziellen Ortsnamen beschreibt. Zwar weisen einige Schilder in Dänemark nach „Flensborg“ und Schilder in Deutschland nach „Apenrade“ oder „Tondern“, doch betrifft dies nur ganz wenige Orte. Ansonsten

gibt es nur deutsche Namen in Südschleswig und dänische in Nordschleswig - egal ob man das Telefonbuch aufschlägt, auf der Landkarte sucht oder sich die Schilder ansieht, die den Weg zum nächsten Ort weisen.

Erschwerend kommt hinzu, dass viele dänische Namen in Südschleswig und deutsche in Nordschleswig den meisten heute nicht mehr bekannt sein dürften. „Flensburg“, „Slesvig“ oder auch „Angel“ mag den dänischen Lesern vertraut sein. Dänische Nordschleswiger können auch noch etwas mit „Læk“ oder „Sild“ anfangen, vielleicht auch noch mit den vergleichsweise grenznah belegenen Orten „Skovlund“ (Schafflund) und „Lindved“ (Lindewitt). Doch wer weiß, dass mit Fulbro und Lyshøj die kleinen Dörfer Voldewraa und Lutzhöft¹³ in Westangeln gemeint sind? Und wer kann sich dies schon selbst erschließen, wenn er es nicht schon vorher weiß? Es mag für einen kulturellen Reichtum stehen, wenn man etwas in Flensburg kennt, das finden will, muss man wissen, dass der offizielle deutsche Name „Marienhölzung“ lautet. Und ein Deutscher, der etwas über Schottburg, Løjt Witt oder Søderenleben gelesen hat, wird diese Orte nur finden, wenn er auch die dänischen Namen Skodborg, Løjtved und Sønderlev in Erfahrung bringt. Selbst „Der Nordschleswiger“ hat daraus bereits Konsequenzen gezogen und gibt alle Ortsnamen am Anfang des Artikels (nicht aber im laufenden Text) seit Anfang 2003 auch auf Dänisch an. Fazit: Ohne Kenntnis der offiziellen Ortsnamen in der Staatssprache kann man sich ohnehin nicht zurechtfinden. Der Gebrauch dänischer Namensformen in Südschleswig und deutscher Namensformen in Nordschleswig lässt sich nur dann wirklich ausüben, wenn man sich an ein Publikum wendet, das sich mit den Sprach- und Namensverhältnissen im schleswigschen Grenzland gut auskennt. Ansonsten muss man dem Leser oder Zuhörer umfassende Hilfsmittel zur Hand geben, damit dieser die anderssprachigen Ortsnamen zuordnen kann - was natürlich einen Extraaufwand für beide Seiten bedeutet. Übrigens gilt dies auch überregional: Nicht wenige deutsche Namen ausländischer Städte wirken veraltet. Wem kommt heute noch die Bezeichnung „Kauen“ für das litauische Kaunas über die Lippen? Oder „Cilli“ für Celje? Oder „Agram“ für Zagreb, das sogar schon einmal Inhalt der Schlussfrage bei „Wer wird Millionär?“ war? Und für wen ist die Sprachgeschichte der alten Reichsstadt Buchhorn relevant, wenn er das seit 1813 so benannte Friedrichshafen am Bodensee sucht?

Nicht von der Hand zu weisen ist auch das Problem, dass die parallele Benutzung mehrerer Ortsnamen schon an sich Verwirrung stiften kann - besonders dann, wenn auch noch die angestammten Dialekte und im Westen zusätzlich das Friesische berücksichtigt werden. Neukirchen in der Wiedingharde wäre dann auch als Nykirke, Nykirk, Nienkarken und Naisjöbel gültig, der Nachbarort Rodenäs auch als Rodenæs, Rånaejs, Rødenis und Rornees. Wollte man dies auch öffentlich kenntlich machen, wäre ein unübersichtlicher Schilderwald das

Resultat. Kennzeichnet man hingegen nur eine weitere Sprache, benachteiligt man automatisch die anderen.

Ein einheitlicher Standard fehlt oftmals. Gegen den Gebrauch von Ortsnamen in der jeweils anderen Sprache spricht auch die Abwesenheit eines auch nur einigermaßen vollständigen autoritativen und standardisierten Ortsindex. Zwar gibt es einige Hilfsmittel, doch sind diese unvollständig - wobei es auf der dänischen Seite noch dünner aussieht als auf der deutschen. Auf deutscher Seite gibt es immerhin Wolfgang Laurs großes Ortsnamenlexikon,¹⁴ das die Namen teilweise auch moderat modernisiert hat. Auf dänischer Seite hingegen ist - abgesehen von Laurs Angaben zu dänischen Varianten - seit 1864 wenig geschehen, was die südschleswigschen Ortsnamen betrifft. In jenem für die Geschichte der Region so bedeutenden Jahr erschien Johan Peter Traps topografisches Nachschlagewerk „Hertugdømmet Slesvig“,¹⁵ das im Prinzip bis heute die autoritativste Quelle für dänische Ortsnamen in Südschleswig darstellt. Dieses Werk war damals ein großer Fortschritt. Die dänischen Namen waren in der Regel sorgfältig ausgewählt worden. Doch spiegeln sie den Gebrauch von 1864 wider, und Formen wie „Røjkær“ (Roikier in Nordangeln) würde heute wohl niemand ernsthaft als Standarddänisch akzeptieren. Natürlich kann man den Namen als „Rojkær“ - oder ganz puristisch als „Rødkær“ - schreiben.¹⁶ Aber auf diese Weise riskiert man, dass am Ende derart viele persönlich bestimmte Fassungen entstehen und letztlich mehr Verwirrung als Orientierung gestiftet wird. Es gab zwar den Versuch, ein dänisch-südschleswigsches Ortsnamenwerk anzulegen. Doch dieses ist bis heute noch nicht einmal zur Hälfte fertig geworden.¹⁷

Ein besonderes Problem ergibt sich bei der Frage, wie weit man mit den dänischen Bezeichnungen in Südschleswig und den deutschen in Nordschleswig gehen darf. Bezüglich der deutschen Namen in Nordschleswig ist die Situation wegen der jahrhundertelangen Tradition mit deutscher Amtssprache bis 1840 und schließlich der 54 Jahre im preußisch-deutschen Kaiserreich einfacher. Logischerweise könnte man mit dem gleichen Recht die Festlegung dänischer Namen in Südschleswig einfordern. Allerdings besteht dann wiederum die Gefahr allzu künstlicher Konstruktionen. In vielen dänischen Ohren klingt etwa die Bezeichnung „Askfelt“ für Ascheffel eigenartig („Åskæppe“ wäre die richtige Übersetzung). Und die schon bei Trap 1864 vorgenommene Benennung von Ohrfeld in Angeln als „Udmark“ erscheint als pedantische und halb missverständene Übersetzung, die sich nicht richtig auf eine dänische Zunge legen will.¹⁸ Vor allem hinsichtlich der südlichsten Teile Schlesiens muss man erkennen, dass die gesprochene-, Schrift-, Amts-, Schul- und Kirchensprache hier immer Deutsch gewesen ist und das Dänische nur in seltenen Einzelfällen zur Anwendung kam. Dänische Namensformen für die Gebiete südlich des Dannewerks

erscheinen historisch selten stichhaltig. Dies gilt umgekehrt auch für einige wenige pedantische, meist inoffizielle Germanisierungsversuche in der Kaiserzeit wie zum Beispiel die Benennung des nord- westschleswigschen Kirchdorfes Hviding als „Witting“. Fragwürdig erscheint die Methode von Flensburg Avis, auf der einen Seite dänische Bezeichnungen auch im südlichsten Schleswig zu benutzen, andererseits im deutschsprachigen Teil Orte in Nordschleswig ausschließlich dänisch zu bezeichnen.

Viele Orte in Südschleswig tragen dänische Namen, die man im Deutschen nicht oder nur wenig verändert hat. Auch in Nordschleswig gibt es einige wenige in der Neuzeit gegründete Orte, deren Name eindeutig deutscher Herkunft ist und der niemals danisiert wurde.¹⁹ Dies gilt in erster Linie für das 1773 von der Herrnhuter Brüdergemeine gegründete Christiansfeld, aber auch für einen kleinen Wohnplatz wie Tannenhof im Geestkirchspiel Bedsted(t). Interessant ist auch das Beispiel der Straße Forstalle in Apenrade/Aabenraa: Als die Stadtverwaltung den Namen zu „Skovalle“ danisieren wollte, regte sich derart starker Protest unter der (dänischen) Bevölkerung der Stadt, dass der Versuch schnell zurückgezogen wurde.

Politische Korrektheit

Schließlich gibt es noch den Aspekt der politischen Korrektheit. Gerade in Deutschland hat dies eine besondere Bedeutung, weil manch einer den Gebrauch deutscher Ortsnamen im Ausland als Gebietsanspruch missverstehen kann. Dies gilt im besonderen für die Gebiete, die früher tatsächlich zum deutschen Staatsverband gehört hatten. Zu letzteren zählt bekanntlich auch Nordschleswig. Am meisten betrifft dies jedoch die einstigen deutschen Ostgebiete, die 1945 im Zuge der unfreiwilligen „Westverschiebung“ Polens an dieses fielen. Solange zwischen der Bundesrepublik und der damaligen „Volksrepublik“ kein wirklicher Frieden geschlossen war, hatte der Gebrauch der Ortsnamen tatsächlich höchste politische Bedeutung.²⁰ Die Nachkriegsgenerationen in Deutschland wendeten sich von den Gebietsansprüchen ab, und viele vermieden daher auch bewusst die Benutzung deutscher Ortsnamen für Orte außerhalb der deutschsprachigen Staaten, um sich nicht des Revanchismus verdächtig zu machen. Dies mag bis in die heutige Zeit fortwirken, obwohl es längst nicht mehr um Grenzverschiebungen, sondern um internationale Zusammenarbeit bei gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung der Staaten geht.

Wie schaut die Lösung aus?

Um es vorweg zu nehmen: Eine eindeutige Empfehlung für den einen oder

anderen Weg lässt sich kaum aussprechen. Und das ist auch nicht der Sinn dieser Zeilen, die in erster Linie ein Beitrag zur Versachlichung des Umgangs mit diesem Thema sein sollen. Wenn wir die deutschen Namen in Nordschleswig und die dänischen und friesischen in Südschleswig nicht mehr gebrauchen, werden sie bald in Vergessenheit geraten und ein zentraler kulturgeschichtlicher Aspekt auf beiden Seiten der Grenze auf Nimmerwiedersehen verschwinden - und möglicherweise weitere kulturelle Verluste nach sich ziehen. Wenn man umgekehrt konsequent die jeweils anderssprachigen Formen verwendet, wird man immer wieder Missverständnisse auslösen. Es bleibt nur die zugegebenermaßen sehr vage Empfehlung, sich pragmatisch zu verhalten und den Gebrauch der Ortsnamen der jeweiligen Situation anzupassen. In manchen Fällen - aber nicht immer - lässt sich das Problem durch die Angabe zweier Namen umgehen.

Wenn man die Ortsnamen in der Minderheitensprache häufiger benutzen möchte, braucht man verlässlichere Hilfsmittel als die bisher vorhandenen. Es gibt kein Werk, das auf einer verlässlichen wissenschaftlich fundierten Grundlage autoritative Formen vorgibt, namentlich für dänische Formen in Südschleswig. Auch allzu künstliche Formen sollte man vermeiden können. Und es bedarf einer umfassenden Untersuchung darüber, wie heutige und historische deutsche, dänische, plattdeutsche, süderjütische und friesische Ortsnamen im Zusammenhang zueinander stehen.

Eine Frage der besonderen Art betrifft wiederum die Idee der zweisprachigen Beschilderung, zumindest in grenznahen Orten oder solchen mit einer zahlenmäßig starken Minderheit, so wie es in vielen Gegenden Europas üblich ist.²¹ Doch dieses Thema löst bisweilen erstaunliche Kontroversen aus und wird meist nicht mit der nötigen Sachlichkeit gehandhabt.²² Die jüngste Entwicklung in dieser Frage ist auch ein Beispiel dafür, in welchem Maße ein sachlicherer Umgang mit den Ortsnamen und weitere Forschung über dieselben nötig sind. Denn Namen sind weit mehr als Schall und Rauch!

Anmerkungen

- 1 Martin Rheinheimer: Die Dorfordnungen im Flerzogtum Schleswig. Stuttgart 1999. Carsten Porskrog Rasmussen: Rentegods og hovedgårdsdrift: Godsstruktur og godsøkonomi i hertugdømmet Slesvig 1524-1770. Aabenraa 2003.
- 2 Ein amüsantes Beispiel brachten die dänischen TV-Kommentatoren des Endspiels im EFIF-Cup 1997, als die SG Flensburg-Flandewitt dem dänischen Vertreter Virum Sorgenfri gegenüber stand. Anfangs waren sie bemüht, „Flensburg“ deutsch auszusprechen (wohl auch um den deutsch-dänischen Gegensatz in diesem Spiel zu be-

- tonen). Doch im weiteren Verlauf des Spiels vergaßen sie dieses Prinzip.
- 3 So gesehen bei Valdemar Kappel: Oplev Slesvig. Højbjerg 2003.
 - 4 Izmir ist nach dem Ersten Weltkrieg allerdings auch Schauplatz einer heute im übrigen Europa fast vergessenen Tragödie gewesen. Nach dem vom Völkerbund ausgehandelten Vertrag von Lausanne (24.7.1923) kam es zu einem „Austausch der Minderheiten“, durch den hunderttausende von Griechen und Türken aus ihrer angestammten Heimat in das jeweilige „Mutterland“ vertrieben wurde. Auch Priozersk am Ladogasee steht hier als Beispiel für ein andernorts längst vergessenes Vertreibungsverbrechen, das 1944 zehntausende von Kareliern in das finnische Kernland trieb.
 - 5 Die alte russische Fürstenstadt Tver legte ihren „Ehrentamen“ Kalinin bereits 1992 ab.
 - 6 Übrigens gilt diese Vielseitigkeit nicht nur für die Hauptstadt der Region, sondern auch für die nach dem Sowjet-General Tschernjachowskij benannte Stadt Insterburg/Wystruc/jsrutis und andere. Das alte Ostpreußen sei an dieser Stelle auch deshalb erwähnt, weil seine Geschichte im 20. Jahrhundert auch für einen besonders schlimmen Umgang mit Ortsnamen steht. Was bereits in den 1920er Jahren begann, erreichte 1937/38 einen schlimmen Höhepunkt, als die nationalsozialistischen Machthaber die klangvollen Namen oft gemischt deutsch-polnisch-litauisch-altpreußischer Herkunft flächendeckend durch meist farblose „rein deutsch“ Namen ersetzten (z.B. Possessern = Großgarten). Aus heutiger Sicht waren diese Namen Menetekel, die auf die bald bevorstehende Katastrophe hinwiesen. Umso unverständlicher und beschämender ist es, dass die Vertriebenenverbände der betroffenen Gebiete bis heute eben diese Namen für ihre Heimatorte verwenden. Während die russischen Orte heute meist farblose und/oder speziell sowjetische Namen tragen, leben die alten Namen in Polen von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. Rastemborg nach 1945 „Kętrzyn“ nach dem Patrioten Wojciech Kętrzyński genannt statt bisher Rastembark) als Verballhornungen (z.B. Allenstein = Olsztyn), „Repolonisierungen“ (z.B. Possessern = Pozez- drze) oder Übersetzungen (z.B. Angerburg = Wągorzewo; das altpreußische Anger bedeutete ebenso „Aal“ wie Wągorz) fort, die meist schon vor 1945 im Polnischen gebraucht worden waren. Zu den ursprünglichen Namen siehe Christian von Krockow. Begegnung mit Ostpreußen, Stuttgart 1996, S. 283.
 - 7 Den störe danske encyklopædi bd. 11, 1998, S. 482.
 - 8 Das im 14. Jahrhundert gegründete und nach der Reformation aufgegebene Antoniter-Kloster mag jedoch die Entwicklung des deutschen Namens beeinflusst haben. Ähnliche Beispiele sind die Kirhdörfer Rabenkirchen (Ravnkaer) und Jordkirch (Hjord- kaer; hjort = Hirsch), während alle anderen Orte mit der Endung „Kær“ im Deutschen zu „Kier“ oder „Kjær“ geworden sind.
 - 9 Der Name Uk ist ungeklärt, die Deutung der Austauschstelle für Pferde am Heerweg (Uge = Wechsel; heute bedeutet das Wort nur „Woche“) überzeugt nicht. Randershof ist vom Personennamen Randi abzuleiten und hat nichts mit Ebereschen (Ron) zu tun. Dies und das Folgende aus Sønderjyske Stednavne, 5 Bd. hrsg. v. Stednavneudvalget, København 1933-1944.
 - 10 Die Niederung Sosti („Sauenpfad“) war allerdings noch unbewohnt, als der Geheime

Konferenzrat Joachim von Wasserschiebe dort seine noch heute erhaltene Villa erbaut, die zur Keimzelle der Ortschaft wurde. Der „Ort des Gero“ wurde um 1800 nach dem Königlichen Statthalter Landgraf Carl von Hessen umbenannt, die „Kuh- Erhöhung“ 1768 nach Carls Amtsvorgänger Ludwig von Dehn.

- 11 „Standardisieren „ darf hier aber nicht missverstanden werden. Wie Rene Rasmussen in seinem Feuilleton „Tosproget skiltning“ (Flensborg Avis, 15.12.2003) richtig bemerkt, wurde die Endung „-lev“ im Sinne von „Lehen“ vielfältig ins Deutsche übertragen. Während vergleichbare Namen im Thüringischen (z.B. Eisleben) konsequent auf „-leben“ enden, hat sich diese Endung im Schleswigschen nur teilweise durchgesetzt (z.B. Hadersleben). Beispiele wie Tingleff, Harrislee, Tolls Schlag oder Kosel zeugen von gewachsener Vielfalt bei den auf „-lev“ endenden Namen.
- 12 Politikens Nudansk Ordbog. København ¹⁵1994.
- 13 Wolfgang Laur: Historisches Ortsnamenlexikon von Schleswig-Holstein. Neumünster ²1992, S. 443 und 669. Lutzhöft ist demnach eine „hyperkorrekte Form“ (Laur) im Neuniederdeutschen, während der Ort um 1450 noch als „Lueshouet“ (Lauserhöhung) bezeichnet wurde und daher auf Neudänisch „Lushoved“ heißen müsste. Aus verschiedenen dialektalen Abänderungen wurde daraus jedoch „Lyshøj“ („helle Höhe“). Der Name Voldewraa bezeichnet den ältesten Formen nach zu urteilen einen Winkel (vrå) bei einer Einhegung (fold) und müsste daher eigentlich dänisch Foldevrå geschrieben werden. Doch im 19. Jahrhundert ausgestorbenen Angeldänischen wurde der Name zu Fulbro und im Plattdeutschen davon abgeleitet zu Fulebrüch, obwohl keine Brücke als Namenspatin in Frage kommt. Somit stehen gerade diese beiden Ortsnamen für besonders facettenreiche Sprachentwicklungen.
- 14 Ibidem.
- 15 Johan Peter Trap: Hertugdømmet Slesvig. 2 Bde. København 1864. Die später immer wieder aufgelegte und erneuerte Gesamtausgabe für ganz Dänemark ist bis heute das bedeutendste topografische Nachschlagewerk im Land geblieben. Südschleswig wird in den späteren Auflagen natürlich nicht mehr erfasst.
- 16 Nach Laur(S. 551) lautet die angeldänische Form „Råjkje“. In den jütischen Dialekten ist „Rodung“ als „roj“ erhalten geblieben, auch in vielen Ortsnamen, während es im der Standardsprache zu Grunde liegenden Seeländischen zu „rød“ geworden ist (S. 548).
- 17 Anders Bjerrum, Kristian Haid & Peter Jørgensen: Sydslesvigske stednavne. København 1948 f. Die letzte Lieferung erschien 1979. Bislang deckt das Werk nur Teile der Altkreise Flensburg und Südtondern.
- 18 Sowohl Bjerrum/Hald als auch Laur konnten die Herkunft dieses Namens nicht eindeutig klären.
- 19 Andere ursprünglich deutsche Namen wurden aber übersetzt, so Gravenstein (egtl. Graenstein = Grästen), Hirschsprung (Hjortspring) u.a.
- 20 Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft lässt sich jedoch gerade in Polen ein wesentlich lockerer Umgang mit diesem Thema verspüren. Bemerkenswert sei an dieser Stelle, dass zahlreiche deutsche Städte auf Polnisch anders heißen. Neben den oben bereits erwähnten gilt dies zum Beispiel für Lipsk (Leipzig), Drezno (Dresden), Gryfia (Greifswald), Wyszomierz (Wismar) und selbst Kilonia (Kiel) uva.

- 21 In Finnland beispielsweise genügt bereits ein achtprozentiger schwedischer Bevölkerungsanteil vor Ort. In Irland bleibt die vom seit langem dominierenden Englischen längst zur Minderheitssprache degradierte alte keltische Sprache, die aber auch noch Staatssprache ist, auf diese Weise in der Öffentlichkeit sichtbar.
- 22 Ein Beispiel hierfür ist die Lokalspitze „Keine anderen Sorgen?“ im Flensburger Tageblatt vom 31.1.2004, in der Lokalredakteur G. Nowc das tags zuvor im städtischen Infrastrukturausschuss behandelte Thema als „Pipifax“ geißelt, ohne zu merken, dass dies auch ein Teil der hier von ihm geforderten verbesserten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sein könnte. Der Bericht im Innenteil folgt genau diesem Tenor. - Im übrigen muss es nachdenklich stimmen, wenn der Kärntner Landeshauptmann und Rechtspopulist Jörg Haider in seinem Kampf gegen zweisprachige Ortsschilder in Teilen Kärntens damit „argumentiert“, dass man im schleswigschen Grenzland schließlich auch auf zweisprachige Schilder verzichtet. Vgl. hierzu: „Slowenische Volksgruppe soll auf jede Form der zweisprachigen Ortstafeln verzichten“, in: Die Presse, 20.12.2001. Mehr dazu bei Jørgen Kühl: Der Europarat, Dänemark, Deutschland und die Minderheiten, in: GFH 4/2002, S. 253.

Industriemuseum Schleswig

Ein neues grenzüberschreitendes Projekt

von *PETER DRAGSBO* und *MATTHIAS SCHARTL*

An Kunst- und Kulturgeschichte ist die Museumslandschaft in Schleswig-Holstein ebenso wie in Dänemark überaus reich. Bilder, Dokumente, Kunst- und Kulturgegenstände dokumentieren die Geschichte unserer Länder und ihrer Menschen. Prähistorische Denkmäler erzählen vom Leben der Vorfahren; Landwirtschaft und Volkskunde werden den Besuchern in exponierten Museen in vielfacher Form präsentiert. Weniger Beachtung fand bis vor wenigen Jahren hingegen die Industriegeschichte unserer Länder. Dabei hat die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, nach der u.a. ein ganzes Zeitalter benannt wurde, den Alltag und die Lebensweise der Menschen auch bei uns in einem unerhörten Tempo und in einer bis dato nicht bekannten Radikalität verändert. Industriekultur ist erhaltenswert und trotz mancher in der Vergangenheit zu beklagender Versäumnisse ist es möglich, wesentliche Aspekte ihrer Geschichte auszustellen und die Erinnerung daran zu bewahren. Auch die Region Sønderjylland/Schleswig kann auf eine mehr als 300 Jahre alte interessante industrielle Entwicklung zurückblicken - beginnend mit der Gründung der bei Flensburg gelegenen Kupfermühle durch König Christian IV. im Jahre 1602 bis hin zum heutigen, die ganze Welt mit seinen Produkten beliefernden Danfoss Konzern auf der Insel Als. Die Spuren der industriellen Vergangenheit sind heute noch für alle deutlich sichtbar. Zusammengefasst werden sie präsentiert in einer kleinen zweisprachigen und reichlich illustrierten Broschüre „Industriemuseum Schleswig“, die kürzlich als Gemeinschaftsprojekt zwischen der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg und dem Museet på Sønderborg Slot erschienen ist¹. Als in den 1970er Jahren europaweit das Industriezeitalter von der Sozial-, Mentalitäts- und Alltagsgeschichte als Arbeitsfeld entdeckt wurde, führte dies an zahlreichen Orten zu lokalen und regionalen Initiativen. Ziel dieser Aktivitäten war es, den industriegeschichtlichen Alltag zu dokumentieren und, wenn möglich, museal zu präsentieren. Zahlreiche Projekte wurden mit zum Teil hohem Finanzaufwand realisiert. In der Bundesrepublik entstanden in den letzten 20 Jahren eine Vielzahl technischer Museen und industriehistorischer Ausstellungen². Aus der Fülle sollen nur das Rheinisch-Westfälische Industriemuseum, dem sechs eigenständige Museen angeschlossen sind, das Sächsische Industriemuseum mit Standort in Chemnitz, das Bergbaumuseum in Dortmund oder die Industriemuseen in Osnabrück und Papenburg erwähnt werden. Netzwerke

wurden aufgebaut und darüber hinaus auch gemeinsame Marketingstrategien entwickelt.

Eine Idee erhält Konturen

In Schleswig-Holstein erhielt die Erforschung und Darstellung der Industriegeschichte mit der Gründung des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den späten 1970er Jahren den entscheidenden Impuls. Nach dem Regierungswechsel 1987 wurde nicht nur die weitgehend brachliegende Erforschung der Zeitgeschichte und des Nationalsozialismus im Land zwischen den Meeren auf Touren gebracht. Neben dem schon erwähnten Arbeitskreis für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte forderten weitere historische Vereinigungen wie der Beirat für Geschichte gemeinsam mit geschichtsinteressierten Mitgliedern von SPD und Gewerkschaften erstmals eine Darstellung der schleswig-holsteinischen Industriegeschichte und Alltagskultur in einem zentralen Museum. Diese Pläne mit Kiel als Standort scheiterten allerdings schon zu Beginn der 1990er Jahre³.

Spuren der schleswig-holsteinischen Industriekultur findet man daher vor allem auf örtlicher Ebene, etwa im Textilmuseum Neumünster, im Industriemuseum Elmshorn, in Geesthacht, wo ein Förderverein mit einer „online Ausstellung“ an die Geschichte der Dynamit Nobel Munitionsfabrik erinnert, im ehemaligen Hochofenwerk Lübeck-Herrenwyk, in einzelnen Schifffahrtsmuseen wie in Kiel und Flensburg oder im Industriemuseum Kupfermühle mit seinen Arbeiterwohnungen, dem Direktorenhaus und den alten Werkshallen. Auch das in den 1960er Jahren am Standort der ersten schleswig-holsteinischen Großproduktionsanlage mit Gründungsdatum 1828 eingerichtete Eisenkunstgussmuseum in Büdelsdorf kann in diesem Reigen erwähnt werden.

Im Amt Sønderjylland wurde 1990 die Gesellschaft für Industriegeschichte Sønderjyllands gegründet und die Restaurierung der auf der Halbinsel Brunsnaes, am Ufer der Flensburger Förde gelegenen letzten intakten Ringofenziegelei Cathrinesminde (errichtet 1732, jetzige Anlage aus den 1890er Jahren) in Angriff genommen⁴. Seit 1996 ist das Ziegeleimuseum Cathrinesminde ein Teil des Museet på Sønderborg Slot, das zudem im Rahmen der Aufgabenverteilung der Museen in Sønderjylland auch die Zuständigkeit für die regionale Industriegeschichte übernommen hat. Das Ziegeleiwesen an der Flensburger Förde, nachweisen lassen sich für die vergangenen 300 Jahre mehr als 40 kleinere und größere Ziegelstandorte, lädt geradezu zum grenzüberschreitenden Denken ein. Darüber hinaus gelang es vor wenigen Jahren einer Gruppe Freiwilliger in Zusammenarbeit mit den Museen in Tender und Sønderborg die einzigartige Woll-

spinnerei in Skærbek von 1889 samt Maschinenausstattung aus den 1890er Jahren zu bewahren⁵. Vor dem Hintergrund des trotz seiner bescheidenen Größe dennoch reichen und erhaltenswerten Industriekulturerbes entwickelten die Museumswissenschaftler Inge Adriansen und Kim Jacobus Paulsen vom Sonderburger Schlossmuseum 1997 ein Konzept für ein grenzüberschreitendes Industriemuseum für die Bereiche Sønderjylland und den Landesteil Schleswig. Partner auf deutscher Seite wurden die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg mit seinem damaligen Direktor Dr. Henning Bachmann, Dr. Helmut Sydow und Elisabeth Jacobs vom Landesmuseumsamt und die industriege- schichtliche Sammlung von Bodo Daetz in Kupfermühle⁶.

Für die Industriegeschichte Schlesiws hatte sich die regionale Forschung bis- her nur am Rande interessiert. In der dänischen Wirtschaftsgeschichte z.B. wird die industrielle Entwicklung Sønderjyllands (Nordschlesiws) als Sonderfall betrachtet. Das Projekt dieses für unsere Region einzigartigen wie auch wegen seiner grenzüberschreitenden Dimension gleichsam typischen Museums will daher als Kontrapunkt unser gemeinsames industrielles Kulturerbe ins Blickfeld rücken, das heutige und spätere Generationen genauso faszinieren kann wie die traditionell starke nationalpolitische Geschichte oder die Landwirtschafts- und Seefahrtsgeschichte. Die Initiatoren betrachteten die Industriegeschichte Nord- wie auch Südschlesiws - ungeachtet der nationalen Grenze - als Einheit; selbst die industrielle Entwicklung nach 1920 ist wegen der gemeinsamen geo- graphischen, wirtschaftlichen und administrativen Geschichte noch weitgehend von der früheren Zusammengehörigkeit des Raumes geprägt. Ganz bewusst wurde das Projekt daher auch „Industriemuseum Schleswig“ genannt. Dabei ging es von Anfang an nicht darum, ein großes zentrales Museum mit einem festen Standort zu errichten. Industrie historische Sehenswürdigkeiten sollten vielmehr zu einer grenzüberschreitenden Kulturroute zusammengebunden werden.

Die Initiatoren fanden zahlreiche Freunde und Mitstreiter, nicht nur in der sog. Fachwelt sondern auch auf politischer Ebene in den Gremien der etwa gleich- zeitig geschaffenen Region Sønderjylland/Schleswig. Doch zeigte sich bald, dass der Weg hin zur Verwirklichung dieses ehrgeizigen Projekts ein dornenrei- cher und langer sein würde. 1997 wurde für das Projekt „Slesvigsk Industrimu- seum - Industriemuseum Schleswig“ mit den zunächst geplanten Basisstationen in Cathrinesminde und Kupfermühle und einigen, in der Region verteilten Au- ßenstationen Investitionskosten von mehr als 1 Mio. € (7 Mio. Kr.) und jährliche Betriebskosten von ca. 170.000 € (1,5 Mio. Kr.) hochgerechnet. Die Unterschie- de dies- und jenseits der Grenze waren groß, öffentliche und private Interessen waren nicht immer leicht miteinander zu verbinden. Dem angedachten gemein-

samen Trägerverein standen rechtliche Bedenken entgegen. Eine EU-Förderung ließ sich nicht realisieren, die Region allein war finanziell überfordert. Die Vision aber lebte fort. Die Planungen liefen „auf Sparflamme“ weiter.

Im Jahre 2001 intensivierten das Museum Schloss Sonderburg und die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg ihre Zusammenarbeit. Für das gemeinsame Projekt „Industriemuseum Schleswig“ wurde als erster Schritt die schon erwähnte zweisprachige Broschüre geplant, in der verschiedene Stationen vorgestellt werden. Der Ausschuss für Kultur, Sprache und Gleichstellung der Region Sønderjylland/Schleswig bewilligte hierfür 9.000 € (63.000 Kr.). Neben anderen gab die Kulturerbeverwaltung des dänischen Kultusministeriums 150.000 Kronen für die Entwicklung des Projekts im Bereich des Amtes Sønderjylland. Daraus wurden u.a. Forschungsprojekte über Themen finanziert, über die bisher nur geringe Kenntnisse vorhanden waren, wie beispielsweise Arbeiterunterkünfte in den Städten Sønderjyllands in der Zeit von 1864-1920. Diese Untersuchung wurde 2003 durchgeführt und soll im Frühjahr 2004 in der Zeitschrift „Cathrinesminde Venner“ veröffentlicht werden. Auf deutscher Seite stellte die Kreiskulturstiftung eine Mitarbeiterin für die Erarbeitung der Broschüre zur Verfügung,

Das von den beiden Partnern verwirklichte Konzept des Industriemuseums beinhaltet ein Netzwerk von Feldstationen, industriellen Denkmälern, Landschaften, technischen Anlagen, Kulturspuren sowie Museen und Ausstellungen. Die Feldstationen, die in Privat-, Vereins- oder öffentlichem Besitz sein können, sollen durch den gemeinsamen Begriff „Industriemuseum“, durch Zusammenarbeit, gemeinsames Logo sowie gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Beschilderung, aber auch durch einen gemeinsamen Einsatz in den Bereichen Bewahren, Vermitteln und Forschen miteinander verbunden werden. Auf diese Weise ist das „Industriemuseum Schleswig“ von industriellen „Ökomuseen“ in Europa wie dem schwedischen Ekomuseum Bergslagen oder dem Kulturpfad Ruhr in Deutschland inspiriert worden. Weiterhin in Planung sind gemeinsame Überblicksausstellungen an zentralen Punkten, auf dänischer Seite im Ziegeleimuseum Cathrinesminde und in Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt im Industriemuseum Kupfermühle, dessen Arbeit seit einigen Jahren von einem Förderverein begleitet wird.

Was ist im Industriemuseum Schleswig zu sehen?

Die Bedingung für eine Feldstation im Industriemuseum ist, dass man etwas anschauen kann - in Form eines Museums oder einer Ausstellung, einer Arbeitswelt mit Zutrittsmöglichkeit oder in Form von Kulturspuren und Denkmälern in

der freien Landschaft, in der Stadt oder in der Natur. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gab es viele Möglichkeiten, die Wahl fiel jedoch auf 48 in der Broschüre präsentierte und als exemplarisch anzusehende Institutionen und Feldstationen. Darunter befinden sich historische Industriekomplexe mit bereits etablierten Museen und Ausstellungen, neben der Kupfermühle und Cathrinesminde z. B. die ehemalige Carlshütte bei Rendsburg mit dem Eisenkunstgussmuseum in der Regie der Stiftung Schloss Gottorf, das Flensburger Schifffahrtsmuseum oder Danfoss auf der Insel Als, wo neben dem Werksmuseum das Technorama „Danfoss Universe“ entstehen soll. Zudem gibt es Museumsinitiativen, etwa neben der bereits genannten Schaumann'schen Textilfabrik u.a. die 1901 errichtete Fabrik der Gebrüder Grams in Vojens sowie der erhaltene Schiffswerftkomplex von Agent Bruhns auf Kalvo bei Aabenraa (1847-1868). Andere Feldstationen berühren vor- bzw. industrielle Bereiche, die zu bestimmten Zeitpunkten als arbeitende Werkstätten präsentiert werden - wie z. B. die Mühle „Amanda“ mit dem über 100 Jahre alten Sägewerk in Kappeln an der Schlei (seit 1888), die Genossenschaftsmeierei in Ostenfeld bei Husum, die Wollspinnerei in Skaerbæk und das wasserbetriebene E-Werk bei Hadersleben, das erst 1911 errichtet wurde, dessen Vorläufer aber schon im frühen 19. Jahrhundert als Industriestandort anzusehen ist. An den Einzug der Elektrizität auf dem Lande erinnern die Transformatorenhäuser in Tandslet auf Als und im Landschaftsmuseum Angeln in Unewatt. Ebenso eingebunden wurden die Aktivitäten der Angeler Museumsbahn mit ihren alten Dampf- und Diesellokomotiven und historischen Reisewagen.

Einen anderen Typ von Feldstationen präsentieren historisch und architektonisch interessante Industriegebäude, die vorläufig nur von außen betrachtet werden können-wie die Eidermühle in Friedrichstadt, die Schiffswerft in Flensburg (1872 gegründet, 1899 neue Werft), die Glühlampenfabrik in Aabenraa (1931 errichtet in einer früheren Gerberei von 1865), Fuglsangs Brauerei in Haderslev(1865 gegründet) oder das heute als Verwaltungsgebäude der Stadtwerke dienende alte Schleswiger Elektrizitätswerk. An einigen Stellen sieht man nur Industriereste. Aber Industriegeschichte lässt sich auch über die in der Zeit der Industrialisierung entstandenen technischen Anlagen und Bauwerke verdeutlichen. Aus diesen wurden beispielsweise die einzigartige Kanalanlage an der holsteinischen Grenze gewählt: der alte Eiderkanal von 1784 mit den erhaltenen Schleusen und Speichern und der Nordostseekanal von 1895. Hinzu kommen markante Brückenbauten wie die Hochbrücke bei Rendsburg (1913), die Eisenbahnbrücken bei Lindaunis (1881/1926) und Friedrichstadt (1888) sowie die Christian X's. Brücke in Sonderborg (1930) oder das unter Denkmalschutz stehende Trockendock in Husum und die Schleusen entlang des Wat-

tenmeers.

Schließlich wurden einige Stadtwanderungen als Feldstationen ausgewählt. Eine der umfangreichsten führt durch das alte Flensburger Industriequartier, die Neustadt, ein Gebiet, in dem man auf der Tour eine Reihe Industrieanlagen und Beispiele für Arbeiterunterkünfte passiert, vom Arbeiterbauverein aus den 1870er Jahren bis zu den kommunalen Arbeiterunterkünften aus der Zeit zwischen den Weltkriegen. Auch in Friedrichstadt sowie in Aabenraa und Haderslev werden Stadtwanderungen angeboten, die sowohl an alten Industriegebäuden als auch an privaten, bauvereingeförderten und kommunalen Arbeiterunterkünften aus der Zeit 1890-1914 wie etwa in den Straßen Lavgade und Lindedal in Aabenraa vorbeiführen.

Ein dezentrales Industriemuseum wird sich - das liegt in der Natur der Sache - in ständiger Entwicklung befinden. Niemand kann garantieren, dass alle Sehenswürdigkeiten noch in zehn Jahren vorhanden sind - dafür werden vielleicht andere hinzukommen, entweder in Form neuentdeckter Industriedenkmäler oder neuer Betriebe, die wie Danfoss wünschen, ihre Geschichte vorzustellen. Aber jedenfalls ist das „Industriemuseum Schleswig“ eine einleuchtende Idee, die gut vorangekommen ist. Es wird die Aufgabe der nächsten zwei Jahre sein, verschiedene Bereiche des Industriemuseums zu verwirklichen. Zunächst werden in Zusammenarbeit mit den Feldstationen ein gemeinsames Logo und eine gemeinsame Beschilderung entwickelt. Danach sollen die einzelnen Feldstationen nach Bedarf und Möglichkeiten weiterentwickelt werden. Beispielsweise ist es gerade gelungen, Mittel von Sønderjyllands Amt und Schaumanns Familiefond zum Aufbau der Feldstation in Schaumanns Textilfabrik in Hadersleben zu erhalten. Hier werden neben einer schleswigschen Wagensammlung, die in Teilen des Gebäudeensembles untergebracht ist, auch einzelne erhaltene Maschinen und Geräte präsentiert. Außerdem ist eine Publikation geplant.

Darüber hinaus befindet sich eine Bestandsaufnahme über die einzelnen dänischen Feldstationen in Arbeit. Darin geht es um die Beschreibung der Besitzverhältnisse, die Finanzsituation, die sozialen Hintergründe und den Erhaltungszustand der Gebäude. Ebenso wird der Stand der öffentlichen Planung reflektiert und der zukünftige Investitionsbedarf an Gebäuden oder für museumspädagogische Aktivitäten dargestellt. Diese Arbeit wurde 2003 vom Leiter des Ziegeleimuseums Cathrinesminde John Rendboe begonnen und soll im Sommer 2004 auf deutscher Seite fortgeführt werden. Die Ausarbeitung der Bestandsaufnahme, der Beginn der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie eine professionelle fotografische Inventarisierung aller Feldstationen ist durch die Bewilligung eines Zuschusses von 150.000 Kronen aus Entwicklungsmitteln der dänischen Kulturerbeverwaltung ermöglicht worden. Nach Abschluss bildet

die Bestandsaufnahme die Grundlage für weitergehende Anträge für die Entwicklung des Industriemuseums auf dänischer Seite. Auf deutscher Seite sind derzeit finanzielle Fördermöglichkeiten nur schwer zu erschließen, hier wird u.a. auf Sponsoren reflektiert, deren Interesse auf das Projekt Industriemuseum mit Hilfe des kleinen Museumsführers geweckt werden soll.

Ferner soll eine Homepage entstehen und ein Buch über die Industriegeschichte der Region und die Geschichte der einzelnen Feldstationen herausgegeben werden. Schließlich soll die neue industriegeschichtliche Dauerausstellung im Ziegeleimuseum Cathrinesminde in einer der Trockenscheunen aufgebaut werden - möglichst mit Eröffnung im geplanten „Jahr der Industrie“, das in Dänemark für das Jahr 2007 ausgerufen wurde. Für einen dieser nächsten Abschnitte hat das Industriemuseum Schleswig u.a. einen Zuschuss vom „Provinzpool“ des dänischen Kultusministers erhalten. Darüber hinaus hofft man auf die Mitfinanzierung durch Interreg-Mittel der EU und versucht ebenso die Privatwirtschaft für das Projekt zu interessieren, da vor allem Betriebe im Amt Sønderjylland ohnehin sehr daran interessiert sind, die Region bekannter zu machen - auch als Industrieraum. Die Initiatoren sind jedenfalls sicher, dass das „Industriemuseum Schleswig“ als grenzüberschreitendes Netzwerk die Kulturlandschaft der Grenzregion bereichern wird.

Anmerkungen

- 1 Peter Dragsbo, Gundula Hubrich-Messow, Industrimuseum Slesvig - Industriemuseum Schleswig, mit Fotos von Thomas Raake (Flensburg), Gråsten 2004, erhältlich für 3 € in den Museen und Touristinformationen der Region.
- 2 Allein unter dem Suchwort „Industriemuseum“ findet der Internetnutzer mehrere tausend Adressen von Museen, Ausstellungen oder Veröffentlichungen pp. aus dem deutschsprachigen Raum.
- 3 Uwe Danker, Jürgen Weber, Zum (vorläufigen) Aus des Kieler Museums für Industrie- und Alltagskultur, in: Mitteilungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Nr. 15 (1992), S. 5 ff., darin auch eine entsprechende Zeitungsdokumentation (S. 22 ff.).
- 4 Für die Übersetzung des Artikels von Peter Dragsbo, Industrimuseum Slesvig, in: Danske Museer, Heft 1, März 2004, der diesem Beitrag zugrunde liegt, danken wir Wolfgang Thiele, Schleswig.
- 5 Zur augenblicklichen Entwicklung der Idee des Industriemuseums im Amt Sønderjylland vgl. vor allem Sønderjysk Månedsskrift Nr. 4, April 2004, das sich schwerpunktmäßig mit der dortigen Industriegeschichte beschäftigt.
- 6 Slesvigsk Industrimuseum - Industriemuseum Schleswig, Redaktion Kim Paulsen und Elisabeth Jacobs, o.O., 1997

Bericht über die Jahresmitgliederversammlung 2004

Auf der Mitgliederversammlung am 8. Mai 2004 begrüßte der Vorsitzende Lothar Hay neben den erschienenen Mitgliedern auch zahlreiche Gäste aus der Politik und von den befreundeten Grenzverbänden.

Von den vielen Grußworten, u.a. von dem ersten stellvertretenden Kreispräsidenten Siegfried Struwe und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), Hans Dethleffsen, für die Grenzverbände, geben wir im Anschluss an diesen Bericht die Ausführungen des Landtagspräsidenten Heinz-Werner Arens im Wortlaut wieder.

Der Vorsitzende ging kurz auf die Grußworte ein und berichtete dann von den wichtigsten Themen, die die Arbeit im Jahr 2003 beherrschten. Dazu gehörten die Finanzen ebenso wie die Altersstruktur der Mitglieder. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den befreundeten Grenzverbänden wies Herr Hay auf die am 28.08.2003 verabschiedeten 10 Thesen hin. Es ist eine gemeinsame Willenserklärung und Zielformulierung, um vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung Grenzen zu überwinden und regionale Identität zu stärken. Die Thesen sind im vorliegenden Grenzfriedensheft nachzulesen.

Die Geschäftsführerin erläuterte der Mitgliederversammlung den vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht. Informationen gab es zu den Aktivitäten des Vorstandes und zu der unter Leitung der Minderheitenbeauftragten Renate Schnack durchgeführten Brüsselfahrt des Dialog-Forum-Norden gemeinsam mit den Grenzverbänden (s. GFH 4/2003, S. 310-312). Ein besonderer Dank galt dem Redaktionsteam der Grenzfriedenshefte für die Arbeit im vergangenen Jahr.

Bei den Einnahmen machte Frau Schumann auf eine erneute 15%ige Kürzung der Landesmittel aufmerksam. Durch die Einwerbung von Spenden in Höhe von mehr als 10.000 € konnte eine befürchtete Kürzung der Zuschüsse für Klassenfahrten und Schullandheimaufenthalte für das Jahr 2003 noch abgewendet werden.

Den Bericht der Revisoren verlas Herr Kuhlmann. Es ergaben sich keine Beanstandungen. In der anschließenden Aussprache bescheinigte Herr Opel dem Grenzfriedensbund eine gute Arbeit und fragte nach der Mitgliederentwicklung und den Kriterien, die bei der Gewährung von Zuschüssen angelegt werden. Auch wollte er wissen, wer die Entscheidungen für die Beihilfenvergabe trifft. Frau Schumann teilte mit, dass ca. 300 korporative und etwa 350 persönliche Mitglieder im Grenzfriedensbund sind. Die Zuschüsse werden im Regelfall von der Geschäftsführerin bewilligt, nur in Ausnahmefällen gibt es dazu einen Vorstandsbeschluss. Auch die Frage nach den Kriterien wurde von der Geschäftsführerin beantwortet, der Vorsitzende ergänzte diese Ausführungen.

Daraufhin wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Auch in diesem Jahr wurden langjährige Mitglieder geehrt. Dem Grenzfriedensbund gehören folgende Mitglieder *25 Jahre* an:

- Adolf Dammann, Flensburg
- Wilhelm Delfs, Fockbek
- Hans Fr. Hansen, Tingleff
- Dr. Robert Kappel, Bremen
- Lieselotte Knottnerus-Meyer, Flensburg
- Olaf Kölpin, Flensburg
- Horst Kuhlmann, Husum
- Hanny Langkeit, Tönning
- Martin Peter, Meyn
- Peter Pries, Rellingen
- Margarete Tümmers, Flensburg
- Jürgen Voß, Flensburg

Seit *40 Jahren* sind dabei:

- Peter Iver Johannsen, Hadersleben
- Dr. Hermann Schunck, Bonn

50 Jahre Mitglied sind:

- Johanna Dittrich, Quickborn
- Else Ellinghaus, Tönning
- Heinke Hansen, Husum.

Frau Langkeit und Herr Kuhlmann erhielten vom Vorsitzenden eine Urkunde sowie eine Nadel. Frau Dittrich, die Tochter des langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes und Redakteurs der Grenzfriedenshefte Ernst Beier, erhielt eine Ehrengabe sowie einen Blumenstrauß. Herr Hay dankte ihr für 50 Jahre Treue zum Grenzfriedensbund. In einem kurzen Dankeswort bemerkte Frau Dittrich, sie habe sich zwar keine sichtbaren Verdienste um den Grenzfriedensbund erworben, gehöre aber zu den sicher ganz wenigen Mitgliedern, die die Grenzfriedenshefte seit nunmehr 50 Jahren regelmäßig von Anfang bis Ende gelesen haben – stets mit großem Gewinn.

Die anderen Jubilare erhalten Ihre Urkunden per Post.

Der anschließende Vortrag von Professor Dr. Uwe Danker wurde mit großem Beifall aufgenommen. Er ist in diesem Heft abgedruckt.

Der Vorsitzende schloss die Versammlung mit einem Dank an alle Teilnehmer und lud zum anschließenden Mittagessen ein.

Ingrid Schumann

Grußwort von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens anlässlich der Jahresmitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 8. Mai 2004
Gern bin ich Ihrer Einladung zur Jahresmitgliederversammlung gefolgt und möchte Ihnen auch dieses Jahr die besten Wünsche des Schleswig-Holsteinischen

Landtages überbringen. Es kann nicht oft genug betont werden, welche Bedeutung Ihren jahrzehntelangen erfolgreichen Bemühungen zur Versöhnung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze zukommt. Das heute weitgehend problemlose Zusammenleben der Menschen im deutsch-dänischen Grenzland war nicht immer selbstverständlich. Sie haben mit Ihrer unermüdlichen Arbeit und mit Ihrer Überzeugung, dass gutnachbarschaftliche Beziehungen bis hin zur Freundschaft möglich sind, maßgeblich zu dem friedlichen Miteinander im Grenzland beigetragen.

Heutzutage ist das Leben im deutsch-dänischen Grenzland in allen Bereichen eng miteinander verzahnt. Die Beziehungen zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein sind gut und vertraut und haben durchaus Modellcharakter für andere Grenzregionen, denn das bei uns praktizierte „Prinzip der Gegenseitigkeit“ ist keinesfalls ortsgebunden. Uns allen ist klar, wie wichtig das Zusammenwachsen Europas, von welcher Bedeutung eine friedliche, verständnisvolle und auf gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz beruhende Koexistenz ist. Sie ist die Grundlage für ein Europa des Friedens und des Wohlstands, oder anders formuliert: Zur Integration Europas gibt es keine friedliche Alternative. Das ist die eigentliche und fundamentale Bedeutung der EU-Einigungsprozesse. Vor einer Woche nun ist die Europäische Union um 10 weitere Staaten reicher geworden. Dieses historische Ereignis ist begeisternd: Endlich wird die Spaltung Europas überwunden. Die mittel- und osteuropäischen Länder als Kernländer des historischen Europas erhalten die Chance, am Projekt der europäischen Integration teilzunehmen. Und ohne sie ist Europa nicht Europa. In der an Kriegen und Konflikten reichen Geschichte bietet sich die einmalige Chance, Frieden und Freiheit, Sicherheit und politische Stabilität in einem freien, ungeteilten Europa zu verwirklichen.

Die Erweiterung bedeutet neue Chancen, aber auch neue Herausforderungen. So werden Minderheitenfragen weiterhin an Bedeutung gewinnen. Minderheiten wollen und müssen ihre kulturelle Eigenständigkeit erhalten und erhalten können. Der Grenzfriedensbund will sich diesen Menschen zuwenden, ohne die traditionelle deutsch-dänische Verständigung zu vernachlässigen. Dies ist für ihn eine Aufgabe, die in seiner demokratischen, europäischen und sozialen Tradition steht. Dass sich der Grenzfriedensbund schon früh mit den veränderten Bedingungen in einem erweiterten Europa auseinandergesetzt hat, spiegelt sich deutlich in seinem neuen Profil wider. Natürlich sieht er es auch weiterhin als seine Aufgabe an, den Menschen im Grenzland bei der Erhaltung einer eigenen Identität zur Seite zu stehen. Gerade in einem immer größer werdenden Europa ist die Verwurzelung, das Wissen um Heimat und Zugehörigkeit wichtig. Wichtig ist also die Verbundenheit mit der Region.

Der Grenzfriedensbund hat mit seiner stärker an Europa ausgerichteten Arbeit und

seiner Werbung für ein Europa der Regionen dazu beigetragen, dass bei vielen Menschen diese Verbundenheit, aber auch ein europäisches Bewusstsein geweckt werden konnte. Sein Anliegen, im Miteinander der Regionen in einem „Europa der Regionen“ eigene Ansichten deutlich zu machen und Positives für sie zu erreichen, basiert auf dem Wissen, dass die Umsetzung der politischen Entscheidungen in den Regionen stattfindet. Die Grenzregionen treiben die politische und wirtschaftliche Einigung Europas voran, verlangen den Bürgern und den Politikern aber in besonderem Maße politisches und historisches Fingerspitzengefühl ab. Trennendes und Verbindendes wird hier persönlich erlebt, ist Teil der eigenen Geschichte und Gegenwart.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Grenzöffnung zwischen Deutschland und Dänemark: Nach dem Schengen-Beitritt Dänemarks wurden die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschlossenen kleinen Grenzübergänge geöffnet. Schon nach kurzer Zeit wurde es Teil des Alltags, Ausflüge ins Nachbarland zu unternehmen oder seine Joggingstrecken dorthin auszuweiten. Die Kontakte zwischen den Menschen wurden dadurch intensiviert, sie konnten teilhaben am täglichen Leben der Nachbarn. Die Kenntnisse der Ortschaften, Begebenheiten, Eigenarten und Vorlieben der Menschen auf der anderen Seite konnten vertieft werden.

Der Grenzfriedensbund hat mit seinem Engagement und vor allem mit seinen Grenzfriedensheften sehr dabei geholfen, Neugier zu wecken und Interesse aneinander zu entwickeln. Ich kann nur hoffen, dass er weiter darauf hinwirken wird, dass die Grenzen in den Köpfen der Menschen im deutsch-dänischen Grenzgebiet und in ganz Europa weiter abgebaut werden. Seine Arbeit ist ein unverzichtbarer Beitrag zum Zusammenleben in der Grenzregion und damit zum Zusammenwachsen Europas.

Heinz-Werner Arens

Die Grenzverbände

**ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHES SCHLESWIG (ADS)
DEUTSCHER GRENZVEREIN
GRENZFRIEDENSBUND
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER HEIMATBUND (SHHB)**

Grenzkultur im europäischen Vergleich

Die Grenzverbände gehören zu den ältesten Vereinen in Schleswig-Holstein. Als politisch erfahrene Vereine/Institutionen haben sie ihre Aufgaben stets weiterentwickelt und modernisiert. Ihr Innovationspotential zeigt sich im kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Bereich. Für die Arbeit im 21. Jh. geben sie eine gemeinsame Willenserklärung und Zielformulierung ab, um vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung Grenzen zu überwinden und regionale Identität zu stärken.

Memorandum

1. Wir wollen auf überparteilicher Ebene dafür sorgen, dass sich das Gleichgewicht zwischen Deutschen und Dänen, zwischen deutscher und dänischer Kultur weiter stabilisiert und fortentwickelt.
2. Wir treten ein für einen friedlichen Wettstreit zwischen deutscher und dänischer Kultur und vermitteln Bildung und Fortbildung an alle Interessierten.
3. Wir schaffen Begegnungen zwischen Deutschen und Dänen auf unterschiedlichen sozialen und sozialpädagogischen Feldern.
4. Wir wollen junge Menschen mit der Geschichte des Grenzlandes vertraut machen und die Kenntnisse über andere Kultur und Sprache fördern im Sinne einer Erziehung zur Toleranz.
5. Wir unterstützen auf allen Feldern die Arbeit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.
6. Wir bieten den Minderheiten nördlich und südlich der Grenze ein Forum zur Vermittlung ihrer Kultur an die Mehrheitsbevölkerung.
7. Wir beziehen in unsere Arbeit auch neue Minderheiten mit ein.
8. Wir arbeiten mit Hochschulen zur Pflege der Sprache zusammen und unterstützen die Umsetzung der Sprachencharta in Schleswig-Holstein.
9. Wir entwickeln Foren für die sich verändernden Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Dänemark.
10. Wir wollen durch unsere Arbeit das regionale Bewußtsein und die regionale Identität stärken.

Flensburg, den 28. August 2003

H.D. Dethleffsen
Arbeitsgemeinschaft
Deutsches Schleswig

J. D. Kamischke
Deutscher Grenzverein
Grenzfriedensbund

L. Hay

C. I. Johannsen
Schleswig-Holsteinischer
Heimatbund

Philipsen: Es fehlen die konkreten Projekte

Der frühere nordschleswigsche Amtsbürgermeister über Schwächen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

„Grundsätzlich können auch zwei große dänische Grenzkommunen künftig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wahrnehmen. Vieles wird auch davon abhängen, ob sich die Mitglieder eines kommenden Regionalrates Südjütland auch persönlich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit interessieren. Das Amt Nordschleswig, das mit großer Stärke seit 1970 diese Zusammenarbeit ausgebaut hat, wird aber künftig mit seinem Gewicht fehlen.“

So schätzt der frühere Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (Venstre) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein. In einem Vortrag vor „Den Danske Europabevægelse Sønderjylland“ im Apenrader „Folkehjem“ erklärte Philipsen, dass es aus seiner Sicht drei Hauptprobleme zur Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt:

1. Auch wenn man sich hundertmal trifft: Es fehlen konkrete Gemeinschaftsprojekte. Durch die Interreg-Projekte ist man zwar weitergekommen, aber wir haben zu wenige große Gemeinschaftsprojekte südlich und nördlich der Grenze. Der Plan einer deutsch-dänischen Müllverbrennungsanlage sei leider am rechtlichen Widerstand der Stadt Flensburg gescheitert, wahrscheinlich eher wegen der unterschiedlichen Auffassung von Umweltpolitik. Außerdem war die Zusammenarbeit oft geprägt von Streitigkeiten unter den deutschen Partnern, zwischen der Stadt Flensburg sowie den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Inzwischen ist es etwas besser geworden, weil die deutsche Seite nun mit einem Sprecher auftritt. Im übrigen streiten deutsche Politiker viel härter miteinander als wir es in Dänemark gewohnt sind.

2. Es mangelt an Geld, sowohl südlich als auch nördlich der Grenze, aber besonders deutlich auf deutscher Seite. Wir hoffen auf einen deutschen Wirtschaftsaufschwung, der auch für Nordschleswig von größter Wichtigkeit wäre, aber leider ist dieser Aufschwung nicht an der nächsten Ecke zu erwarten. Es ist schön und gut, dass Interreg-Projekte der EU mit einer nationalen Kofinanzierung von 50 Prozent in unserem Grenzland durchgeführt worden sind, aber wenn die Laufzeit der Projekte beendet ist, dann werden viele Projekte leider stoppen, nicht wegen mangelnden Willens, sondern wegen Geldmangels. Hinzu kommt, dass die EU die Finanzierung der Regionalfonds nach der Ostweiterung verändern wird, sodass wir uns darauf einstellen müssen, dass künftig weniger Interreg-Mittel ins deutsch-dänische Grenzland fließen werden. Ich erinnere mich vor vielen Jahren an ein Gespräch in Kiel mit dem damaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der, als ich auf Finanznöte der Stadt Flensburg hinwies, antwortete: „Flensburg ist doch pleite!“ Leider ist die ökonomische Lage des Landes Schleswig-Holstein

heute auch nicht gerade rosig. Wir müssen erkennen, dass uns die Grenzziehung von 1920 – so richtig und notwendig sie aus nationalen Gründen auch war –, doch wirtschaftlich insgesamt geschadet hat.

3. Die sprachliche Barriere: Englisch wird wahrscheinlich künftig die gemeinsame Sprache im deutsch-dänischen Grenzland. Das bedauere ich, aber die Dänischkenntnisse südlich der Grenze sind zu gering, und die deutsche Sprache verliert in Dänemark weiter an Bedeutung. Früher haben wir unser Deutsch durch Sendungen im deutschen Fernsehen gelernt, heute sieht kaum noch ein junger Mensch im Grenzland deutsches Fernsehen. Erfreulich ist jedoch der deutsch-dänische Studiengang. Die Universitäts-Zusammenarbeit zwischen Flensburg und Sonderburg ist ein Lichtblick.

Auf die Frage, ob Flensburg „Hauptstadt“/Oberzentrum der Region Sønderjylland/Schleswig werden könne, antwortete Philipsen: „Die Idee ist zwar gut, aber sie ist nicht realistisch, denn die Staatsgrenze liegt ja fest.“

Der Nordschleswiger, 23.3.2004

Grenzüberschreitend fehlen deutsch-dänische Perspektiven

Bürgermeister H. P. Geil: Viel Geschrei und wenig Wille / Für viele Kommunen kein Thema

„Wenn diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit Perspektiven gehabt hätte, dann hätte man sie ja wohl längst erkannt und heute schon genutzt“, sagte der Grammer Bürgermeister Geil (Venstre) dem Nordschleswiger. Nach seiner Ansicht sollte man die grenzüberschreitende Zusammenarbeit künftig den neuen grenznahen Großkommunen überlassen. „Wenn sie mehr Muskelkraft bekommen, dann können sie ja vielleicht die Zusammenarbeit besser entwickeln als bisher. Wenn ich an die jetzige Zusammenarbeit denke, frage ich mal ganz provokativ: Wer kann mir nur fünf wichtige Ergebnisse nennen, die in der Region Sønderjylland-Schleswig bisher erzielt worden sind? Ich kenne keine, denn die Zusammenarbeit kommt doch nicht von der Stelle. Leider, leider: viel Geschrei und wenig Wille.“

Nach Ansicht des Vorsitzenden von „Kommuneforeningen Sønderjylland“ besteht das große Problem der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der unterschiedlichen Mentalität, in der Sprache, in der fehlenden Kompetenz der deutschen Kommunal-Partner und nicht zuletzt in der schweren wirtschaftlichen Krise südlich der Grenze. „Leider ist das Interesse an der grenzüberschreitenden Kooperation in den nordschleswigschen Kommunen außerhalb des Grenzgebietes stark zurückgegangen. Das ist für viele von uns heute kein Thema. Das ist aber sehr schade, denn Hamburg liegt direkt vor unserer Haustür, und Deutschland ist doch mit Abstand unser wichtigster Markt, nicht zuletzt für uns in

Nordschleswig“, unterstrich H. P. Geil.

Der Nordschleswiger, 3.4.2004

„Europaklasse schafft Verständnis zwischen Schülern“

Beurteilung durch Politiker: Ein Leitprojekt und nachahmenswertes Beispiel für die Region

Die zum Schuljahresbeginn 2003/2004 eingerichtete Europaklasse mit je 14 Schülern des Gymnasiums Tondern und der Friedrich-Paulsen-Schule Niebüll hat sich als Pilotprojekt bewährt und sollte als „Leitprojekt“ für die Region fortgeführt werden. Das bekräftigten übereinstimmend der Vorsitzende des Europaausschusses MdL Rolf Fischer, Ministerialrat Dieter Lubeseder vom Kieler Bildungsministerium und Nordfrieslands Landrat Dr. Olaf Bastian bei einem Besuch der FPS Niebüll, bei dem sich die noch junge Klasse vorstellte. Besucht wurde die bilingual deutsch-englisch laufende Biologiestunde mit Studienrat Michael Christiansen, bei der die Gäste Gelegenheit hatten, mit den Schülern zu sprechen. Die Europaklasse absolviert nach dem Start in Tondern das zweite Schulhalbjahr in Niebüll, wo der Schulträger neue Klassenzimmer und einen Computerraum einrichtete. Die Schüler sind allesamt mit einem Laptop ausgestattet und damit in der Lage, auch virtuelle Unterrichtseinheiten einzurichten, die etwa dann stattfinden, wenn deutsche und dänische Ferientermine sich nicht decken. Die Europaklasse hatte im Rahmen von Interreg II bereits von 1997 bis 2001 einen Vorläufer mit 14 verschiedenen Projekten. Nach deren erfolgreichem Verlauf kam es nun mit finanziellem Anschub durch Interreg III zu dem neuen Projekt, das nach ersten Einschätzungen erfolgversprechend angelaufen ist. Ob die EU dieses Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit weiter fördert, bleibt abzuwarten.

[...] Der Abgeordnete Rolf Fischer kündigte Schülern und Lehrern noch vor den Sommerferien den Besuch einer Abordnung von Europaabgeordneten an, denen die deutsch-dänische Europaklasse vorgestellt werden soll.

Flensburger Tageblatt, 3.4.2004

Dänen und Deutsche Seite an Seite

Selbst 140 Jahre nach der Schlacht bei Düppel gibt es noch verbale Kämpfe um die nationale Hochburg. Einige finden, dass Deutsche nicht an der Gedenkfeier teilnehmen sollten – andere meinen, dass die Zeit längst reif zur Versöhnung ist. Düppel mit seinen Schanzen und der Mühle gehört zum Nationalsten in Dänemark überhaupt [...]. Vor 140 Jahren wurde Düppel gestürmt, und abgesehen von den fünf Jahren während des Zweiten Weltkriegs wurde jedes Jahr auf dem

Schlachtfeld an die Kämpfe von 1864 erinnert. Bis vor zwei Jahren geschah dies wie all die Jahre zuvor, doch dann kamen die Deutschen zurück. Wohl gemerkt mit einer offiziellen Einladung in der Tasche, da die Veranstalter meinten, dass die Zeit für eine Überwindung des Deutschenhasses längst reif sei. Diesem Wunsch sind nicht alle nachgekommen, und die Anwesenheit der Deutschen bei der Gedenkfeier hat vielen schwer im Magen gelegen, wie es mit aller Deutlichkeit in den Leserbriefspalten dieser Zeitung zu lesen war.

Am 140. Jahrestag der Schlacht waren deutsche Repräsentanten zugegen. „Zum dritten Mal haben wir Dänen und Deutsche gemeinsam hier. Wir wollten zeigen, dass man sich längst versöhnt hat, so dass wir gemeinsam der gefallenen Soldaten gedenken können. Heute gibt es keine deutschen Waffen, Flaggen, Märsche, Reden oder Melodien“, sagte der Oberstleutnant und Garnisonskommandant J. P. Rasmussen während der Gedenkfeier.

Weiterhin erklärte er, dass die Veranstalter die Kritik selbstverständlich zur Kenntnis genommen hatten und diese in ihre Überlegungen und Abwägungen mit einbezogen hätten: „Wir haben uns dafür entschieden, den Tag so wie in den beiden vergangenen Jahren zu gestalten“, fügte der Oberstleutnant hinzu und nannte das gemeinsame deutsch-dänische Arrangement „einen vernünftigen Kompromiss“.

Jydske Vestkysten, 19.4.2004

Nach teilweise heftigen Gegenstimmen im Vorjahr wurde die deutsche Beteiligung an der diesjährigen Düppel-Gedenkfeier nicht weiter ausgebaut. Bemerkenswert an der diesjährigen Feier war noch die abendliche Veranstaltung des örtlichen „Historiecenter“, bei der mit Hilfe von Feuerwerk eine Schlachtszene nachgestellt wurde.

Grundzüge der Regierungsvorlage zur Strukturreform

Die wesentlichen Linien der Regierungsvorlage für eine neue Struktur der Ämter und Kommunen sind nach Information der Nachrichtenagentur Ritzau folgende:

- Die Ämter werden aufgehoben und durch fünf Gesundheits-Regionen ersetzt, die die Verantwortung für das Krankenhauswesen übernehmen. Die Regionen werden von direkt gewählten Politikern geführt.
- Beschäftigungsfördernde Maßnahmen werden in einem einheitlichen System vereinigt und in den Kommunen verankert.
- Die Ausbildung der Jugend mit unter anderem selbsttragenden Gymnasien wird beim Staat angesiedelt.
- Die Kommunen übernehmen die Verantwortung für die sozial schwachen Gruppen, wobei der Staat den am stärksten spezialisierten Einsatz für die

Betroffenen garantiert.

- Lokale Wirtschaftsförderung wird bei den Kommunen angesiedelt.
- Planungs-, Natur-, und Umweltschutzaufgaben werden ebenfalls den Kommunen in die Hände gelegt, wobei der Staat die übergeordnete Aufsicht wahrnimmt.
- Die Kommunen bekommen mehr Verantwortung für die Kulturarbeit, gleichzeitig erhöht der Staat sein Engagement.
- Nur Staat und Kommunen schreiben Steuern aus. Erhebung und Ausgleich werden auf staatlicher Ebene durchgeführt, während der direkte Kontakt zum Bürger weiterhin in den Kommunen vorgehen soll.
- Der öffentliche Verkehr außerhalb der Hauptstadtregion soll von kommunalen Gesellschaften koordiniert werden.

Jydske Vestkysten, 28.4.2004

Nach langer öffentlicher Diskussion legte die Regierung einen Entwurf vor, der die Abschaffung der 14 Amtskommunen, die Errichtung von fünf „Regionen“ mit ausschließlich gesundheitspolitischer Funktion und die Schaffung von Kommunen mit mindestens 30.000 Einwohnern vorsieht. Die Kommunen haben bis zum Jahresende Zeit, sich untereinander über Zusammenschlüsse zu einigen. Kleinere Kommunen werden nur dann vom Innenministerium zugelassen, wenn sie den ihnen künftig gestellten Aufgaben gewachsen sind, wobei ihnen die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen freisteht. Dass die Regierungsvorlage umgesetzt wird, kann als sicher gelten, da neben den beiden Regierungsparteien auch die rechtspopulistische „Dansk Folkeparti“, drittstärkste Kraft im Folketing, ihre Zustimmung verkündet hat. Es werden jedoch noch einige Verhandlungen über die Art und Weise der Umsetzung und über Detailfragen folgen. Die neuen Strukturen sollen 2007 in Kraft treten.

Während die Spitzen der Regierungsparteien ihre Zufriedenheit äußerten und die Zusammenlegungen zu größeren Einheiten als Dezentralisierung propagieren, regte sich unmittelbar Kritik von vielen Seiten. Die vielen auf Amtsebene Angestellten fürchten um ihre Arbeitsplätze, hatten sie bis dahin nur mit einer Reduzierung der Zahl der Amtskommunen, nicht aber mit deren Abschaffung gerechnet. Vertreter der Opposition beanstanden die zunehmende Zentralisierung im Staat, ebenso Vertreter der Regierungsparteien in den westlichen Landesteilen. Nordschleswigs Amtsbürgermeister Carl Holst (Venstre) fürchtet, dass sich niemand mehr für die Entwicklung des gesamten Landesteils zuständig fühlen wird. Sein Vorgänger und Parteifreund Kresten Philipsen erhebt die gleichen Bedenken und zeigt sich von seiner Partei tief enttäuscht.

50-Jahr-Feier mit deutsch-dänischem Handball-Länderspiel

Am 29. März des kommenden Jahres können die Bonn-Kopenhagener Erklärungen auf ein halbes Jahrhundert zurückblicken. Die Planungen für das Jubiläum sind bereits in vollem Gang

Bei der gestrigen Zusammenkunft, an der als prominenteste Teilnehmer Generalkonsul Henrik Becker-Christensen und der deutsche Botschaftsrat Peter Silberberg vertreten waren, verständigte man sich darauf, dass der offizielle Teil der Festaktivitäten am Sonderburger Schloss abgehalten wird. Abends folgt ein Handball-Freundschaftsspiel zwischen Deutschland und Dänemark in Flensburg. Ferner werden die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze sowohl vor als auch nach diesem Tag Gastgeber für verschiedene Seminare und Konferenzen sein, während sie am Festtag selbst zum Unterhaltungsprogramm beitragen werden. In welcher Form steht noch nicht fest.

Laut Jens A. Christensen, Generalsekretär des Sydslesvigsk Forening, hat die Zusammenkunft die Erwartungen voll erfüllt: „Die festliche Begehung des Jubiläums wird sowohl politisch als auch für die Allgemeinheit das deutsch-dänische Grenzland positiv in den Mittelpunkt rücken.“

Flensburg Avis, 28.4.2004

Geburten in Niebüll möglich

Nordschleswigerinnen von der Westküste können demnächst, wenn sie dies wünschen, im Niebüller Krankenhaus entbinden. Eine entsprechende Vereinbarung hat der Gesundheitsausschuss des Amtes Nordschleswig jetzt für eine einjährige Versuchsperiode gebilligt, so der Ausschussvorsitzende Helge M. Lauritzen. Er erwartet allerdings nicht, dass viele das Angebot annehmen werden.

Der Nordschleswiger, 28.4.2004

Weil die Geburtsstation in Tondern im vergangenen Jahr geschlossen wurde, ist das Niebüller Krankenhaus für den Südwesten der Amtskommune zur nächstliegenden Adresse geworden.

Kürzungen von deutscher und dänischer Seite gehen an Substanz

BDN-Hauptvorsitzender warnt vor weiterer Aushöhlung der Grundlage der deutschen Volksgruppe

Vor einer Aushöhlung der Grundlagen für die Arbeit der deutschen Volksgruppe angesichts der Mittelkürzungen auf deutscher Seite und Streichungen bei Zuschüssen insbesondere des Amtes Nordschleswig an die deutsche Minderheit

hat der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN), Hans Heinrich Hansen, in seiner Ansprache während der Delegiertenversammlung des BDN in Hansens Gasthof in Tingleff gewarnt. Er verwies auf die Streichung von bis zu acht Lehrerstellen, Kindergartenschließungen und Stilllegung eines Bücherbusses samt Streichung einer Mitarbeiterstelle. „Das ist schmerzhaft. Das geht an die Substanz“, so Hansen, der hinzufügte: „Es geht weiter, denn es ist keine einmalige Angelegenheit, sondern das gilt Jahr für Jahr.“

Hansen kritisierte, dass Einsparungen auf kulturellem Gebiet durch das Amt Nordschleswig „unverhältnismäßig hart“ die Minderheit getroffen haben. „Gibt es den kleinen, nicht so feinen Unterschied zwischen Minderheit und Mehrheit? Wir glauben erstmal, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, aber es macht uns Sorgen und widerspricht dem Geist des guten Miteinanders, den wir bisher gepflegt haben. Wir fordern die dänische Seite mit Nachdruck auf, dies zu korrigieren“, so Hansen. Er appellierte an Bund und Land, die nötigen Mittel für die Minderheit bereitzustellen, um eine kontinuierliche Fortführung der Arbeit der Volksgruppe vor allem im Schulwesen und im Sprach- und Kulturbereich zu gewährleisten.

Zum Thema Strukturreform meinte Hansen, dass diese die bisherige Grundlage der Minderheit in Frage stelle. Deshalb wende man sich mit den Forderungen an den dänischen Staat, dass dieser die finanzielle Sicherung der kulturellen und sozialen Arbeit der Minderheit gewährleiste, die politische Vertretung der Minderheit aus eigener Kraft sichere und für eine weitere Mitwirkung der Minderheiten in den Gremien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Region Schleswig/Sønderjylland Sorge.

Hansen erinnerte in seiner Ansprache auch an den vom BDN stets geförderten europäischen Gedanken, der mit der EU-Erweiterung am 1. Mai einen großen Erfolg verbuchen könne. „Viele der 75 Millionen neuen EU-Bürger gehören einer nationalen Minderheit an und haben die Unterdrückung früher besonders deutlich gespürt“, so Hansen und warb für eine Solidargemeinschaft der europäischen Minderheiten sowie Schutz und Förderung der Minderheiten durch die EU. Vor diesem Hintergrund forderte der BDN-Hauptvorsitzende eine Verankerung der Minderheitenrechte in einer europäischen Verfassung.

Der Nordschleswiger, 4.5.2004

Kieler Dämpfer für Ortsschilder

Bei der zweisprachigen Beschilderung im Verkehrsbereich scheint es vorerst nicht so viele Möglichkeiten zu geben wie von der CDU, dem SSW und den Grünen gewünscht. Nach einer Stellungnahme des zuständigen Kieler Ministeriums kann die Stadt nur zwei- oder mehrsprachige Begrüßungsschilder aufstellen und auf

dänische Orte mit den dänischen Ortsnamen hinweisen. Innerörtliche Hinweisschilder in dänischer Sprache sind danach unzulässig. Darauf wird in einer Vorlage der Abteilung Verkehrslenkung im Rathaus verwiesen, die auf der jüngsten Sitzung des Infrastrukturausschusses behandelt wurde.

Von der in der Vorlage wiedergegebenen Stellungnahme ließen sich die Befürworter einer zweisprachigen Beschilderung aber nicht beeindrucken. „Es widerspricht den Grundlagen des EU-Vertrages, dass innerörtliche Schilder auf Dänisch unzulässig sind. In dieser Sache würde ich gerne kostenlos einen Prozess für die Stadt führen“, sagte Dr. Frank Döring für die CDU-Fraktion. Und er fügte hinzu: „Selbst wenn die Bedenken des Ministeriums zu Recht bestehen sollten, müssten wir uns darüber politisch hinwegsetzen.“

Auch der stellvertretende Fachbereichsleiter Gunther Leiser machte deutlich, dass er die Stellungnahme des Ministeriums nicht als letztes Wort einstuft: „Wir haben zufällig erfahren, dass der Verfasser in den Ruhestand geht. Wir könnten dann einen neuen Vorstoß machen.“ Ob es dazu kommt, wurde noch nicht beschlossen. Auf Antrag der CDU wurde eine weitere Lesung angesetzt.

Flensburg Avis, 17.5.2004

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Vor allem zwei Themen dominierten im zweiten Quartal 2004 die Medien im Grenzland. Zum einen war dies die Hochzeit des dänischen Kronprinzen Frederik mit Mary Donaldson am 14. Mai, die auch vom ZDF beinahe komplett übertragen wurde; der Sprecher der Deutschen Minderheit und Chefredakteur des Nordschleswigers Siegfried Matlok fungierte dabei als Co-Kommentator. Zuvor erregten vor allem die „Volksgeschenke“ höchste Aufmerksamkeit in den nordschleswigschen Medien, namentlich die Pflanzung der Allee vom Höckelberg nach Christiansfeld, die an den Ritt Christians des Zehnten über die aufgehobene Grenze 1920 erinnern soll (Geschenk der Kommunen), und die 1,7 Mio. Kronen teure Kopie des mittelalterlichen „Fröslee-Schreins“, zu der die Nordschleswiger bei weitem nicht so großzügig spendeten, wie es sich die Initiatoren erhofft hatten. Das zweite Großereignis mit grenzlandpolitischen Folgen war der erstmalige Gewinn der Deutschen Meisterschaft im Herrenhandball durch die SG Flensburg-Handewitt, die außerdem den DHB-Pokal holte und in der Champions' League bis ins Finale vorstieß. Dank vier dänischer Stammspieler, darunter der aus dem nahen Sonderburg stammende Lars Christiansen, hat die Mannschaft auch nördlich der Grenze einen hohen Identifikationswert. In Nordschleswig erhofft man

sich durch diesen Erfolg Impulse für die neue Spitzensport-Gemeinschaft „SønderjyskE“, deren Top-Teams in allen Sportarten in der vergangenen Saison wenig erfolgreich waren. Das wichtigste historische Ereignis in diesem Vierteljahr, die Erweiterung der Europäischen Union um zehn weitere Staaten, geriet in der Grenzlandpresse demgegenüber ziemlich ins Hintertreffen, obwohl die EU-Erweiterung auch für unsere Region von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Nazi-Funk sendet weiter

Spiegel-Online, 24.3.2004

Auch nachdem es dem dänischen Kulturminister endlich gelungen ist, „Radio Oasen“ die bisher zustehenden Fördergelder zu streichen, bleibt der Neonazi-Sender aus dem Kopenhagener Vorort Greve auf Sendung. Die Affäre hatte eine teilweise kontroverse Debatte über die Meinungsfreiheit entfacht.

„Kafka an der Flensburger Förde“

Der Nordschleswiger, 31.3.2004

Der Versuch, die traditionelle Fährverbindung Holnis-Brunsnis wieder aufzunehmen, ist vorerst vor allem an den hohen Auflagen gescheitert, die für die Seefahrt in internationalen Gewässern gelten. Die Flensburger Förde zählt zu dieser Kategorie.

Schlussrunde der Wiedervereinigung Jydske Vestkysten, 4.4.2004

Während die meisten Stimmen in Nordschleswig bei der Auflösung der Amtskommune und der Verbindung der nördlichen Kommunen mit jütischen Verwaltungseinheiten fürchten, künftig wirtschaftlich und kulturell noch mehr in eine Randlage zu geraten und die besondere regionale Identität einzubüßen, versuchen einige ungeachtet der jahrhundertelangen Sonderrolle der Region, dies als Vollendung des 1920 begonnenen Prozesses der „Wiedervereinigung“ auszulegen.

Bier strömt gesetzeswidrig über die Grenze

Jydske Vestkysten, 16.4.2004

Die dänische Steuer- und Zollbehörde geht massiv und erfolgreich gegen die unerlaubte Einfuhr von in Deutschland noch immer billigeren alkoholischen Getränken vor.

Drei Millionen Euro für Bildungsstätten in der Region

Flensburger Tageblatt, 17.4.2004

Die Bildungseinrichtungen des Deutschen Grenzvereins können nun umfassend modernisiert werden, um ihrer bildungspolitischen Aufgabe auch künftig gerecht werden zu können.

Neue Jobs in Dänemark für 618 deutsche Arbeitslose

Flensburger Tageblatt, 19.4.2004

Das deutsch-dänische Arbeitsmarktprojekt „Gramark“ hat seit dem Start Mitte 2001 fast 900 Arbeitslosen einen Job auf der jeweils anderen Seite der Grenze vermitteln können. Das größte Problem für noch weitergehende Erfolge bleibt die Sprachbarriere.

Südjütische Bahngleise in Gefahr

Jydske Vestkysten, 21.4.2004

Ein vom dänischen Verkehrsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten schlägt vor, auf den geplanten Wiederaufbau des in den 1930er Jahren entfernten zweiten Gleises auf der Hauptstrecke zwischen Pattburg und Tingleff sowie zwischen Woyens und Vamdrup zu verzichten und sich stattdessen auf den Bau der Fehmarnbelt-Querung zu konzentrieren. Vertreter der Regierungsparteien erklärten umgehend, dass sie dennoch an der geplanten Gleisrekonstruktion festhalten wollen. Die beiden Engstellen machen die grenzüberschreitende Ostbahn zur für Verspätungen anfälligsten Strecke in ganz Dänemark.

Apenrade erhält Michael-Jepsen-Platz

Der Nordschleswiger, 22.4.2004

Nachdem Flensburg und Schleswig ihre dänischen Nachkriegs-Bürgermeister bereits mit Straßennamen geehrt haben, wird nun erstmals auch einem eindeutig deutsch gesinnten Politiker in Nordschleswig diese Ehre zuteil.

Gebietsreform: Grüne laufen gegen die Wand

Flensburger Tageblatt, 29.4.2004

Während die geplante Strukturreform in Dänemark seit Monaten eins der Hauptthemen ist, haben auch SSW und Grüne Vorschläge zu einer Reform in Schleswig-Holstein unterbreitet, wo es zur Zeit 1126 Landgemeinden, 118 Amtsbezirke, 58 kreisangehörige Städte, 12 Landkreise und 4 kreisfreie Städte

gibt. SPD und CDU lehnen eine solche Reform von oben jedoch strikt ab, weil auch die kleinsten Gemeinden eine identitätsstiftende Heimat böten.

Lehrer bauen die Kulturgrenze ab

Der Nordschleswiger, 29.4.2004

Das erste deutsch-dänische Projekt zur Lehrerfortbildung im Rahmen des Netzwerks „Lernende Regionen“ ist erfolgreich zu Ende gegangen. Bei diesem Seminar haben 45 Lehrkräfte Museen auf der jeweils anderen Seite der Grenze kennen gelernt, die sie künftig auch ihren Schülern nahe bringen können.

Hamburg kam ins Dreieck

Jydske Vestkysten, 4.5.2004

Die Veranstalter der letztjährigen Kulturinitiative „Hamborg til Danmark“ ziehen eine positive Bilanz, besonders im so genannten „Dreieck“ um Fredericia, wo allein 24 der 38 Veranstaltungen stattfanden. Es haben sich zahlreiche neue grenzüberschreitende Kontakte ebenso wie die kulturelle Zusammenarbeit in der Region weiterentwickelt. Negativ vermerkte man hingegen das Desinteresse der Medien außerhalb der Region.

Grenzüberschreitend weg von Kaffe-Kuchen-Reden

Der Nordschleswiger, 4.5.2004

Die Mitglieder des Amtesrates der Amtskommune Nordschleswig befürworteten mit großer Mehrheit den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch in einer künftigen Großregion und betonten die Erfolge der pragmatischen Zusammenarbeit im Regionalrat.

Rinkenisser Schule setzt Versuch mit Deutschunterricht fort

Jydske Vestkysten, 5.5.2004

Der Modellversuch an der Rinkenisser Schule, mit dem Deutschunterricht schon ab Klasse 6 und nicht wie üblich erst ein Jahr später zu beginnen, war im ersten Jahr überaus erfolgreich, so dass die Verantwortlichen das Projekt fortsetzen wollen. Der Deutschunterricht verläuft in dieser Klassenstufe – zumal es weder Lehrbücher noch einen offiziellen Lehrplan dafür gibt – spielerisch und setzt auf die einfache Kommunikation.

Mit Jørgen Witte von Nord nach Süd

Der Nordschleswiger, 5.5.2004

Ein neues grenzüberschreitendes Internet-Portal, das der frühere Apenrader Bürgermeister Jørgen Witte bearbeitet, soll künftig den Zugang zur Grenzregion in allen Bereichen erleichtern.

Das deutsche Kulturerbe in Nordschleswig – versäumt und vernachlässigt?

Der Nordschleswiger, 12.5.2004

Der Sonderburger Museumsdirektor Peter Dragsbo beklagt in einem Diskussionsbeitrag, dass Gebäude aus derzeit von 1864 bis 1920 in Nordschleswig vom Denkmalschutz bislang so gut wie gar nicht berücksichtigt werden. In der kommenden Ausgabe der Grenzfriedenshefte wird dieses Thema näher ausgeführt.

Kooperation mit Radio Møjn: „Nur positive Reaktionen“

Der Nordschleswiger, 18.5.2004

Seit Beginn des Jahres bringt der Privatsender Radio Møjn zweimal täglich von der Redaktion des Nordschleswigers aufbereitete Nachrichten in deutscher Sprache. Die Verantwortlichen ziehen eine durchweg positive Zwischenbilanz.

Schleswig-Holsteins Politiker fordern dänische Sensibilität für Minderheit und Grenzland

Der Nordschleswiger, 19.5.2004

Vertreter von Schleswig-Holsteins Regierung und Parlament haben bei einem Besuch in Kopenhagen betont, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein Eckpfeiler ihrer Politik bleiben soll.

Handball-Krieg in Deutschland

Politiken, 21.5.2004

Wegen deutschfeindlicher Äußerungen des dänischen Handballers Joachim Boldsen im Rahmen des EM-Halbfinals Ende Januar weigerten sich mehrere deutsche Nationalspieler, bei einem „All-Star-Match“ der besten Bundesliga-Spieler gemeinsam mit dem Flensburger Spielmacher aufzutreten. Die seinerzeit in der deutschen wie dänischen Presse aufgebauchten Äußerungen schienen

nach der Entschuldigung Boldsens erledigt gewesen zu sein. Dieses Nachspiel erreichte daher um so höhere Aufmerksamkeit in den Medien. Boldsen verzichtete auf die Teilnahme an dem Wohltätigkeits-Spiel.

Im Kampf gegen die alten EU-Länder

Flensburg Avis, 21.5.2004

Die Föderation Europäischer Volksgruppen (FUEV) prangert in einer auf ihrer Konferenz in Groß Stein/Kamien Slaski bei Oppeln verabschiedeten Resolution vor allem die geringen Standards des Minderheitenschutzes in einigen „alten“ EU-Staaten an, namentlich in Frankreich und Griechenland. Dänemark wird zur Berücksichtigung der Belange der deutschen Minderheit bei der bevorstehenden Strukturreform aufgefordert, Deutschland zur Einrichtung eines zentralen Minderheitengremiums gemahnt.

Deutsche Rettungsflugwacht und Falck machen gemeinsame Sache

Der Nordschleswiger, 25.5.2004

Die beiden Lebensrettungs-Verbände gründen eine gemeinsame Dachgesellschaft, damit der vermutlich ab Herbst in Niebüll stationierte Rettungshubschrauber auch über Nordschleswig hinaus eingesetzt werden kann.

Historischer Beschluss in der Flensburger Ratsversammlung

Flensburg Avis, 26.5.2004

Nach einem einstimmigen Beschluss der Stadtverordneten aller Parteien tritt Flensburg dem dänischen „Sund By Netværk“ bei, dem bislang sechs Amtskommunen (darunter Sønderjylland) und acht Kommunen (darunter Norburg und Kopenhagen) angehören. Das Netzwerk koordiniert Projekte zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit. Flensburg gehört bereits einem gleichnamigen deutschen „Netzwerk Gesunde Stadt“ an und sieht sich somit auch als Vermittler von Ideen in das jeweils andere Netzwerk.

Minderheitenprobleme der EU werden erst jetzt richtig groß

Der Nordschleswiger, 28.5.2004

Karsten Madsen, einer der bekanntesten dänischen Journalisten und Kandidat der liberalen Regierungspartei „Venstre“ für das Europa-Parlament, sprach sich auf einer vom Bund Deutscher Nordschleswiger ausgerichteten Diskussionsveranstaltung für eine Stärkung der Regionen unter anderem durch

direkt gewählte grenzüberschreitende Organe aus. Seiner Meinung nach wird das Thema Minderheitenschutz im Zuge der EU-Erweiterung wieder mehr in den Mittelpunkt rücken.

14. Nordfriesisches Sommer-Institut
Vortragsreihe im Nordfriisk Instituut 2004

Mittwoch, 9. Juni 2004, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Ulrich Schulte-Wülwer, Städtisches Museum Flensburg:

Von Deezbüll nach Rom und zurück.

Der Friesenmaler Carl Ludwig Jessen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Niebüll, eine friesische Stadt“ in Niebüll, Rathaus.

Mittwoch, 30. Juni 2004, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Claus von Carnap-Bornheim, Archäologisches Landesmuseum, Schleswig:

Röntgenblick in die Erde.

Borgsumburg und Haithabu.

Mittwoch, 14. Juli 2004, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Arno Bammé, Universität Klagenfurt:

Dem Leben auf der Spur.

Schreibende Frauen in Nordfriesland.

Mittwoch, 28. Juli 2004, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Heinrich Detering, Universität Kiel:

Die verwandelte Heimat.

Nordfriesische Orte und Landschaften im Werk Theodor Storms.

Mittwoch, 11. August 2004, 19.30 Uhr

Dr. Dietrich Werner, Nordelbisches Missionszentrum, Breklum:

Von Breklum in die Welt.

Christian Jensen und seine Mission (Arbeitstitel).

Mittwoch, 25. August 2004, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Martin Rheinheimer, Syddansk Universitet, Esbjerg:

Mythos Sturmflut.

Flutkatastrophen und ihre Wahrnehmung in der Geschichte.

—— Änderungen vorbehalten ——

Nähere Auskünfte:

Nordfriisk Instituut · Süderstraße 30 · 25821 Bredstedt

Telefon (0 46 71) 20 81

Telefax (0 46 71) 13 33

E-Mail: info@nordfriiskinstituut.de

Internet: www.nordfriiskinstituut.de